**THÜRINGER LANDTAG**
**3. Wahlperiode**

**Drucksache 3/3765**
13.11.2003

**U n t e r r i c h t u n g**

**durch die Landesregierung**

# Gutachten - Einstellungen zur Demokratie

Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 13. November 2003 an die Präsidentin des Landtags:

"Anliegend übersende ich Ihnen das Gutachten - Einstellungen zur Demokratie (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003) - des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
Ich bitte Sie, den Abgeordneten des Thüringer Landtags das Gutachten am Morgen des 14. November 2003 zur Verfügung zu stellen.
Die Autoren werden am Freitagmittag, dem 14. November 2003, in einer Pressekonferenz das Gutachten der Öffentlichkeit vorstellen."

Wucherpfennig
Staatssekretär

---

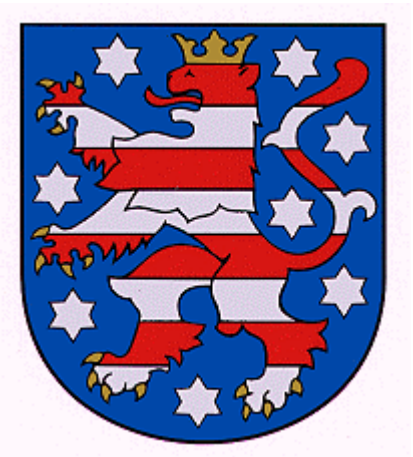
Hinweis der Landtagsverwaltung:
Das Gutachten - Einstellungen zur Demokratie (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003) - wurde bereits an die Abgeordneten verteilt. Es kann auch in der Landtagsbibliothek, im Landtagsinformationssystem und im Internet unter der Internetadresse www.landtag.thueringen.de unter obiger Drucksachennummer eingesehen werden.

---

Vorabdruck verteilt am: 14. November 2003

Druck: Thüringer Landtag, 19. November 2003

# POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



# Einstellungen zur Demokratie

## Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003

**Klaus Dicke · Michael Edinger**
**Andreas Hallermann · Karl Schmitt**

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

**Vorwort** 5

**I. Einleitung** 6

**II. Gesellschaftlicher Wandel in Thüringen und Ostdeutschland** 8

1. Thüringen-Identität 8
2. Die Wahrnehmung der sozialen und ökonomischen Veränderungen seit der deutschen Einheit 11
3. Reformen und Reformbereitschaft 18

**III. Wahrnehmungen der Politik** 25

1. Politisches Interesse und politische Informiertheit 25
2. Einstellungen zu Politik und Politikern 29
   - 2.1. Politikverdrossenheit oder mangelnde Systemunterstützung? 29
   - 2.2. Einstellungen zur Politik im Allgemeinen 30
   - 2.3. Einstellungen zu den politischen Parteien 32
   - 2.4. Einstellungen zu den Politikern 36
   - 2.5. Vertrauen in Institutionen 37
3. Zusammenfassung 38

**IV. Demokratieverständnis und Partizipation** 40

1. Die Unterstützung der Demokratie 41
2. Demokratieverständnis 45
3. Determinanten der Demokratieunterstützung 51
4. Konsequenzen fehlender Demokratieunterstützung 61

**V. Ablehnung der Demokratie: Rechtsextreme Einstellungen** 67

**VI. Fazit und Ausblick** 78

1. Wichtige Ergebnisse im Überblick 78
2. Beurteilung der Einstellungen zur Demokratie im Zusammenhang 80

Literatur 82

Anhang: Tabellarische Übersichten 85

# Verzeichnis der Abbildungen


| | | |
|---|---|---|
| Abb. 1: | „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ – 2000 und 2003 im Vergleich | 8 |
| Abb. 2: | „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern“ – 2000 und 2003 im Vergleich | 9 |
| Abb. 3: | Abwanderung wahrscheinlich oder sicher – 2002 und 2003 nach Alter | 10 |
| Abb. 4: | Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 – 2003 | 11 |
| Abb. 5: | Empfinden, gerechten Anteil zu haben, nach eigener finanzieller Lage und materieller Lage im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt | 13 |
| Abb. 6: | Bewertung der deutschen Einheit nach eigener finanzieller Lage, ostdeutschem Diskriminierungsgefühl und Empfinden, gerechten Anteil zu haben | 15 |
| Abb. 7: | Bewertung der DDR 2001 – 2003: DDR – mehr gute als schlechte Seiten | 17 |
| Abb. 8: | Positives DDR-Bild und Wunsch, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren, nach sozio-ökonomischer und sozio-kultureller (ostdeutscher) Deprivation | 18 |
| Abb. 9: | Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nach Kindern im Haushalt und finanzieller Lage | 19 |
| Abb. 10 | Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes geht in die falsche Richtung | 21 |
| Abb. 11: | Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung – nach eigener finanzieller Lage | 21 |
| Abb. 12: | Beiträge der Krankenversicherung erhöhen statt Leistungen einzuschränken – nach Alter und Geschlecht | 22 |
| Abb. 13: | Staatliche und / oder private Altersvorsorge – nach eigener finanzieller Lage | 23 |
| Abb. 14: | Interesse für Politik – 2002 und 2003 | 25 |
| Abb. 15: | Anzahl der Informationsquellen über Politik nach politischem Interesse | 26 |
| Abb. 16: | Vertrauen in Fernsehsender – öffentlich-rechtliche und private | 28 |
| Abb. 17: | „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“ – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003 | 31 |
| Abb. 18: | Vertrauen in politische Parteien – getrennt nach Einstellung zur Politik allgemein | 33 |

Abb. 19: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003 34

Abb. 20: Beste Bewertung einer etablierten Partei 35

Abb. 21: Anzahl der positiven Bewertungen von sieben Politikern 36

Abb. 22: Vertrauen in Institutionen 2003 37

Abb. 23: Vertrauen in Institutionen 2000 bis 2003 38

Abb. 24: Bewertung der Demokratie als Staatsidee 2001 – 2003 42

Abb. 25: Bewertung der Demokratie in der Praxis 2001 – 2003 43

Abb. 26: Ausgewählte Dimensionen des Demokratieverständnisses nach Einstellungen zur Demokratie 49

Abb. 27: Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie nach eigener finanzieller Lage und wirtschaftlicher Situation in Thüringen 52

Abb. 28: Zufriedenheit mit der Demokratie nach allgemeinem Institutionenvertrauen und politischem Institutionenvertrauen 53

Abb. 29: Bejahung der Demokratie als Staatsidee nach Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht und Empfinden, einen gerechten Anteil zu erhalten 55

Abb. 30 Deprivation und Einstellungen zur Demokratie 2001 – 2003 59

Abb. 31: Einstellungen zur Demokratie nach Bewertung der deutschen Einheit und Bewertung der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung 60

Abb. 32: Nichtwähleranteile nach Interesse für Politik 62

Abb. 33: Nichtwähleranteile nach Einstellung zur Demokratie 63

Abb. 34: Politische Aktivität nach Bildung 64

Abb. 35: Politische Aktivität nach Einstellungen zur Demokratie 65

Abb. 36: Bewertung der beiden nationalistischen Statements 2001 – 2003 69

Abb. 37: Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung 71

Abb. 38: Rechtsextremismus nach ostdeutschem Diskriminierungsempfinden 73

Abb. 39: Rechtsextremismus nach Einstellungen zur Demokratie 75

Abb. 40: Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Bild und Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung 76

# Verzeichnis der Tabellen


| | | |
|---|---|---|
| Tab. 1: | Eigene finanzielle Situation – nach Anzahl der Kinder im Haushalt | 20 |
| Tab. 2: | Quellen für Informationen über Politik | 27 |
| Tab. 3: | „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“ – Zustimmung nach Altersgruppen | 31 |
| Tab. 4: | Sympathiebekundungen gegenüber den etablierten Parteien – 2000 und 2003 | 35 |
| Tab. 5: | Typologie der Einstellungen zur Demokratie | 44 |
| Tab. 6: | Bewertung der Statements zum Demokratieverständnis | 46 |
| Tab. 7: | Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit | 57 |
| Tab. 8: | Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratie als Staatsidee | 58 |
| Tab. 9: | Zustimmung zu den zehn Rechtsextremismus-Statements 2001 bis 2003 | 68 |

# Vorwort

Die in den vergangenen drei Jahren vorgelegten Studien zum „Thüringen-Monitor“ haben jeweils die politischen Einstellungen der Thüringer zur Politik generell und zu einem ausgewählten Schwerpunkt einer politikwissenschaftlichen Analyse unterzogen. Der Rechtsextremismus, die politischen Einstellungen Jugendlicher und die Familie waren die bisherigen Schwerpunkte. In der hiermit der Öffentlichkeit vorgelegten vierten Untersuchung unterzieht das Forscherteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer zur Demokratie einer genaueren Analyse. Wie in den vergangenen Jahren lag der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Telefonbefragung („Thüringen-Monitor“) zugrunde, die von „Infratest dimap“ zwischen dem 3. und 9. September 2003 unter 1.000 wahlberechtigten Thüringer Bürgern durchgeführt wurde. Die konkreten Frageformulierungen und die Ergebnisse der Umfrage können in dem der Studie angehängten Tabellenteil nachvollzogen werden.

Die diesjährige Studie, in der erstmals auch belastbare Trendaussagen möglich sind, sucht die Einstellung zur Demokratie im Freistaat in folgender Gliederung zu erfassen: Nach einer Einführung in den ebenso komplexen wie voraussetzungsreichen Begriff der Demokratie (I) befasst sich die Untersuchung zunächst mit Einstellungen zu Thüringen und zum gesellschaftlichen Wandel im Freistaat (II). Der Schwerpunkt der diesjährigen Studie ist zweigeteilt: Zunächst steht die Wahrnehmung der Politik durch die Thüringer, und hier insbesondere ihre Bewertung politischer Institutionen, politischer Parteien und der Politiker im Vordergrund (III). In einem zweiten Schritt werden die Einstellungen zur Demokratie im eigentlichen Sinne einer genaueren Analyse unterzogen (IV). Auch in diesem Jahr ist ein gesondertes Kapitel dem Rechtsextremismus gewidmet (V). Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und auf die bisherigen Aussagen über das „demokratische Fundament“ in Thüringen bezogen (VI).

Die Autoren danken „Infratest dimap“ und namentlich den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto für die unkomplizierte und konstruktive Zusammenarbeit in jeder Phase des Projekts. Unser Dank geht ferner an Herrn Immo Wittig, der den Tabellenanhang erstellt hat, an Herrn Thomas Bauer für die Datenaufbereitung und an Herrn Lars Vogel für die Literaturrecherche.

Jena, den 22. Oktober 2003

Klaus Dicke  Michael Edinger  Andreas Hallermann  Karl Schmitt

# I. Einleitung

Der Freistaat Thüringen definiert sich in Art. 44 Abs. 1 Satz 2 seiner Verfassung als „ein demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen verpflichteter Rechtsstaat“. Zentrale Aufgabe der Untersuchungen des Thüringen-Monitors ist die Beantwortung der Frage, ob, in welchem Umfang und mit welchen Brechungen und Defiziten die Festlegung des Freistaats auf die Demokratie in den politischen Einstellungen der Thüringer eine Entsprechung findet, ob und wieweit sich mit anderen Worten die Verfassungsnorm „Demokratie“ mit der Wirklichkeit der „politischen Kultur“ in Thüringen deckt. Die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zeigten, dass einerseits von „robusten Wurzeln“ beziehungsweise einem festen Fundament demokratischer Einstellungen in Thüringen auszugehen ist, dass andererseits aber namentlich im Bereich rechtsextremer Einstellungen Deprivationsängste und andere „Stressfaktoren“ die Festigkeit des Wurzelwerks beeinträchtigen und dem demokratischen Fundament „feine Risse“ (Thüringen-Monitor 2002: 70) beibringen können. Nicht zuletzt weil mit der hier vorgelegten vierten Untersuchung gefestigte Trendaussagen erstmals möglich sind, lag es nahe, das Generalthema der Monitore auch zum Spezialthema der diesjährigen Studie zu machen und die Einstellungen der Thüringer zur Demokratie genauer zu analysieren.

Demokratie ist eine höchst komplexe und voraussetzungsreiche Verfassungsform, sodass zunächst einige Erläuterungen zu ihrem Verständnis angebracht sind. Auszugehen ist dabei von einem engen und einem weiten Verständnis des Begriffs Demokratie. Im engeren Verständnis meint Demokratie die freie Selbstregierung eines Volkes. Zur Erläuterung des Begriffs wird oft auf eine von Abraham Lincoln geprägte Formel zurückgegriffen, nach der Demokratie „government of the people, by the people, for the people“ sei. Damit sind drei verschiedene Voraussetzungen einer Demokratie benannt: Erstens ist Politik in der Demokratie Sache des Volkes, also der sich bewusst als Handlungseinheit begreifenden Bürgergemeinschaft. Demokratie setzt freie, sich um die Belange der Allgemeinheit kümmernde, engagierte Bürger, sie setzt, wie im Thüringen-Monitor 2002 mit Hegel formuliert wurde, „freie, selbständige Personen, die für sich sorgen“ und nicht „Leibeigene, für die der Herr oder der Staat sorgt“ voraus. Demokratie setzt zweitens eine politische Organisationsform voraus, in der alle „hoheitlichen“, also mit Anspruch auf Befolgung durch die Bürger erlassenen Akte auf den Willen des Volkes zurückführbar sein müssen. Regelmäßige Wahlen, Partizipations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Bürger ohne Rücksicht auf deren Stand, Herkunft, Bildung, Geschlecht oder andere qualifizierende Merkmale sichern die Freiheit und Gleichheit der Bürger als unaufgebbare Grundlage jeder Demokratie. Und drittens erfordert demokratische Politik ein Verantwortungs- und Vertrauensverhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Die Sache des Volkes und nichts anderes hat in dieser Hinsicht im Zentrum politischer Beratungen, Entscheidungen und Handlungen zu stehen. Die englische Tradition der Demokratie spricht hier von einem „treuhänderischen“ (trust-) Verhältnis zwischen Volk und Regierung oder von „verantwortlichem Regieren“ („responsive government“).

Von diesem, die Grundwerte und Grundsätze der Demokratie benennenden engeren ist ein weites Verständnis des Begriffs Demokratie zu unterscheiden, das auf die moderne Verwirklichungsform des sog. „demokratischen Verfassungsstaates“ abzielt. Die Bezeichnung „demokratischer Verfassungsstaat“, für den Demokratie hier eine Kurzform darstellt, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Politikwissenschaft durchgesetzt und hat die älteren Begriffe der „liberalen“ oder der „westlichen Demokratie“ abgelöst. Er setzt sich aus min-

destens fünf unterschiedlichen Grundwerten und Komplexen von Normen und Regeln zusammen: erstens Grund- und Menschenrechte, zweitens Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, drittens Demokratie im oben erläuterten engeren Sinne, viertens subsidiäre Sozialstaatlichkeit und fünftens Unterwerfung unter das allgemeine Völkerrecht. Es ist hier nicht der Ort, das komplizierte Ergänzungs-, aber auch Spannungsverhältnis dieser fünf Normkomplexe eines demokratischen Staates darzulegen (dazu Dicke 2000), doch ist darauf hinzuweisen, dass demokratische Politik allen fünf Elementen Rechnung zu tragen und sie immer wieder neu zu einem Ausgleich zu bringen hat. Gerade in einer Demokratie muss deshalb bei der Beurteilung von Politikern – und übrigens auch bei der Darstellung der Politik in den Medien – in Rechnung gestellt werden, wie anspruchsvoll und kompliziert diese Aufgabe im politischen Alltagsgeschäft ist.

Vor diesem Hintergrund stehen im Thüringen-Monitor 2003 vor allem fünf Fragen im Vordergrund des Interesses:

1. Wie fest verankert sind, in der Momentaufnahme des Sommers 2003, diese einzelnen Elemente der Demokratie in der politischen Kultur der Thüringer? Wo liegen Stärken, wo sind Defizite erkennbar?

2. Wie stellt sich in der Sichtweise der Thüringer Bürger das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten im Freistaat und in Deutschland dar? Wie werden Politik und Politiker beurteilt?

3. Wie stark ist die „Stressbelastung“ des demokratischen Fundaments im Freistaat durch die in den aktuellen Reformdebatten diskutierten Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf den Umbau des Sozialstaates?

4. Artikuliert – oder gar: formiert – sich der Rechtsradikalismus als eine den demokratischen Bestand bedrohende Alternative zum demokratischen System und zu demokratischer Politik?

5. Welche Trends lassen sich mit Blick auf die Ergebnisse der Vorjahre ausmachen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen wird im Vergleich zu den vergangenen Untersuchungen stärker auf allgemeine Forschungsergebnisse zur Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland und insbesondere in den ostdeutschen Ländern Bezug genommen.

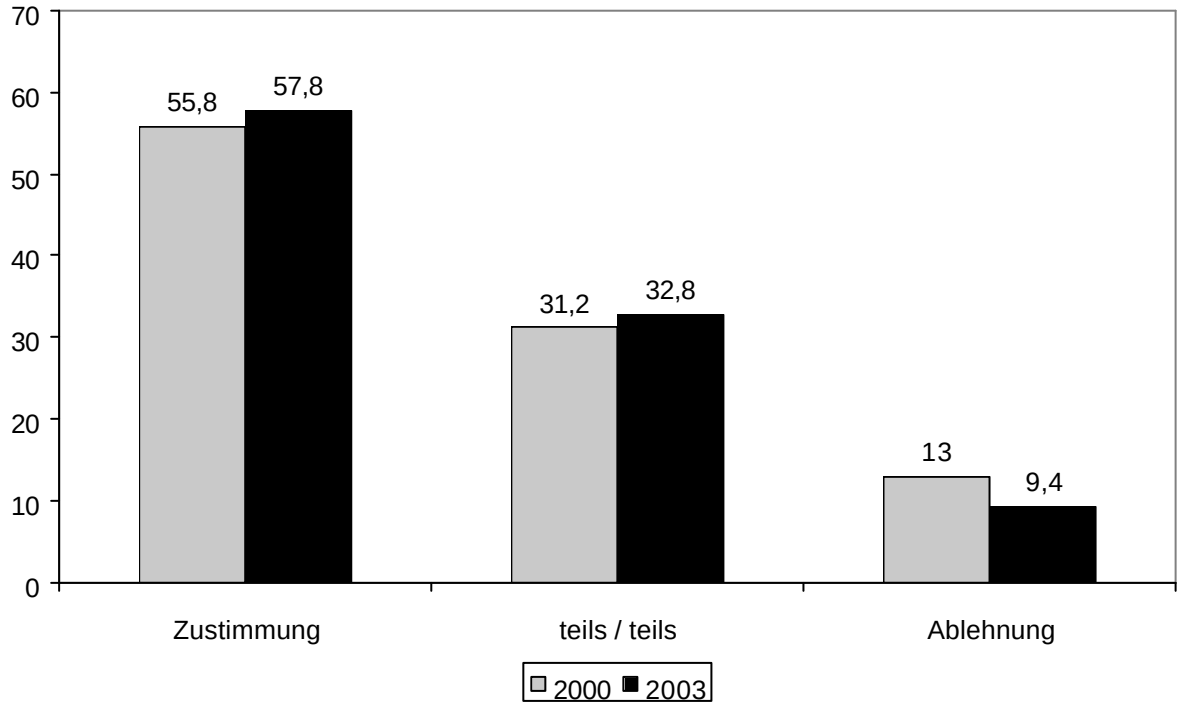
# II. Gesellschaftlicher Wandel in Thüringen und Ostdeutschland

## 1. Thüringen-Identität

Bereits die Untersuchungen zur politischen Kultur in Thüringen in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass die Thüringer sehr an ihrer Heimat hängen. „Die Heimatverbundenheit ist (...) stark entwickelt“ (Thüringen-Monitor 2000: 38) und „Thüringen ist ein Land mit Zukunft“ (Thüringen-Monitor 2001: 13). Wie in den Vorjahren so ist auch im Jahr 2003 die Identifikation mit Thüringen ungebrochen hoch. Weiterhin fühlt sich fast jeder zweite Befragte in erster Linie als Thüringer, etwa jeder dritte in erster Linie als Deutscher und nur jeder siebte als Ostdeutscher.

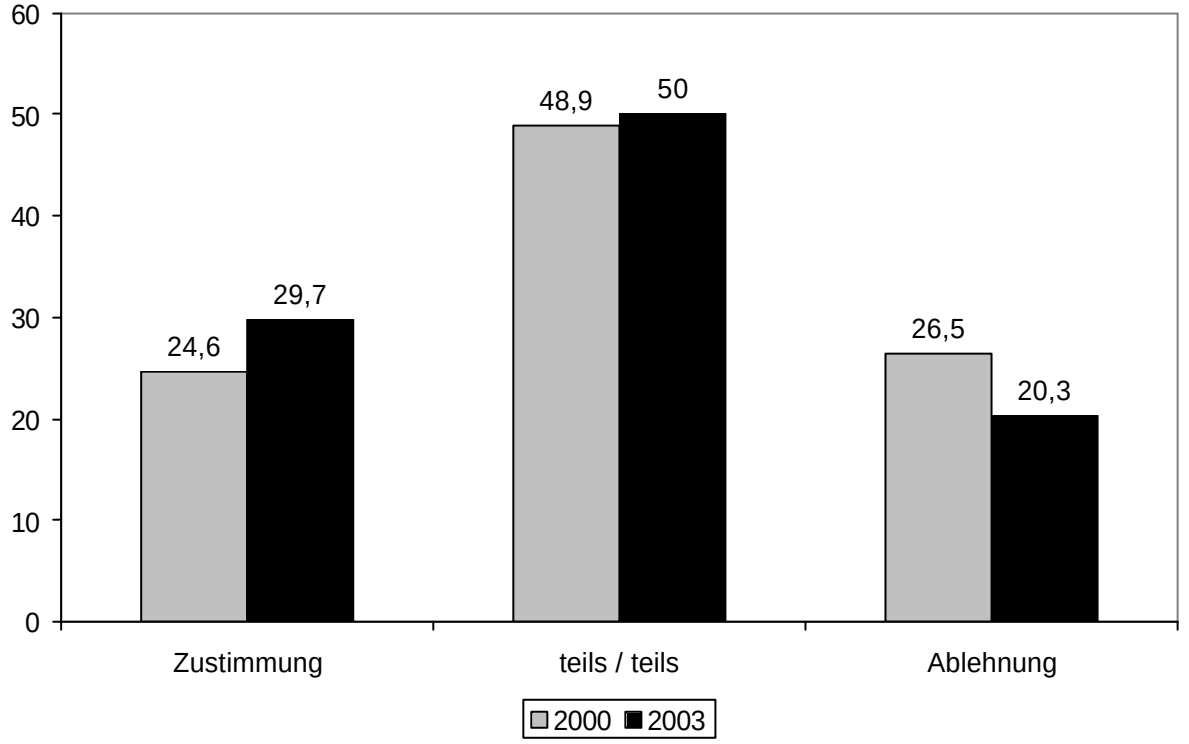
Wie in den Vorjahren ist auch im Jahr 2003 eine deutliche Mehrheit der Thüringer der Meinung, dass Thüringen den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht. Diese stabile und sogar leicht angestiegene Einschätzung ist mit steigendem Alter und bei Frauen etwas häufiger als bei Männern. Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich aber erst beim Bildungsniveau, denn die Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss bewerten Thüringen in diesem Vergleich deutlich skeptischer als die übrigen Befragten.

***Abb. 1:*** ***„Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ – 2000 und 2003 im Vergleich***
*(in Prozent)*



Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich eine leichte Verbesserung der Einschätzung Thüringens. Allerdings lässt sich nicht überprüfen, an welche Vorzüge oder Nachteile die Befragten denn bei der Einschätzung der Bundesländer gedacht haben. Auch im direkten Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern schneidet Thüringen in den Augen seiner Bürger besser ab als noch im Jahr 2000. Mittlerweile denken drei von zehn Thüringer, dass die wirtschaftliche Lage in ihrem Bundesland besser ist als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Auf der anderen Seite lehnen nur noch zwei von zehn Befragten diese Einschätzung ab, während der Anteil der Unentschiedenen in etwa gleich geblieben ist.

***Abb. 2:*** ***„Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern" – 2000 und 2003 im Vergleich***
*(in Prozent)*



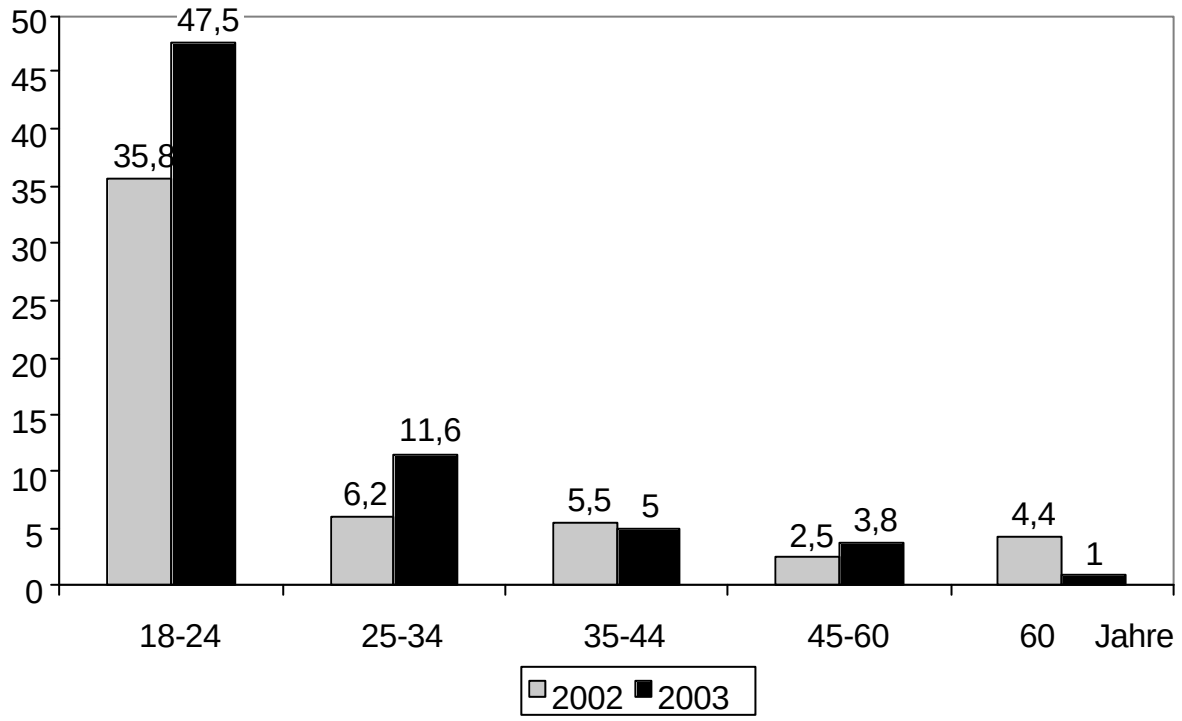

Dieser innerostdeutsche Vergleich in wirtschaftlicher Hinsicht beeinflusst auch die Bewertung der allgemeinen Entwicklung Thüringens seit 1990. Etwa vierzig Prozent der Befragten geben an, dass man stolz sein könne auf das, was in Thüringen seit 1990 erreicht wurde. Eine kleine Minderheit von sechs Prozent lehnt das ab, während die Mehrheit der Befragten in dieser Hinsicht unentschieden ist. Erst wenn man nach der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, der Berufstätigkeit und der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes kontrolliert, zeigt sich klar: Der Stolz auf die Entwicklung in Thüringen wird im Wesentlichen an der eigenen wirtschaftlichen Lage gemessen; stolz sind diejenigen, denen es gut geht, die anderen haben weniger Grund dazu.

Wie in den letzten Jahren ist etwa ein Drittel der Thüringer bereit, der Heimat den Rücken zu kehren, wenn sie woanders eine bessere (bzw. überhaupt eine) Arbeitsstelle finden würden. Auch wenn diese Zahlen von 2000 (31,8 Prozent) bis 2003 (33,8 Prozent) nur leicht ange-

stiegen sind, so sind sie doch vor dem Hintergrund einer sich verstärkenden Abwanderung aus Thüringen (vgl. dazu ausführlich den Thüringen-Monitor 2002) nach wie vor ein Alarmsignal. Besonders die jüngeren Thüringer sind überdurchschnittlich häufig bereit, für eine bessere Arbeitsstelle fortzuziehen; in der jüngsten Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren sind es mehr als die Hälfte. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich um eine hypothetische Frage handelt und wohl die meisten Befragten nicht aktiv nach einer besseren Arbeitsstelle außerhalb Thüringens suchen. Gleichwohl wird die Disposition zur Abwanderung erkennbar.

Fragt man nach konkreten Abwanderungsplänen, so sind die Zahlen zwar deutlich niedriger, aber dafür auch umso anschaulicher: Etwa jeder zwölfte Thüringer gibt an, wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortzuziehen.[1] Insgesamt hat sich damit der Anteil der Abwanderungswilligen aus dem letzten Jahr nur leicht erhöht. Betrachtet man aber die einzelnen Altersgruppen getrennt, so kann man deutliche Verschiebungen ausmachen: Unter den Älteren sind diejenige mit Abwanderungsplänen etwas zurückgegangen, dafür planen jetzt sehr viel mehr der Jüngeren – inzwischen fast die Hälfte – fortzuziehen.

***Abb. 3:*** ***Abwanderung wahrscheinlich oder sicher – 2002 und 2003 nach Alter im Vergleich***
*(in Prozent)*




Wie bereits im letzten Jahr kann man darauf hinweisen, dass die regionale Mobilität bei Jüngeren generell und überall größer ist als bei Älteren. Aber es steht ebenfalls zu vermuten, dass wie 2002 vor allem fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze als Gründe für die Abwan-

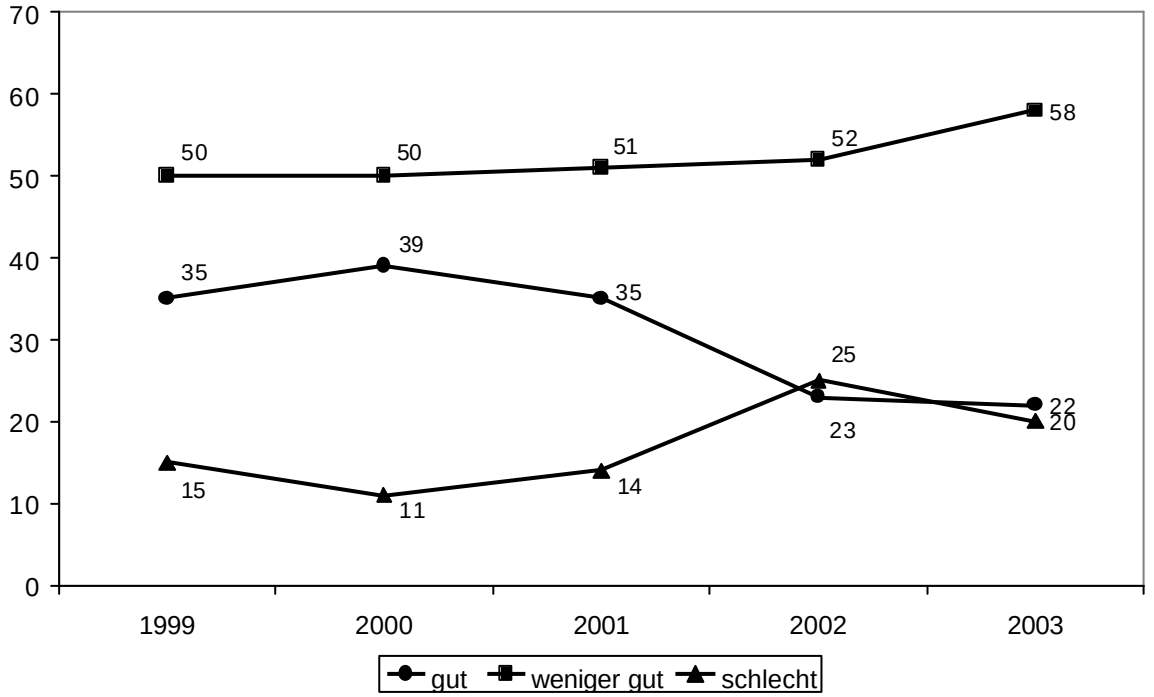
1 Die Frageformulierung lautete: „Einige Leute überlegen sich, ob sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen? Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen?“.

derung ausschlaggebend sind (danach wurde in 2003 nicht explizit gefragt), so dass man in vielen Fällen nicht von einer generellen Abwanderungswilligkeit, sondern besser von einer aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wahrgenommenen Abwanderungsnotwendigkeit sprechen sollte.

## 2. Die Wahrnehmung der sozialen und ökonomischen Veränderungen seit der deutschen Einheit

Das Problem der Abwanderung gerade junger Menschen, dem sich Thüringen angesichts der höchst ungleichen Wirtschaftssituation und Arbeitsmarktbedingungen in Ost- und Westdeutschland ausgesetzt sieht, führt mitten hinein in die Wahrnehmungen der sozialen und ökonomischen Situation 13 Jahre nach der deutschen Einheit. Bereits in den vorausgegangenen Jahren sind die Thüringer dabei nicht allein nach der Wirtschaftslage befragt, sondern um Einschätzungen des ostdeutschen Transformationsprozesses und seiner Ergebnisse gebeten worden. Dieser breitere Ansatz ermöglicht eine bessere Erfassung der politischen Kultur im Freistaat auch dadurch, dass Einstellungen berücksichtigt werden, die nicht direkt auf die Politik bezogen sind, gleichwohl aber politische Einstellungen prägen und vorformen können. Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2003 ist das bisherige Fragenensemble um eine Reihe weiterer Statements, wie etwa zur gerechten Gesellschaft, ergänzt worden. Die Analyse erstreckt sich dabei auf drei miteinander verbundene Gegenstandsbereiche, die zugleich unterschiedliche zeitliche Bezugspunkte haben: (i) die gegenwärtige sozio-ökonomische Lage, mit der die aktuelle Situation erfasst wird, (ii) die Statements zur deutschen Einheit und ihren Implikationen, die eher auf den Transformationsprozess bezogen sind, und (iii) die Fragen zur DDR, deren Bezugspunkt also in der Vergangenheit liegt.

***Abb. 4:*** ***Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 – 2003***
*(in Prozent)*




Daten für 1999 von „Infratest dimap“

(i) Während die wirtschaftliche Lage im Freistaat von den Thüringern in den vergangenen beiden Jahren in zusehends düsteren Farben gesehen worden ist, hat sich in diesem Jahr im Durchschnitt keine Verschlechterung ergeben. Weiterhin betrachten gut 20 Prozent die Thüringer Wirtschaft als gut; weit über 50 Prozent als weniger gut. Angesichts der realen wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Dramatisierung in den Medien überrascht der Rückgang der schlechten Bewertungen um etwa fünf Prozentpunkte (vgl. Abb. 4).

Deutlich besser als die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen fällt einmal mehr die Bewertung der eigenen finanziellen Lage aus. Nach wie vor wird sie von einer knappen Mehrheit positiv gesehen; nur jeder Neunte charakterisiert die eigene finanzielle Lage als schlecht. Jedoch hat sich erstmals seit Beginn des Thüringen-Monitors die finanzielle Lage der Befragten in ihrer eigenen Wahrnehmung verschlechtert. Man mag darin eine Art Vorwegnahme der vermuteten Wirkungen des Umbaus des Sozialstaates sehen. Wie in der Vergangenheit erscheint die Lage der Arbeitslosen besonders prekär: 40 Prozent von ihnen charakterisieren die eigene finanzielle Lage als schlecht.

Im Thüringen-Monitor 2003 ist ergänzend die Frage nach der Einschätzung der persönlichen materiellen Ausstattung im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt gestellt worden. Dabei wurde Thüringen bewusst als Bezugspunkt gewählt, um auf diesem Wege einen Einfluss von Ost-West-Unterschieden auszuschließen. Die große Mehrheit der Befragten sieht ihre eigene finanzielle Lage etwa auf Durchschnittsniveau, jeweils ca. 15 Prozent schildern sie als besser bzw. schlechter im Vergleich dazu. Damit ist der Anteil derjenigen, die sich relativ schlechter gestellt sehen als der Thüringer Durchschnitt, größer als der Prozentsatz der Befragten, die ihre eigene finanzielle Lage für schlecht halten. Wiederum sticht die drastische Überrepräsentation der Arbeitslosen ins Auge. Beachtung verdient zudem, dass sich zwei Drittel derjenigen mit schlechter eigener finanzieller Lage auf einem unterdurchschnittlichen Niveau verorten, während sich nur jeder vierte gut Situierte in der Gruppe der überdurchschnittlich Ausgestatteten einordnet. Diese Asymmetrie dürfte als Effekt sozialer Erwünschtheit zu interpretieren sein.

Welchen Einfluss haben diese materiellen Faktoren darauf, ob sich die Befragten gerecht behandelt fühlen? Die Frage, ob die Interviewten im Vergleich zu anderen in Deutschland einen gerechten Anteil erhalten zu haben glauben,[2] hebt auf ein subjektives Gefühl der Benachteiligung ab. Damit werden zugleich auch Ost-West-Wahrnehmungen in die Betrachtung einbezogen. Knapp 40 Prozent der Befragten geben an, dass sie einen gerechten Anteil erhalten. Knapp die Hälfte der Thüringer meint, etwas weniger als den gerechten Anteil erhalten zu haben, während 15 Prozent von sehr viel weniger ausgehen. Damit fällt der Anteil derjenigen, die keinen gerechten Anteil erhalten zu haben glauben, höher als der Anteil derjenigen aus, die ihre finanzielle Lage als weniger gut oder schlecht charakterisieren. Während das Geschlecht in diesem Zusammenhang keine Rolle spielt, ist der formale Bildungsstand von Bedeutung: Nur ein Drittel der Befragten ohne Abitur gibt an, einen gerechten Anteil zu erhalten, während es unter den Abiturienten und Hochschulabsolventen etwa die Hälfte ist. Überdurchschnittlich negativ fällt die Einschätzung aus bei Befragten, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen, sowie unter PDS-Anhängern, bei denen sich der Anteil der sich benachteiligt Fühlenden auf drei Viertel beläuft.[3] Wiederum stechen die Arbeitslosen am stärksten hervor.

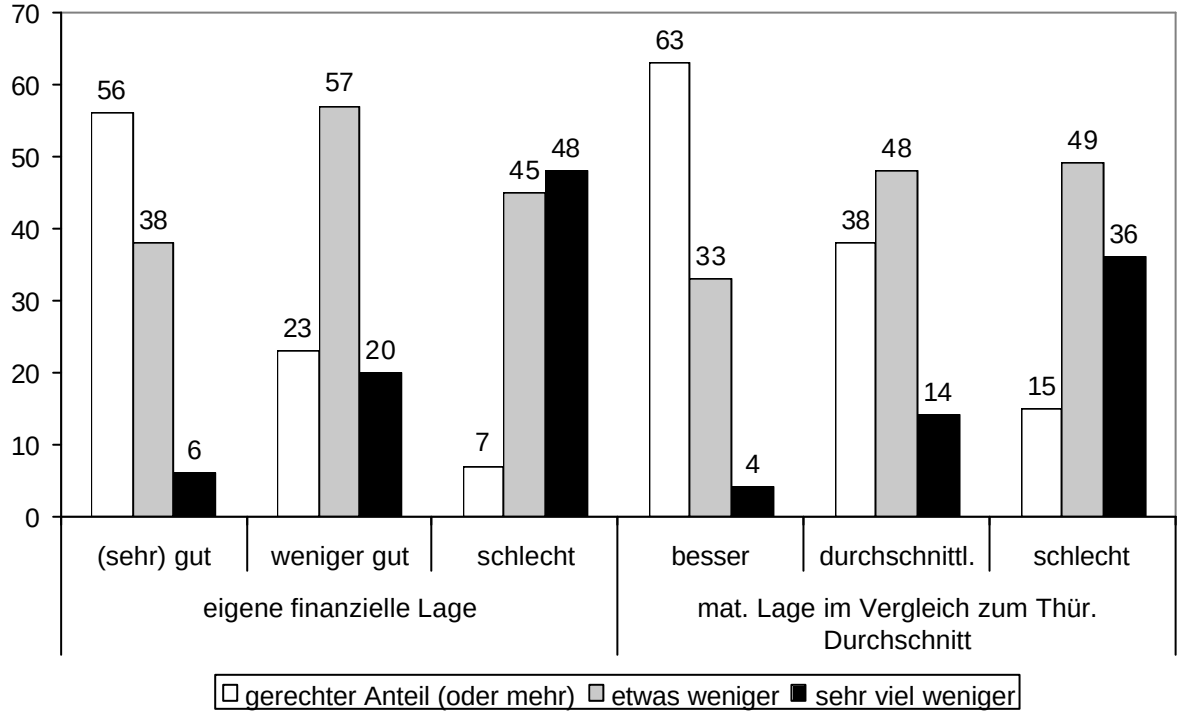
2 Die genaue Frageformulierung lautet: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“.

3 Unter den PDS-Anhängern befinden sich überdurchschnittlich viele Arbeitslose und geringfügig mehr schlechter Gestellte als unter den Befragten insgesamt. Die Sympathie für die PDS ist aber auch bei Kontrolle dieser Drittvariablen für das Empfinden, einen gerechten Anteil erhalten zu haben, von Bedeutung.

Vier von fünf Arbeitslosen sehen sich um den gerechten Anteil gebracht, ein Drittel gibt an, sehr viel weniger zu erhalten.

Gravierenden Einfluss auf die Antwort nach dem gerechten Anteil haben die eigene finanzielle Lage bzw. ihre absolute und relative Bewertung durch die Befragten. Der Anteil der Thüringer, die einen gerechten Anteil konstatieren, wächst linear mit steigender finanzieller Ausstattung. Besonders problematisch stellt sich die Lage derjenigen dar, die glauben sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Unter den schlecht Ausgestatteten stellen sie eine relative Mehrheit, aber auch mehr als doppelt so oft wie die Befragten insgesamt sehen sie sich im Vergleich zum Durchschnitt schlechter gestellt. Die stärkste Wirkung geht von der eigenen finanziellen Lage aus. Für das Gefühl, einen gerechten Anteil zu haben, spielen neben materiellen Faktoren aber auch Aspekte mangelnder Anerkennung eine Rolle, wobei diese oftmals in einem direkten Zusammenhang mit Fragen der deutschen Einheit stehen.

***Abb. 5:*** ***Empfinden, gerechten Anteil zu haben, nach eigener finanzieller Lage und materieller Lage im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt***
*(in Prozent)*




(ii) Benachteiligungsgefühle in den fünf neuen Ländern stehen oftmals mit den Folgen der deutschen Einheit in Verbindung und sind mitunter Reflex auf die fortbestehenden Ost-West-Diskrepanzen. Aus der Einstellungsforschung ist bekannt, dass die konkrete Messung, also die Formulierung der Fragen, die Ergebnisse stark beeinflusst. Je abstrakter diesbezügliche Fragen formuliert werden, desto größer fällt in der Regel die Zustimmung aus (Pollack 2002). Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2003 sind die Befragten wie schon im Vorjahr gebeten worden, die Aussage „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ zu bewerten. Dieses Statement befindet sich auf einer mittleren Abstraktionsebene, da es nicht

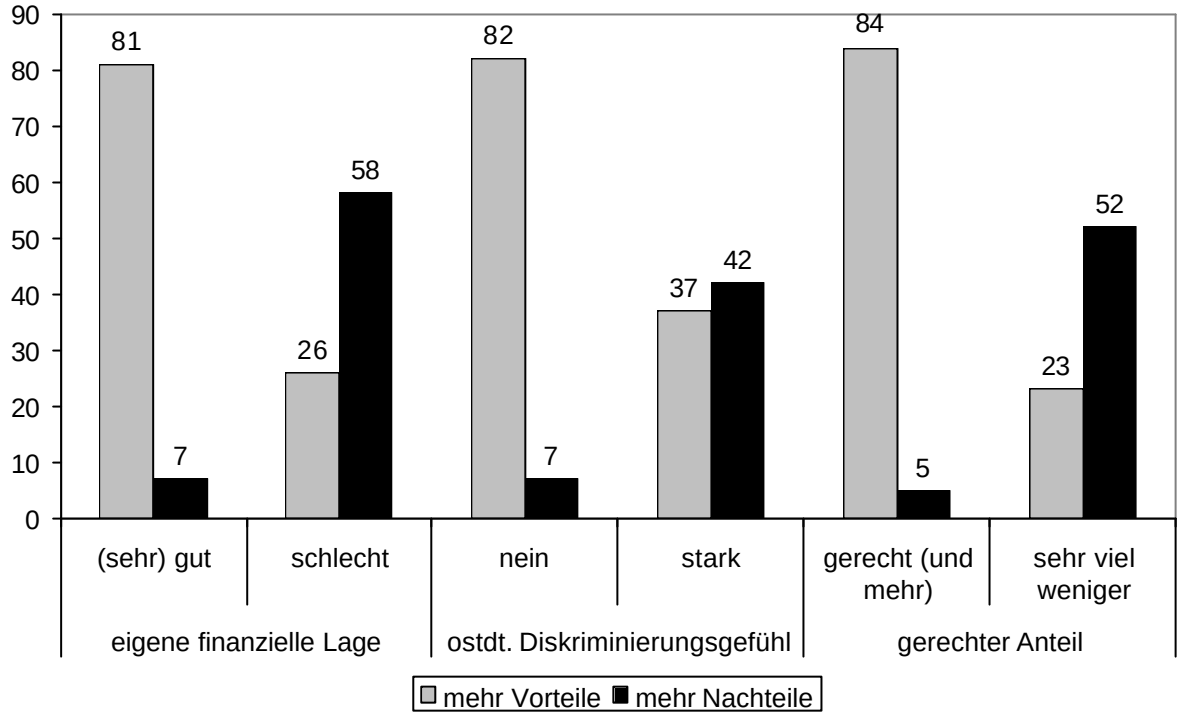
nach der persönlichen Wahrnehmung der Interviewten fragt. Waren die Befragten 2002 in dieser Angelegenheit noch gespalten, findet das Statement nunmehr mehrheitliche Zustimmung und dies sogar in sämtlichen Altergruppen. Der Zuwachs geht vor allem auf das Konto derjenigen mit niedrigem Bildungsstand. Obwohl mittlerweile auch gut die Hälfte der Männer zustimmt, findet sich eine deutlichere Unterstützung bei den Frauen. Die Zustimmungswerte erreichen zwei Drittel oder mehr bei Rentnern, den Arbeitslosen und unter den Anhängern der PDS.

Im Thüringen-Monitor 2003 ist darüber hinaus gefragt worden, wem die deutsche Einigung mehr Vorteile gebracht hat: den Ost- oder den Westdeutschen. Dies ist in der Form eines Methodenexperiments geschehen. Während die eine Hälfte der Befragten die Aussage vorgelegt bekommen hat, dass Westdeutsche mehr Vorteile von der Einheit gehabt haben, wurde dies in der Frage für die andere Hälfte von den Ostdeutschen behauptet. Dadurch sollte kontrolliert werden, ob es eine von der inhaltlichen Aussage unabhängige Zustimmungstendenz bei den Befragten gibt. Tatsächlich scheint es einen solchen Methodeneffekt zu geben, allerdings ist er deutlich geringer ausgefallen als erwartet. Während zwei Drittel der Aussage zustimmen, dass die Westdeutschen stärker profitiert haben, lehnen nur 60 Prozent das Statement ab, dass dies bei den Ostdeutschen der Fall sei. Insbesondere die entschiedene Ablehnung dieser Aussage fällt deutlich niedriger aus als die vorbehaltlose Zustimmung zur Übervorteilung der Westdeutschen. Offenbar fällt es leichter, die Westdeutschen als Profiteure der Einheit zu betrachten, als Vorteile der Einheit für die Ostdeutschen zu bestreiten.

Während das Statement, das die Ostdeutschen als primäre Gewinner bezeichnet, mit allen Fragen zur materiellen Lage und zur Deprivation in enger Verbindung hängt, steht das spiegelbildliche Statement vor allem mit dem spezifischen ostdeutschen Diskriminierungsempfinden zusammen. Je mehr die Westdeutschen als Gewinner der Einheit gesehen werden, desto stärker ist die Wahrnehmung, sie behandelten die Ostdeutschen als Menschen zweiter Klasse. Alle drei genannten Statements, die sich auf das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland beziehen, wirken sich darauf aus, ob Befragte glauben, ihren gerechten Anteil erhalten zu haben. Erwartungsgemäß sinkt dieses Empfinden in dem Maße, in dem Übervorteilung durch Westdeutsche gesehen wird.

In welcher Relation stehen nun die skizzierten Diskriminierungsgefühle zur Bewertung der deutschen Einheit? Zunächst fällt diese Bewertung im Vergleich zum Vorjahr etwas negativer aus. Weiterhin sehen zwei Drittel mehr Vor- als Nachteile der deutschen Einheit, während bei 15 Prozent Unentschiedenen jeder fünfte mehr Nachteile sieht – dies ist ein Anstieg um vier Prozentpunkte. Die Diskriminierungsgefühle determinieren in Kombination mit Faktoren der materiellen Lage, wie die Einheit bewertet wird. Wie die nachfolgende Abbildung illustriert, sind die Zusammenhänge durchweg stark. Zugleich ist offensichtlich, in welchen gesellschaftlichen Gruppen sich die Einheitsskeptiker finden: bei den sozio-ökonomisch und sozialkulturell Deprivierten. Unter den Befragten mit starkem ostdeutschen Diskriminierungsgefühl stellen sie die knappe Mehrheit, unter den schlecht Situierten und denen, die sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu haben meinen, sind sie doppelt so stark vertreten.

***Abb. 6:*** ***Bewertung der deutschen Einheit nach eigener finanzieller Lage, ostdeutschem Diskriminierungsgefühl und Empfinden, gerechten Anteil zu haben***
*(in Prozent)*




Differenz zu 100 %: mittlere Antwortkategorien

Der enge Zusammenhang zwischen der Bewertung der deutschen Einheit und der finanziellen Lage erlaubt wie in den vorausgegangenen Jahren die Kombination zu einem Deprivationsindex. Als depriviert gilt demnach derjenige, der seine eigene finanzielle Lage als schlecht charakterisiert und / oder der mehr Nachteile als Vorteile der Einheit sieht. Gegenüber dem Vorjahr ist diese Gruppe deutlich gewachsen. Ihr gehört nunmehr jeder Vierte statt wie 2002 jeder Fünfte an. Wie bisher sind Frauen ein wenig, Befragte mit niedrigem Bildungsstand deutlich überrepräsentiert. Unter den Arbeitslosen erreicht der Anteil der Deprivierten fast zwei Drittel, nachdem er im Jahr zuvor noch bei etwa der Hälfte gelegen hat.

Die Aufnahme einer Reihe relevanter Fragen in den diesjährigen Thüringen-Monitor 2003 erlaubt neben dem kombinierten Index auch getrennte Indizes der sozio-ökonomischen und der sozio-kulturellen (spezifisch ostdeutschen) Deprivation. Depriviert im sozio-ökonomischen Sinne sind solche Befragte, deren finanzielle Lage schlecht ist und / oder bei denen eine Kombination aus weniger guter finanzieller Lage und einer gegenüber dem Thüringer Durchschnitt schlechteren materiellen Ausstattung besteht. Insgesamt sind knapp 18 Prozent der Thüringer dieser Gruppe zuzurechnen. Sozio-kulturelle Deprivation liegt vor, wenn die Befragten ein ostdeutsches Diskriminierungsgefühl bekunden, die Westdeutschen als Profi-

teure der Einheit sehen[4] und meinen, weniger als den gerechten Anteil zu haben. Immerhin ein knappes Drittel der Befragten weist diese Merkmalskombination auf. Unterschiede zwischen den beiden Typen der Deprivation bestehen nicht nur hinsichtlich der Größe des betroffenen Personenkreises, sondern auch in Bezug auf die Zusammensetzung.

Bei beiden Typen stellt die Bildung eine wichtige Determinante dar. Im Fall der sozioökonomischen Deprivation weisen allerdings lediglich die Hochschulabsolventen deutlich niedrigere Werte auf, während im Fall der sozio-kulturellen Deprivation die Grenze beim Abitur verläuft. Die Arbeitslosen sind unter den im soziokulturellen Sinne Deprivierten nur geringfügig überrepräsentiert, hingegen bei den sozioökonomisch Deprivierten drastisch. Offensichtlich führt die soziokulturelle Deprivation auch verstärkt zu der Herausbildung einer ostdeutschen Identität. Ein derartiges Selbstverständnis findet sich doppelt so häufig bei den in diesem Sinne Deprivierten als bei der Kontrastgruppe. Bei beiden Formen der Deprivation ergibt sich ein starker Zusammenhang mit der Bewertung der deutschen Einheit und mit der Bewertung der Gesellschaft als gerecht oder ungerecht. Schließlich korrelieren beide Formen der Deprivation erwartungsgemäß stark.

Welche Wirkungen entfalten die unterschiedlichen Formen der Deprivation aber hinsichtlich der Positionierung zum ancien régime?

(iii) Die Affinität zum alten Regime ist 2003 nicht wie bisher allein über die Gewichtung von positiven und negativen Seiten der DDR[5] erfasst worden. Vielmehr ist zusätzlich das Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“ aufgenommen worden. Dieses vermeidet zwar den expliziten Bezug auf die DDR, faktisch wird durch das Wort „zurückkehren“ allerdings unzweifelhaft diese Konnotation ausgelöst. Mit diesem Statement soll der Versuch einer Annäherung an das viel diskutierte Phänomen der DDR-Nostalgie oder „Ostalgie“ unternommen werden. Faktisch verbindet sich damit die Frage, ob die Unzufriedenheit mit der aktuellen Lage und ein positives DDR-Bild zugleich mit dem Wunsch nach der Wiederherstellung des Status quo ante verknüpft ist.

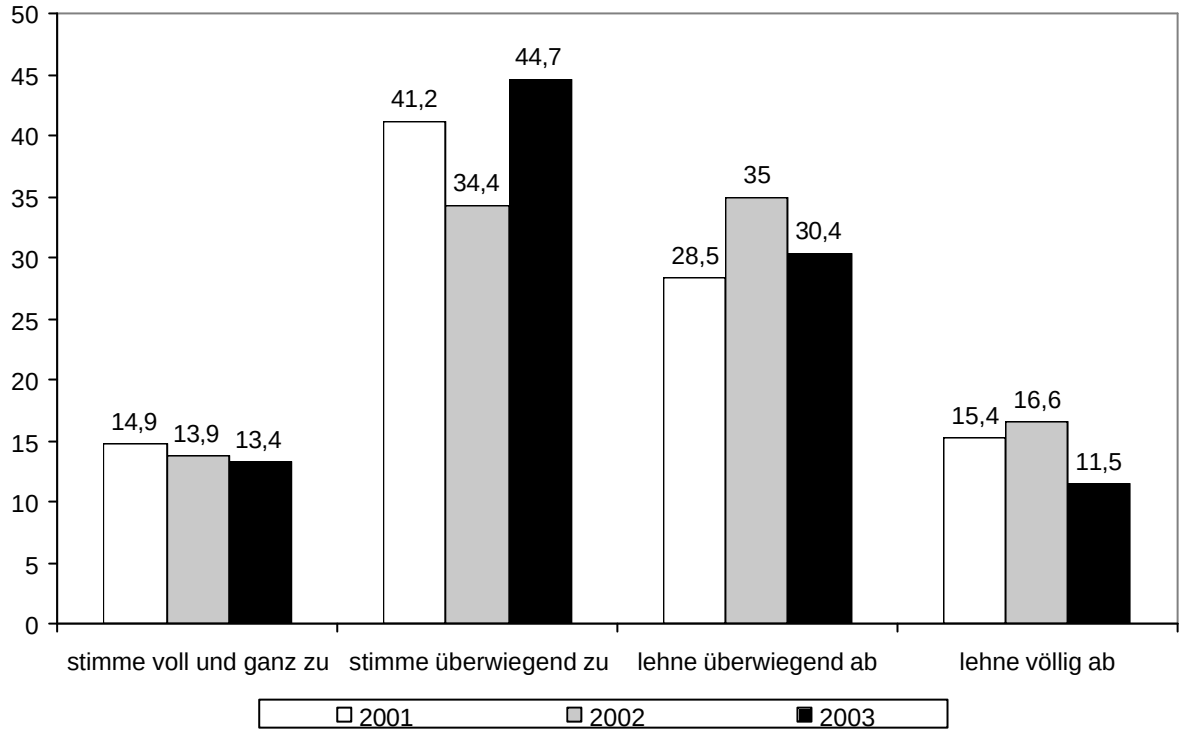
Zunächst zum DDR-Bild: Die positive Einschätzung der DDR hat gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozentpunkte zugenommen und damit den bisherigen Höchststand von 58 Prozent erreicht. Damit unterscheidet sich Thüringen allerdings nicht wesentlich von den anderen neuen Ländern, denn bei bisherigen Untersuchungen erreichte die DDR in Ostdeutschland durchschnittlich durchweg Bewertungen knapp im positiven Bereich (Gabriel 1999: 841; Neller 2000: 580). Der Anstieg geht zudem ausschließlich auf die Erhöhung der moderaten Unterstützung zurück (Abb. 7). Mit zunehmendem Alter werden mehr gute als schlechte Seiten der DDR gesehen. Ein überdurchschnittlich positives DDR-Bild findet sich bei den Frauen, den Befragten ohne Abitur sowie besonders ausgeprägt bei Arbeitslosen. Bereits diese Befunde deuten darauf hin, dass die Nähe zur DDR keiner weltanschaulichen Grundhaltung entspringen muss, sondern sich auch aus einer ungünstigen Chancenstruktur speisen kann.

---

4 Davon wird ausgegangen, wenn diese das Statement „Die Wiedervereinigung hat für die Westdeutschen mehr Vorteile gebracht als für die Ostdeutschen“ bejahen oder die Aussage „Die Wiedervereinigung hat für die Ostdeutschen mehr Vorteile gebracht als für die Westdeutschen“ verneinen.

5 Das Statement hat den Wortlaut: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“

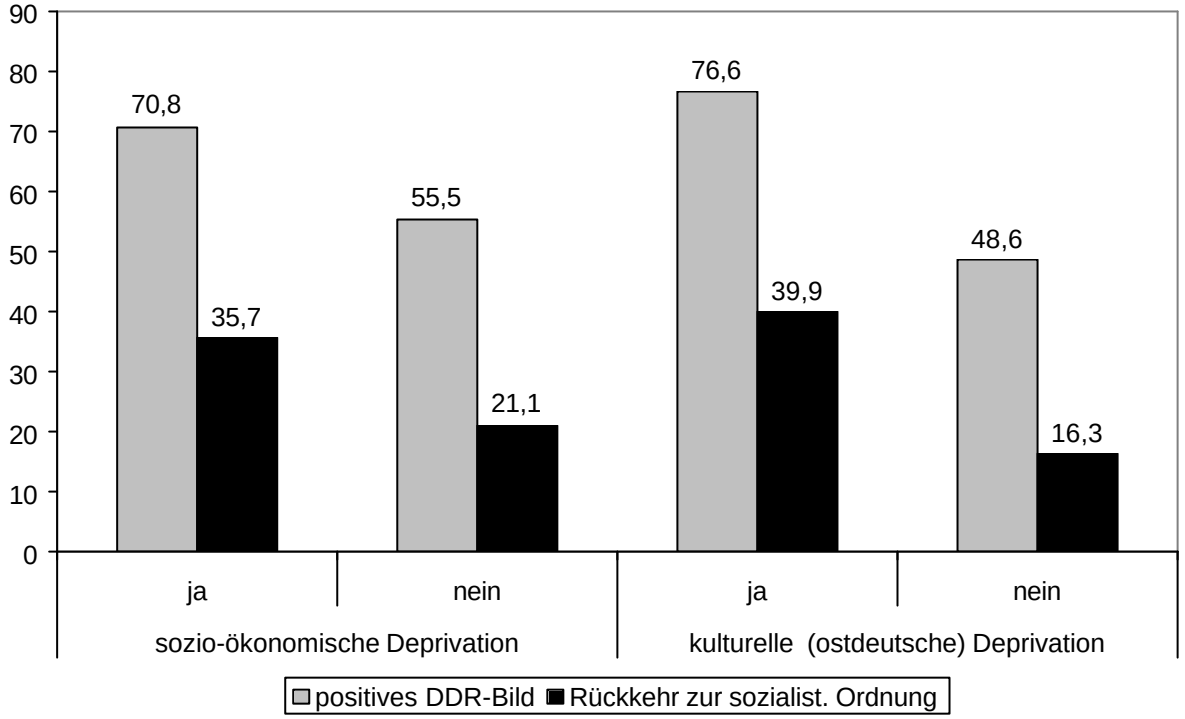
***Abb. 7:*** ***Bewertung der DDR 2001 – 2003: DDR – mehr gute als schlechte Seiten*** *(in Prozent)*




Die Rückkehr zur sozialistischen Ordnung erscheint nicht einmal halb so vielen Thüringern attraktiv; selbst unter den Befragten mit positivem DDR-Bild äußert sich nur jeder dritte in diesem Sinne. Gleichwohl findet das Statement mit 24 Prozent eine bemerkenswert breite Zustimmung. Sie liegt um sieben Prozentpunkte höher als der Wert für Ostdeutschland in einer früheren Studie (Pickel 2002: 161). Ähnlich wie bei der Bewertung der DDR fällt die Zustimmung bei Frauen (29 %), Arbeitslosen (39 %) und Befragten mit einem Bildungsniveau unterhalb der 10. Klasse (40 %) weit überdurchschnittlich aus.

Neben sozialstrukturellen Faktoren kommt auch der Deprivation beträchtliche Erklärungskraft sowohl für die „Ostalgie“ als auch für die Bewertung der DDR zu. Im Vergleich geht dabei von der sozio-kulturellen Variante eine stärkere Wirkung aus als von der ökonomischen (Abb. 8). In diesem Sinne Deprivierte haben zu mehr als drei Vierteln ein positives DDR-Bild; in der Kontrastgruppe ist es nicht einmal jeder Zweite. Noch stärker ist der Zusammenhang mit dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. 40 Prozent der Befragten mit Merkmalen kultureller Deprivation, aber nur 16 Prozent der Nicht-Deprivierten schließen sich diesem an.

***Abb. 8:*** ***Positives DDR-Bild und Wunsch, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren, nach sozio-ökonomischer und sozio-kultureller (ostdeutscher) Deprivation***
*(in Prozent)*




Darüber hinaus sind politische und ideologische Aspekte von Bedeutung: Politisch links Stehende, vor allem Anhänger der PDS, sind unter den „Freunden“ der DDR überrepräsentiert und sehnen sich weit mehr als der Durchschnitt der Befragten zur sozialistischen Ordnung zurück. Zumindest für die Erklärung der „Ostalgie“ ist der Faktor Ideologie von Gewicht: In einer multivariaten Analyse kommt der Bewertung der DDR die stärkste Erklärungskraft zu; erst danach folgen die Bewertung der deutschen Einheit und das ostdeutsche Diskriminierungsgefühl.

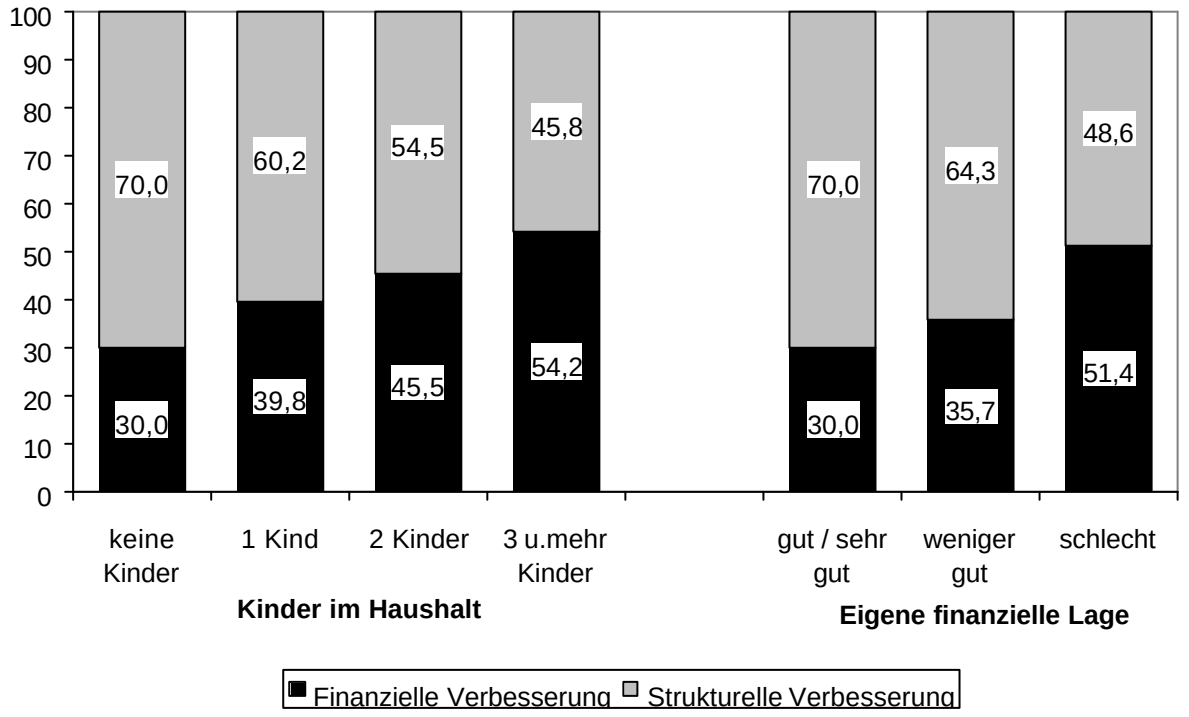
## 3. Reformen und Reformbereitschaft

Die Einschätzung der ökonomischen Situation hat einen erheblichen Einfluss darauf, wie die Thüringer zu den aktuellen Reformen der Sozialversicherungen sehen und wie groß ihre Reformbereitschaft ist. Kaum ein Thema hat die innenpolitische Debatte im Jahr 2003 so beherrscht wie die Diskussionen über die Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Verschiedene Kommissionen erarbeiteten Vorschläge zur Reform von Rente, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen. Im Herbst 2003 hat der Deutsche Bundestag einige Reformen auf den Weg gebracht: Die von Regierung und Opposition ausgehandelte Gesundheitsreform wurde ebenso verabschiedet wie das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt. Zahlreiche weitere Maßnahmen sind geplant. Damit kommen auf die Bürger eine Reihe von Veränderungen zu. Grund genug nachzufragen, wie die Bürger zu den Reformen stehen und wie es um ihre Bereitschaft bestellt ist, die bisherigen und weitere Reformen mitzutragen.

Der Hauptgrund für den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, speziell bei der Rentenversicherung, liegt in der sogenannten demographischen Entwicklung. In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren, während parallel dazu die Lebenserwartung ansteigt.[6] Das führt dazu, dass die „Alterspyramide“ zunehmend in einen „Alterspilz“ übergeht, die Gesellschaft also aus immer weniger jungen und immer mehr alten Menschen besteht (vgl. Geißler 2002: 62ff). Die sozialen Sicherungssysteme beruhen aber auf dem Generationenvertrag, der nun durch die junge Generation zunehmend schwieriger zu erfüllen ist. Die langfristige Lösung für dieses Problem liegt einzig in der Erhöhung der Geburtenziffern. Die Politik kann aber selbstverständlich das generative Verhalten nicht direkt beeinflussen, sondern sie kann höchstens für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen. Vor dem Hintergrund einer hohen Berufsorientierung der Frauen in Ostdeutschland und Thüringen geht es dabei vor allem um eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu sind verschiedene Möglichkeiten denkbar, die zum Zwecke der Untersuchung vereinfachend auf die Alternative zwischen besseren Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und finanzielle Besserstellung von Familien mit Kindern reduziert werden.

Zwei von drei Thüringern entscheiden sich bei diesen Alternativen für die Verbesserung der Kinderbetreuung, lediglich einer von dreien bevorzugt mehr Geld. Unterscheidet man aber auch hier nach eigener Betroffenheit, also danach, ob jemand Kinder im eigenen Haushalt hat oder nicht, und finanzieller Lage, so sieht das Bild etwas anders aus.

***Abb. 9:*** ***Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nach Kindern im Haushalt und finanzieller Lage***
*(in Prozent)*




6 In Thüringen kommt noch das Problem der Abwanderung gerade junger Menschen dazu, vgl. dazu ausführlich den Thüringen-Monitor 2002.

Mit steigender Anzahl von Kindern im Haushalt wird eine stärkere finanzielle Förderung immer häufiger gewünscht, ebenso dann, wenn die eigene finanzielle Lage weniger gut oder schlecht ist. Im Übrigen besteht nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kinder im Haushalt und der eigenen finanziellen Situation.

***Tab. 1:*** ***Eigene finanzielle Situation – nach Anzahl der Kinder im Haushalt*** *(in Prozent)*

| | Eigene finanzielle Situation | | |
|---|---|---|---|
| | schlecht | weniger gut | gut / sehr gut |
| Keine Kinder im Haushalt | 10,2 % | 36,2 % | 53,6 % |
| Ein Kind im Haushalt | 13,9 % | 34,5 % | 51,5 % |
| Zwei und mehr Kinder | 14,8 % | 34,4 % | 50,8 % |

Eines der wichtigsten Schlagworte in der Reformdiskussion lautet „Agenda 2010“. Dahinter verbirgt sich ein Konglomerat aus Änderungen, die letztlich den Umbau des Sozialstaates in Deutschland bedeuten. Eine der geplanten Änderungen, die mittlerweile den Bundestag passiert hat, ist die Verkürzung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld. Die Thüringer sind bei der Bewertung dieser Verkürzung gespalten: Für gut die Hälfte der Befragten (56 Prozent) geht dieses Vorhaben in die falsche Richtung, knapp die Hälfte hält das dagegen für eine richtige Maßnahme, um den Anreiz zur Annahme einer Beschäftigung zu erhöhen.

Selbstverständlich betrifft diese Gesetzesänderung nicht alle Thüringer gleich. Denn die bisher gültige und dann wegfallende Regelung sah eine längere Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld ab dem 45. Lebensjahr vor, wenn entsprechend lange vor der Arbeitslosigkeit eine Versicherungspflicht bei der Bundesanstalt für Arbeit bestanden hat. Die Verkürzung der Bezugsdauer trifft also die Bürger zwischen 45 und 65 im Falle von Arbeitslosigkeit besonders hart, weshalb sie auch besonders entschiedene Gegner dieser Maßnahme sind.

Bei Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss überwiegt hingegen der Anteil der Befürworter dieser Maßnahme, ebenso wie bei denjenigen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten. Bei Beamten und Selbständigen, die es ja nicht betrifft, findet sich der stärkste Anteil der Anhänger dieser Verkürzung. Dementsprechend spielt auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage eine große Rolle: Je besser die allgemeine und / oder die persönliche wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird, umso häufiger wird die Meinung vertreten, dass die Verkürzung ein Schritt in die richtige Richtung ist.

***Abb. 10:*** ***Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes geht in die falsche Richtung***
*(in Prozent)*

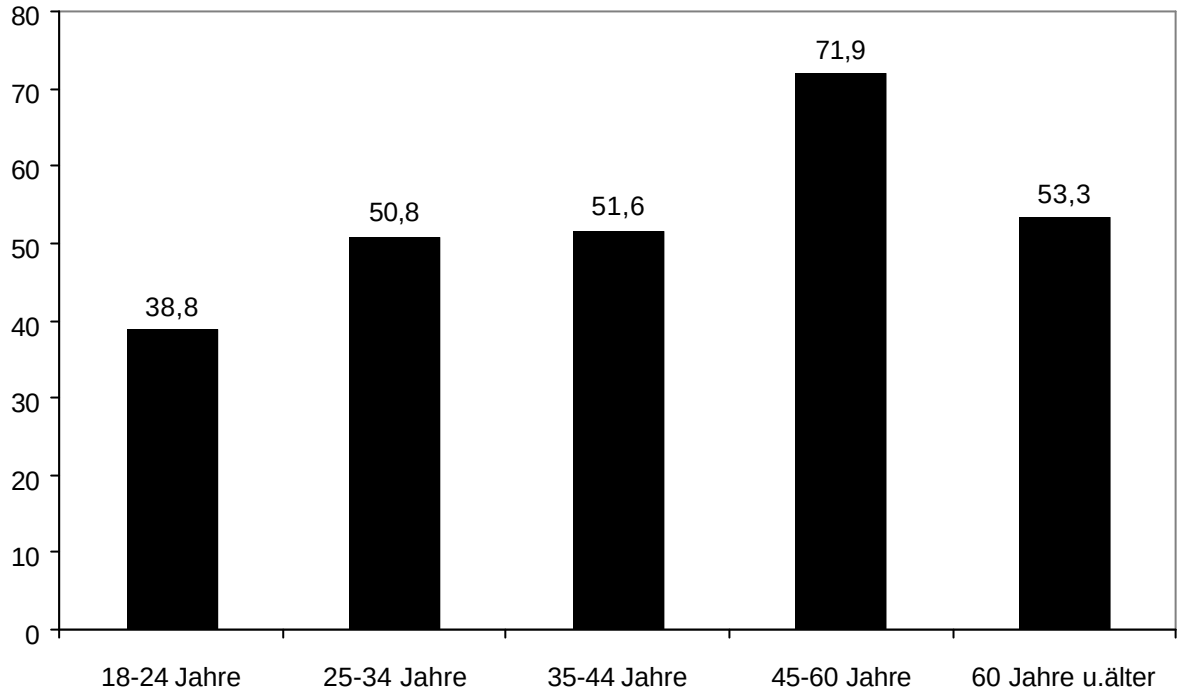
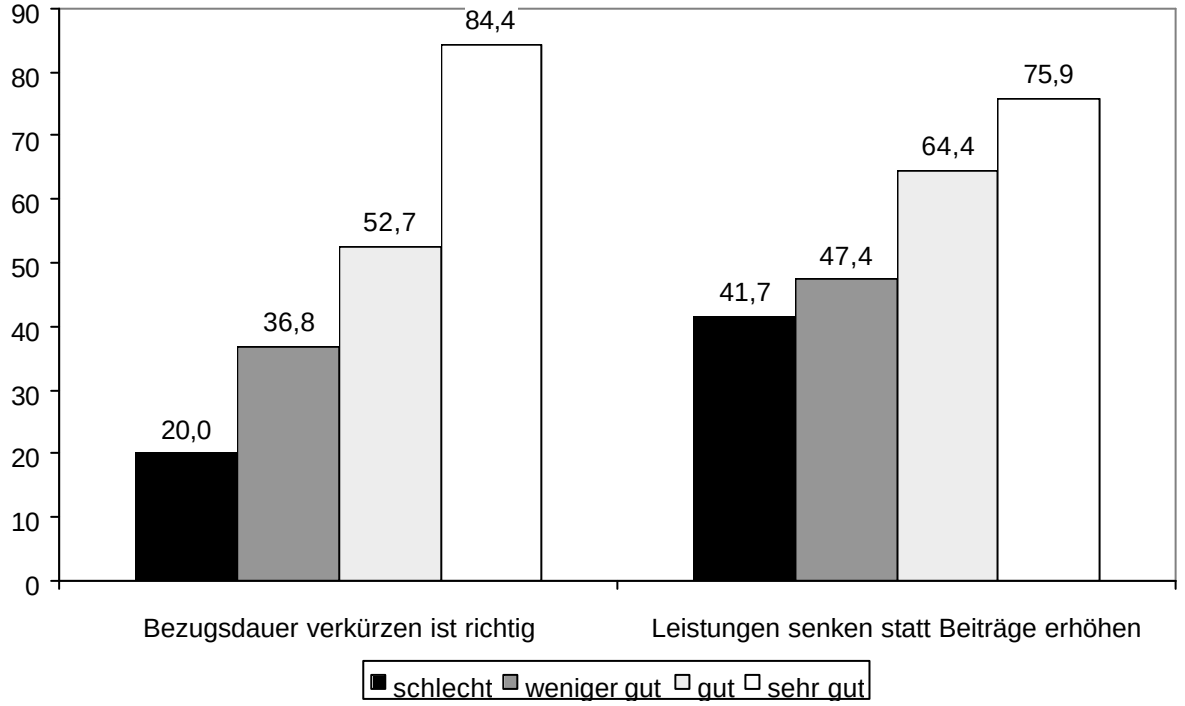



***Abb. 11:*** ***Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung – nach eigener finanzieller Lage***
*(in Prozent)*



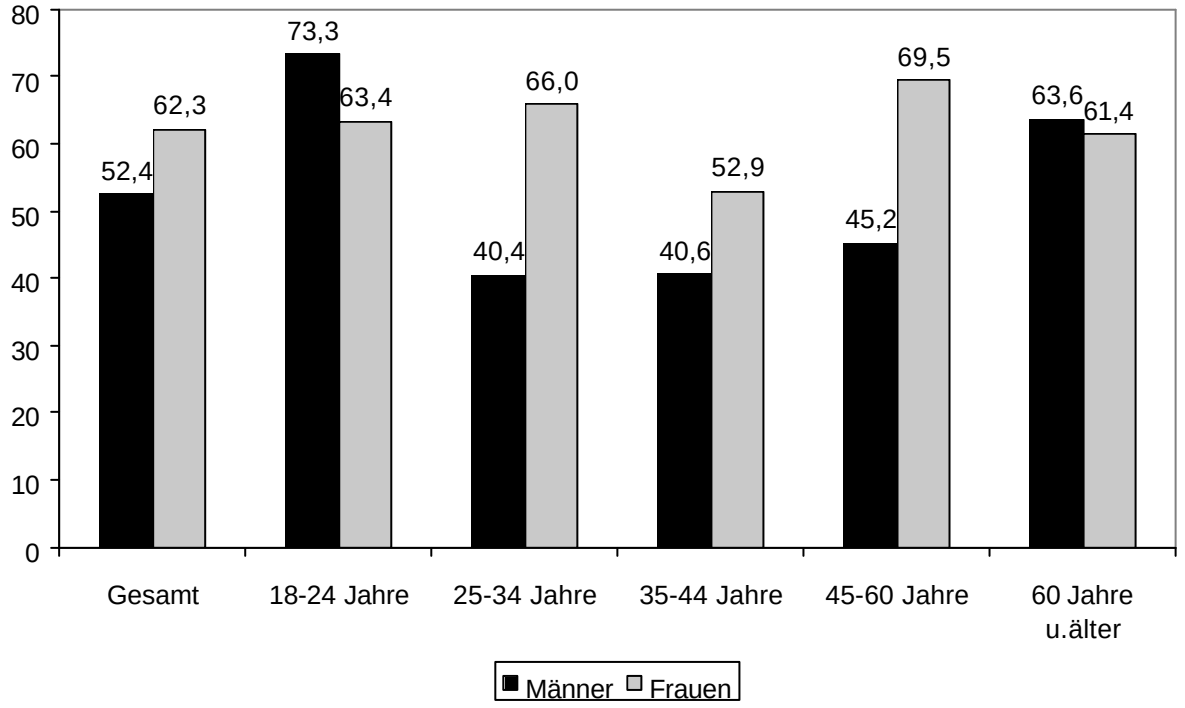
Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes allein wird das Problem der Finanzierbarkeit der Arbeitslosigkeit nicht beheben können. Wie bei den übrigen Sozialversicherungen könnte man die Lösungsstrategien auf die Alternative zuspitzen, entweder die Leistungen zu senken oder die Beiträge zu erhöhen. Eine solche Formulierung als Alternative hat den Vorteil, dass die Befragten sich klar positionieren müssen und nicht einfach eine Maßnahme ablehnen können. Im Falle der Arbeitslosenversicherung ist eine knappe Mehrheit (57 Prozent) dafür, die Leistungen zu senken, während 43 Prozent eine Beitragserhöhung vorziehen würden.

Sowohl die Verkürzung der Bezugsdauer als auch mögliche Leistungssenkungen werden vor allem von denjenigen befürwortet, deren eigene finanzielle Lage gut oder sehr gut ist. In der folgenden Abbildung sind diese beiden Einstellungen zur Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur eigenen finanziellen Lage dargestellt.

Eine deutliche Mehrheit derjenigen, die die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für einen Schritt in die richtige Richtung halten, ist auch für eine Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel aller Berufstätigen halten eine Kürzung der Leistungen für die bessere Alternative, weitgehend unabhängig davon, ob sie ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet halten. Die Befragten mit höherer formaler Bildung sind stärker für die Leistungssenkung als solche mit niedrigerer formaler Bildung.

Bei der Krankenversicherung zeigt sich ein etwas anderes Bild: Hier sind etwa sechs von zehn Befragten für eine Beitragserhöhung, nur vier von zehn für eine Leistungssenkung. Die Vermutung, dass Beitragserhöhungen vor allem von Älteren bevorzugt würden, bestätigt sich zwar, aber auch die Jüngeren sind stärker für eine Beitragserhöhung als für Leistungssenkungen.

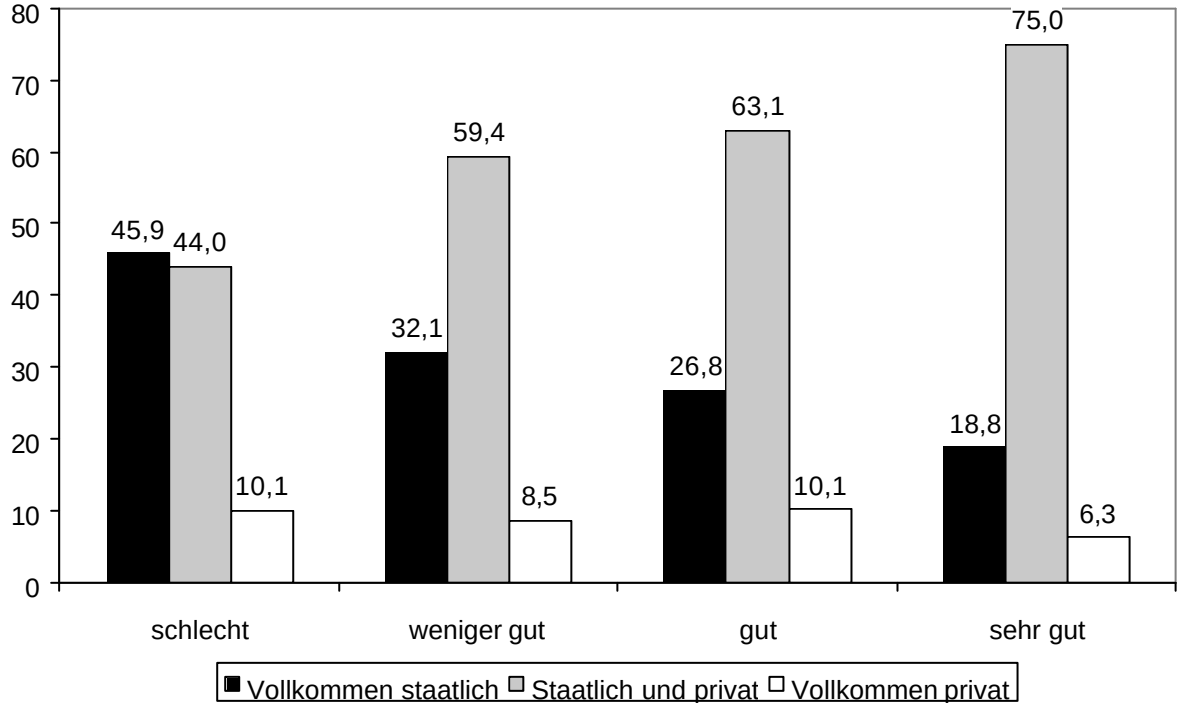
***Abb. 12:*** ***Beiträge der Krankenversicherung erhöhen statt Leistungen einzuschränken – nach Alter und Geschlecht***
*(in Prozent)*



Außerdem zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen; bei den Frauen ist eine knappe Mehrheit für Beitragserhöhungen, bei den Männern eine knappe Mehrheit für Leistungskürzungen. Der Grund liegt wahrscheinlich in der unterschiedlichen Berufstätigkeit: Während bei den Vollzeit-Berufstätigen die Männer klar in der Mehrheit sind, sind es die Frauen bei den Nicht-Berufstätigen, bei den Arbeitslosen und bei den Rentnern. In diesen Gruppen sind Beitragserhöhungen weniger stark, Leistungseinschränkungen aber sehr wohl zu spüren. Diese individuelle Betroffenheit von Veränderungen dürfte der Schlüssel zum Verständnis der Antworten sein.

Besonders deutlich wird das bei der Frage nach den Renten. Beim Alter der Befragten zeigt sich der vermutete Zusammenhang: Mit steigendem Alter wird die Beitragserhöhung häufiger favorisiert; je näher jemand der Rente kommt, umso weniger möchte er diese Leistung in Frage gestellt wissen. Einzig bei den Rentnern findet sich eine Mehrheit für Beitragserhöhungen. Die Berufstätigen sprechen sich mehrheitlich für Leistungskürzungen aus. Das ist weitgehend unabhängig davon, welcher Berufsgruppe jemand angehört und ob der Arbeitsplatz als sicher oder als gefährdet angesehen wird. Männer sind wiederum stärker für Leistungssenkungen als Frauen, vermutlich wie bei der Krankenversicherung aus Gründen der unterschiedlichen Berufstätigkeit.

***Abb. 13:*** ***Staatliche und / oder private Altersvorsorge – nach eigener finanzieller Lage***
*(in Prozent)*




Die Tatsache, dass das bisherige Rentensystem umgebaut werden muss, ist weithin akzeptiert. Vor die Alternative gestellt, ob die Altersvorsorge in Zukunft vollkommen staatlich, vollkommen privat oder von beiden Seiten aufgebracht werden sollte, entscheiden sich sechs von zehn Thüringern für eine Verbindung aus staatlicher und privater Vorsorge. Die rein private Vorsorge wird nicht einmal von jedem zehnten gewünscht, die rein staatliche noch von einem

Drittel der Befragten. Auch hier zeigt sich, dass die staatliche Vorsorge vor allem von denjenigen stärker gefordert wird, die sich eine private Vorsorge nicht leisten können. Nur wenige Befragte bewerten ihre eigene finanzielle Situation als sehr gut, aber diese könnten am leichtesten auf die staatliche Finanzierung der Altervorsorge verzichten.

Dieser Zusammenhang mit der eigenen finanziellen Lage zieht sich durch die gesamten Einstellungen zum Umbau des Sozialstaates: Diejenigen, die sich den Umbau nicht leisten können, sind dagegen, während diejenigen, die den Sozialstaat nicht für ihre eigene Sicherung brauchen, dafür sind, ihn einzuschränken oder gar abzuschaffen. Die eigene Betroffenheit und die eigene finanzielle Lage bestimmen also im Wesentlichen die Position der Thüringer bezüglich der Veränderungen an den sozialen Sicherungssystemen in Deutschland.[7]

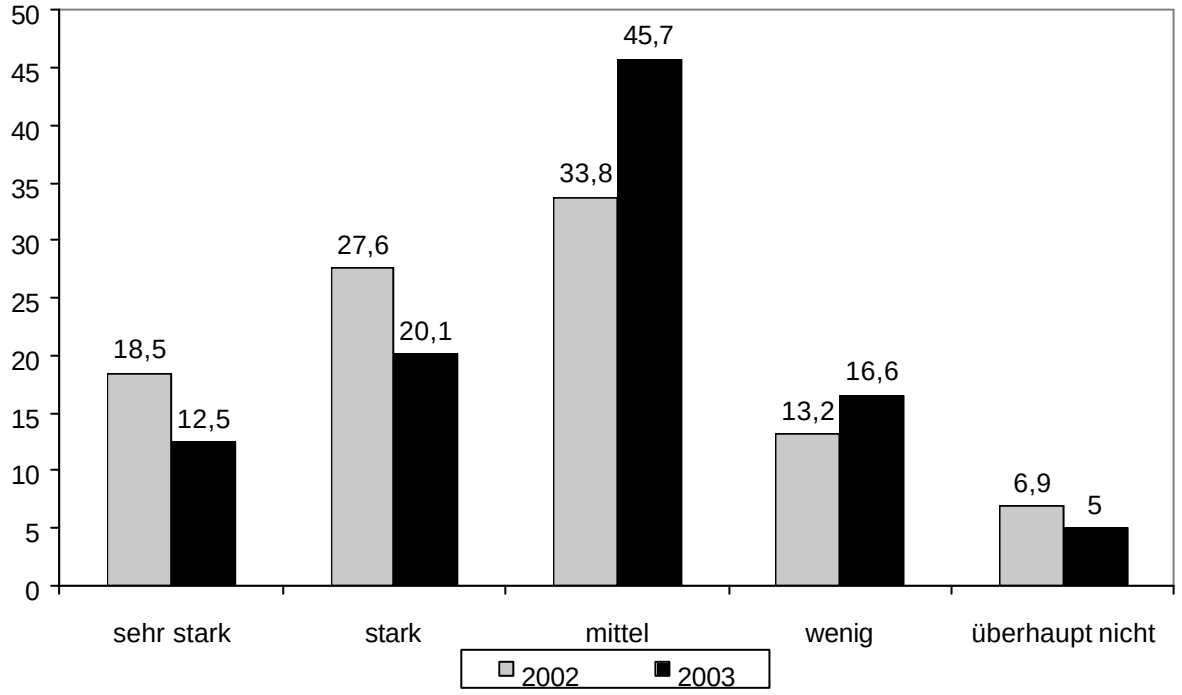
7 Um die Reformdiskussion abzurunden, wurde schließlich die aktuelle Debatte über Studiengebühren aufgegriffen. Zwei Drittel der Thüringer sind dafür, dass Langzeitstudenten Gebühren entrichten sollen, jeweils ein Sechstel sind generell gegen oder generell für Studiengebühren. Diese Einstellung zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen. Einzig beim eigenen Bildungsabschluss zeigen sich leichte Unterschiede: Befragte mit höheren Abschlüssen sind seltener für generelle Studiengebühren, dafür häufiger für Gebühren bei Langzeitstudenten.

# III. Wahrnehmungen der Politik

## 1. Politisches Interesse und politische Informiertheit

Die Thüringer sind politisch überdurchschnittlich interessiert; das belegt auch die diesjährige Studie. Selbst wenn das politische Interesse der Thüringer im Vergleich zum letzten Jahr etwas nachgelassen hat, liegt es 2003 noch immer über den aus anderen Umfragen bekannten Werten in Ost- und Westdeutschland, wo der Anteil mit sehr starkem Interesse in der Regel deutlich unter zehn Prozent liegt (vgl. Thüringen-Monitor 2002: 64, ALLBUS 1996, 1998 und 2000). Die Nähe zur Bundestagswahl im letzten Jahr hatte die Werte deutlich beeinflusst, aber offenbar ist das Interesse an Politik in Thüringen tatsächlich stärker ausgeprägt als andernorts.

***Abb. 14:*** ***Interesse für Politik – 2002 und 2003 im Vergleich***
*(in Prozent)*

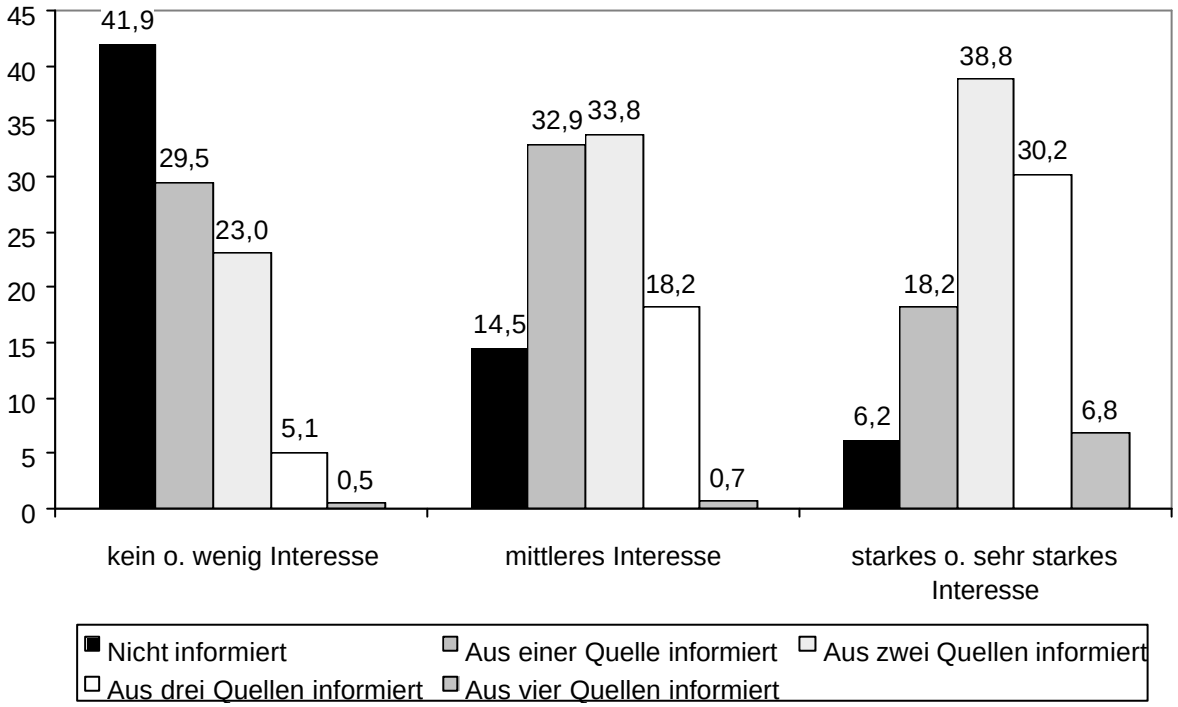



Das Interesse an Politik nimmt erwartungsgemäß mit steigendem Alter und mit höherem Bildungsabschluss zu. Frauen interessieren sich – wie aus dem Vorjahr und aus anderen Untersuchungen bekannt – deutlich weniger für Politik als Männer. Dieses Interesse für Politik führt offenbar auch zu einer verstärkten Beschäftigung mit Politik, wie eine einfache Überprüfung des landespolitischen Grundwissens ergab. Wie im Vorjahr konnten nur vier von zehn Befragten die im Landtag vertretenen Parteien korrekt nennen. Bei den Befragten mit geringem Interesse an Politik konnten das nur etwa zwei von zehn, bei denen mit starkem Interesse immerhin gut sechs von zehn. Dennoch ist erstaunlich, dass fast 40 Prozent derjenigen, die

ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik haben, nicht wissen, von welchen Parteien sie im Landtag vertreten werden. Vier von fünf Thüringer halten sich selbst für kompetent in politischen Fragen; selbst in der Gruppe der überhaupt nicht Interessierten ist es noch jeder zweite.

Das politische Interesse hängt erwartungsgemäß sehr stark mit dem Informationsverhalten zusammen. Je stärker das Interesse ist, desto stärker informieren sich die Befragten auch über Politik. Bereits an der Anzahl der verschiedenen Informationsquellen kann man diesen starken Zusammenhang erkennen.[8]

***Abb. 15:*** ***Anzahl der Informationsquellen über Politik nach politischem Interesse*** *(in Prozent)*




Als Quelle für Informationen über Politik sind die regionalen Tageszeitungen besonders wichtig. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, sich am Vortag des Interviews in einer regionalen Tageszeitung über Politik informiert zu haben. Auch das Fernsehen und das Radio wurden jeweils etwa von der Hälfte der Befragten genannt, während überregionale Tageszeitungen und das Internet nur von etwa jedem zehnten genutzt wurden. Dieses Informationsverhalten ist weitgehend unabhängig von sozialstrukturellen Faktoren wie Alter, Bildung oder Geschlecht.

8 Die Frageformulierung lautete: „Informationen über Politik kann man ja aus verschiedenen Quellen beziehen. Haben Sie sich gestern (A) im Fernsehen über Politik informiert? Wenn ja, welchen Sender haben Sie gesehen? Und wie ist das mit (B) Radio, (C) Regionale Tageszeitung, (D) Überregionale Tageszeitung, (E) Internet?“ Mehrfachnennungen erlaubt.

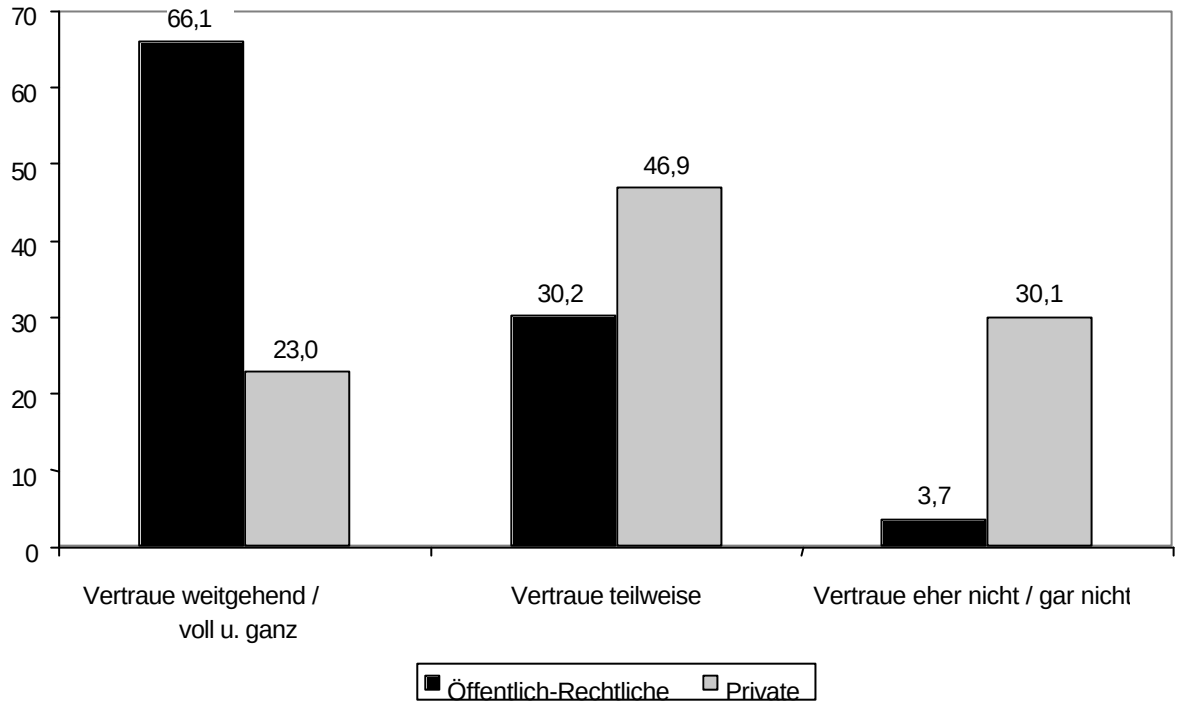
***Tab. 2:*** ***Quellen für Informationen über Politik***
*(Mehrfachnennungen in Prozent)*

| **Informationen über Politik aus ...** | Prozent (Mehrfachnennungen) | |
|---|---|---|
| **dem Fernsehen** | **49,1** | |
| *Darunter:* | | |
| ARD | | 50,6 |
| ZDF | | 37,2 |
| MDR | | 32,5 |
| RTL | | 18,6 |
| SAT1 | | 5,6 |
| **dem Radio** | **40,3** | |
| *Darunter:* | | |
| Antenne Thüringen | | 30,3 |
| MDR Info | | 17,7 |
| Andere MDR-Sender | | 16,6 |
| Landeswelle Thüringen | | 14,0 |
| **einer regionalen Tageszeitung** | **54,9** | |
| *Darunter:* | | |
| Thüringer Allgemeine | | 38,9 |
| Ostthüringer Zeitung | | 26,1 |
| Freies Wort | | 14,1 |
| Thüringische Landeszeitung | | 10,9 |
| BILD Thüringen | | 5,0 |
| Südthüringer Zeitung | | 2,7 |
| Osterländer Volkszeitung | | 1,1 |
| **einer überregionalen Tageszeitung** | **9,4** | |
| **dem Internet** | **7,9** | |

Beim Fernsehen liegt die Präferenz bei den öffentlich-rechtlichen Programmen, die deutlich häufiger gesehen wurden als die privaten. Beim Radio liegen die privaten knapp vor den öffentlich-rechtlichen. Die regionalen Tageszeitungen haben unterschiedliche Verbreitungsgebiete; die überregionalen Tageszeitungen werden generell sehr wenig genutzt, so dass hier

eine Unterteilung nicht sinnvoll ist. Die verstärkte Nutzung öffentlich-rechtlicher Fernsehsender hängt damit zusammen, dass ihnen deutlich mehr Vertrauen entgegen gebracht wird als den privaten.

***Abb. 16:*** ***Vertrauen in Fernsehsender – öffentlich-rechtliche und private im Vergleich***
*(in Prozent)*




Insgesamt zeigen die Thüringer damit ein bundesweit typisches Muster der Informationsaufnahme, bei dem regionale Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Fernsehsender im Mittelpunkt stehen (vgl. Ergebnisse für Ost- und Westdeutschland bei Brettschneider 2000: 546ff.).

Ein großer Teil der Thüringer ist insgesamt recht stark an Politik interessiert und fühlt sich auch kompetent, politische Fragen angemessen einschätzen zu können. Ob man denjenigen, die weniger interessiert sind und sich für weniger kompetent halten, daher gleich unterstellen sollte, dass sie damit eine „generelle Distanz zur Politik“ und eine „diffuse Politikverdrossenheit“ (so z.B. Pickel 2002: 91) an den Tag legen, soll hier zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Unbestritten ist aber ein starker Zusammenhang zwischen Interesse und subjektiver Kompetenz auf der einen Seite und Einstellungen zu Politik und Politikern auf der anderen Seite, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

## 2. Einstellungen zu Politik und Politikern

### 2.1. Politikverdrossenheit oder mangelnde Systemunterstützung?

Spätestens seit 1992 ist das Wort „Politikverdrossenheit“ in aller Munde, als die Gesellschaft für deutsche Sprache es zum Wort des Jahres gekürt hat. Seither ist die Wissenschaft bemüht,

dieses Phänomen in einem Konzept zu fassen, um den „Verdruss“ messbar zu machen. Bei einem derart komplexen und diffusen Phänomen wie der Politikverdrossenheit ist genau dieses aber äußerst schwierig, und daher ist man auch noch weit davon entfernt, ein einheitliches Messmodell für die Politikverdrossenheit zu haben (vgl. Arzheimer 2002: 101ff.). Der Terminus Politikverdrossenheit selbst ist in der wissenschaftlichen Diskussion nicht unumstritten; die Kritiker verwenden den Begriff der Systemunterstützung, der etwas umfassender ist.

Die Systemunterstützung kann man vor allem danach unterscheiden, auf welche Objekte sich diese Unterstützung bezieht. Als mögliche Objekte kommen die Politik und ihre Akteure, die politischen Institutionen und die Demokratie als Regierungsform in Betracht (vgl. Maier 2000, Pickel 2002). Diese Bewertungen reichen von konkreten Einschätzungen einzelner Politiker bis hin zu der eher abstrakten Einschätzung der Demokratie als Staatsidee. Aber auch innerhalb der einzelnen Objekte kann man zwischen konkreten und abstrakten Einschätzungen unterscheiden. Es ist durchaus plausibel, dass man „den Parteien“ nur wenig Vertrauen entgegenbringt, aber dennoch viel Sympathie für eine bestimmte Partei hat (vgl. Niedermayer 2001: 58f.).

Die Indikatoren für Systemunterstützung, die positiven Bewertungen der Parteien, der Politiker und der Demokratie sind seit den 70-er Jahren tendenziell rückläufig (Maier 2000: 155ff.), wobei die Bewertung der Parteien und der Politiker sehr eng zusammenhängt (ebd.: 263). Im Vergleich zu staatlichen Institutionen genießen die Parteien in Deutschland ein geringeres Vertrauen der Bürger (vgl. Rattinger 1993: 27, Gabriel 2001: 115). Im internationalen Vergleich erscheint das Ausmaß der „Politikverdrossenheit“ in Deutschland nicht übermäßig hoch; Arzheimer findet „in keinem Fall (...) Indizien für eine krisenhafte Sondersituation“ (Arzheimer 2002: 296).

Das bereits im letzten Abschnitt erwähnte politische Interesse und die politische Kompetenz werden meist als Erklärungsfaktoren für Systemunterstützung herangezogen, selten auch als „ungerichtetes politisches Verhalten“ (Pickel 2002: 51) zum Bereich der Systemunterstützung selbst gezählt. Verschiedene Formen des politischen Verhaltens – etwa Nichtwahl, Protestwahl oder auch Rechtsextremismus – werden als „Konsequenzen politischer Unzufriedenheit“ (ebd.: 52, 320 ff.; Maier 2000: 91 ff.) und damit als Folgen mangelnder Systemunterstützung angenommen.

Diese Unterscheidung der Bezugspunkte für Systemunterstützung soll hier als Leitfaden der Untersuchung dienen. Dabei werden die Einstellungen zur konkreten Politik, zu Politikern, zu Parteien und zu den Institutionen zunächst getrennt untersucht und dann miteinander in Verbindung gebracht. Zu diesem Zweck stehen zahlreiche, in der bisherigen Forschung erprobte Indikatoren zur Verfügung. Der Untersuchung der Einstellungen zur Demokratie wird als Schwerpunkt des diesjährigen Thüringen-Monitors ein gesondertes Kapitel gewidmet.

## 2.2. Einstellungen zur Politik im Allgemeinen

Wie bereits in Kapitel III.1 ausgeführt halten sich die Thüringer durchaus für politisch kompetent; vier von fünf Befragten geben an, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können. Allerdings bezieht sich diese Einschätzung nur auf die eigene Person, denn gleichzeitig halten über 70 Prozent der Befragten die Bevölkerung insgesamt für zu schlecht informiert, um über politische Fragen zu entscheiden. Um sich politisch zu engagieren, genügt es aber nicht, sich selbst für kompetent zu halten. In einem demokratischen System muss hinzukommen, dass man auch den Eindruck hat, dass das politische System auch auf dieses Enga-

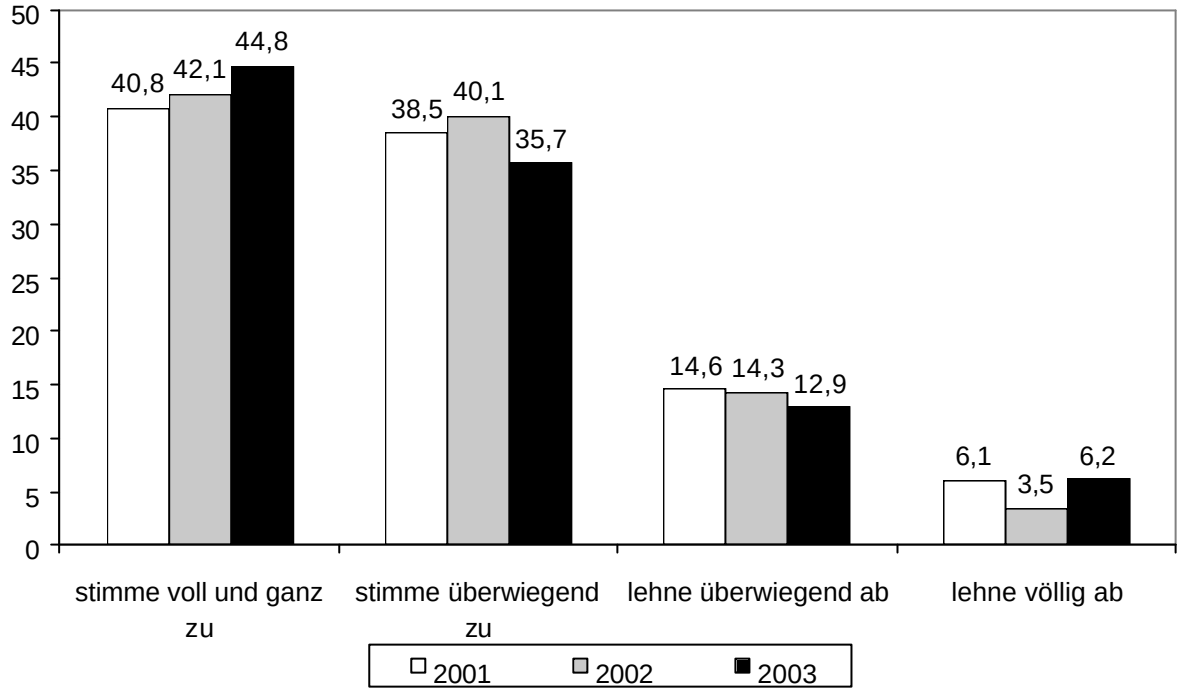
gement reagiert. In dieser Frage sind die Thüringer aber sehr skeptisch: Drei Viertel der Befragten glauben, dass sie keinen Einfluss auf das haben, was die Regierung tut.

Für zwei Drittel der Befragten ist das aber eigentlich kein Problem, denn sie halten es nicht für so wichtig, dass sich jeder beteiligt. Entscheidend sei vielmehr, dass das Ergebnis stimmt. Die eigene Kompetenz und die Einschätzung der Reaktionsbereitschaft des politischen Systems hängen interessanterweise kaum miteinander zusammen. Vielmehr ist es so, dass die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems von der Mehrheit negativ bewertet wird, egal ob der Befragte sich für kompetent hält oder nicht. Offenbar ist bereits hier das Verhältnis von Bürger und Politik gestört: In den Augen der Befragten nutzt die Politik deren politische Kompetenz nicht, andererseits scheinen sich die meisten Bürger aber mit der Zuschauerrolle zufrieden zu geben. Sie messen die Politik am Ergebnis und kritisieren sie dort, wo dieses unzureichend ist, wollen aber nicht unbedingt dazu beitragen (vgl. auch Kap. IV.3). Dieses Verhalten ist aus der Partizipationsforschung bereits hinlänglich bekannt; die meisten Bürger begnügen sich damit, Zuschauer der Politik zu sein (vgl. Milbrath / Goel 1977: 13ff., die den Begriff „spectators“ benutzen).

Aus dieser Zuschauerrolle heraus geben die Bürger der Politik und den Politikern durchweg schlechte „Noten“. Neun von zehn Thüringer haben den Eindruck, dass „in der Politik zuviel geredet und nichts geleistet wird“. Darin sind sich Männer und Frauen einig, außerdem zieht sich diese Ansicht durch alle Altersgruppen gleichermaßen. Lediglich die Befragten mit einem höheren Bildungsabschluss stimmen etwas weniger häufig zu (85 Prozent). Stärkeres Interesse an Politik und minimales landespolitisches Wissen (Parteien im Landtag) gehen mit einer leicht besseren Bewertung der Politik einher. Etwas besser fällt die Bewertung auch bei denen aus, die sich in politischen Fragen für kompetent halten bzw. die die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems höher einschätzen.

Ähnlich negativ fallen die Ergebnisse bei der Frage nach dem Zweck von Politik aus. Acht von zehn Thüringern meinen, dass es in der Politik nicht um die Sache, sondern nur um die Macht gehe. Diese Ansicht ist bereits seit mindestens drei Jahren nahezu konstant.

***Abb. 17:*** ***„In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht" – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003 im Vergleich***
*(in Prozent)*




Auch bei dieser Frage stimmen Männer und Frauen gleichermaßen zu; die Zustimmung sinkt mit steigender Bildung. Bei steigendem politischen Interesse wird die Politik in dieser Hinsicht besser bewertet, ebenso wenn die Befragten glauben, dass sie selbst Einfluss auf die Politik nehmen könnten. Interessanterweise ist die jüngste Altersgruppe (18-24-Jährige) deutlich weniger skeptisch als die anderen, die Skepsis steigt mit dem Alter an.

***Tab. 3:*** ***„In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht" – Zustimmung nach Altersgruppen***
*(in Prozent)*

| Altersgruppe | 18-24 Jahre | 25-34 Jahre | 35-44 Jahre | 45-59 Jahre | 60 Jahre und älter |
|---|---|---|---|---|---|
| Zustimmung | 60,4 | 78,3 | 82,0 | 83,7 | 85,4 |

Kombiniert man diese beiden generellen Einstellungen zur Politik („In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet" und „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht"), so sind genau drei Viertel der Thüringer mit „der Politik" unzufrieden, haben also ein negatives Bild von der Politik. Diese Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen ist in allen Bevölkerungsgruppen gleich stark, das heißt dass es keine Gruppe gibt, in der die Zufriedenen überwiegen. Einzige Ausnahme ist die sehr kleine Gruppe der Beamten im höheren bzw. gehobenen Dienst, von denen „nur" die Hälfte unzufrieden ist.

Die Zufriedenheit mit der Politik, so wie sie hier gemessen wurde, ist allerdings sehr diffus. Fragt man nach einzelnen Politikbereichen, so liegt die Zufriedenheit mit der Landesregierung zwischen zehn (bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen) und knapp 60 Prozent

(mit der Inneren Sicherheit). Ein positives Bild von der Politik im Allgemeinen geht mit einer besseren Bewertung konkreter Politikfelder einher, allerdings ist der Zusammenhang nicht besonders stark. Auch Befragte mit einem positiven Politikbild sind bei einer Reihe von Politikfeldern mehrheitlich unzufrieden.

Um herauszufinden, womit im Detail die Bürger unzufrieden sind, wird im Folgenden die Bewertung von Politikern, Parteien und Institutionen untersucht und mit der allgemeinen Unzufriedenheit mit Politik in Verbindung gebracht.

## 2.3. Einstellungen zu den politischen Parteien

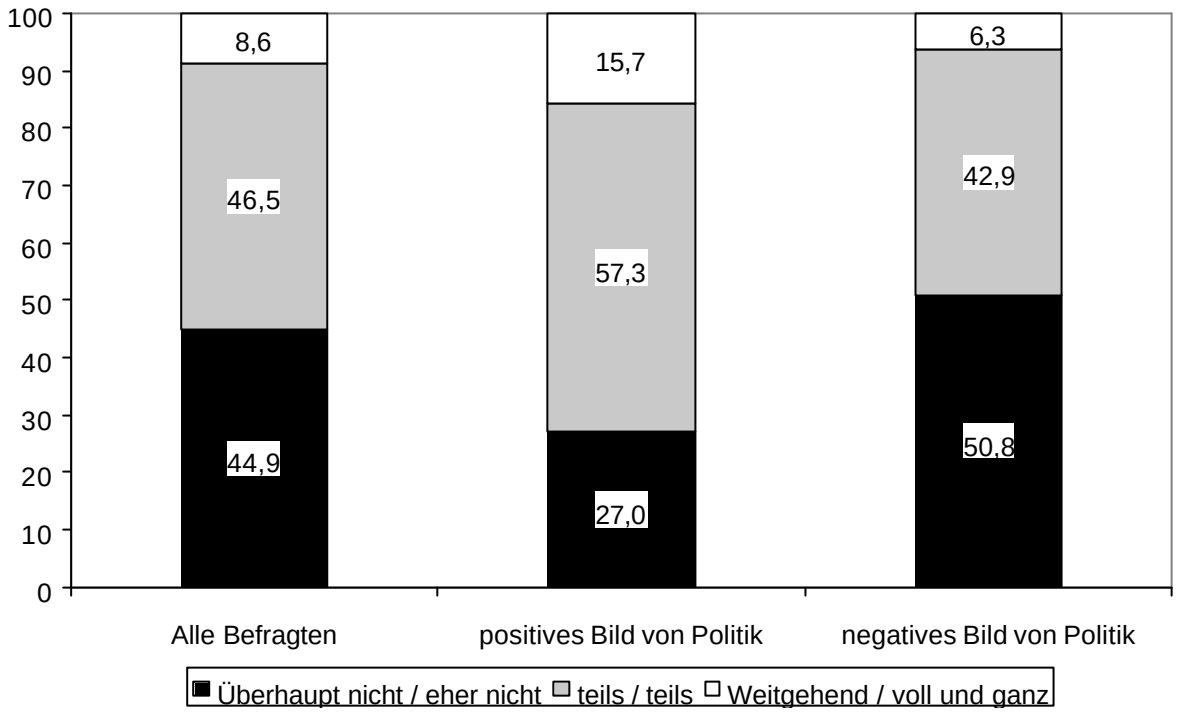
Die Parteien spielen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine herausgehobene politische Rolle. Laut Grundgesetz wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit (Art. 21 GG). Tatsächlich ist die Rolle der Parteien im politischen Prozess nicht zu unterschätzen, sie sind beinahe allgegenwärtig. Bei den Wahlen wird primär zwischen verschiedenen Parteien gewählt, sie rekrutieren das politische Personal und werden staatlich finanziert. Daher spielen die Einstellungen zu den politischen Parteien eine wichtige Rolle, wenn man die Unterstützung des politischen Systems untersuchen will.

Zunächst ist ein Blick auf das generelle Vertrauen zu werfen, das den Parteien in Thüringen entgegengebracht wird: Nur etwa einer von zehn Thüringern vertraut den Parteien, jeweils knapp die Hälfte der Befragten ist unentschieden oder vertraut den Parteien nicht. In einer Reihe von insgesamt zwölf Institutionen stehen die Parteien an letzter Stelle, ihnen wird also im Vergleich am wenigsten vertraut (vgl. unten III. 2.5). Männer stehen den Parteien etwas skeptischer gegenüber als Frauen. Mit steigender Bildung sinkt das Vertrauen in die Parteien. Die mittleren Altersjahrgänge betrachten die Parteien am kritischsten.

Der Zusammenhang mit den allgemeinen Einstellungen zur Politik (vgl. oben III. 2.2) ist deutlich und nicht überraschend: Ein positives Bild von Politik lässt auch die Parteien in einem günstigeren Licht erscheinen, ein negatives Bild bezieht die Parteien mit ein. Allerdings kann auf der Grundlage dieser Daten kein Kausalzusammenhang behauptet oder überprüft werden, die schlechten Bewertungen von Politik und Parteien gehen nur miteinander einher.

Ein weiterer Indikator für die Einstellungen zu den politischen Parteien zeigt ein mindestens ebenso negatives Bild. Über drei Viertel der Thüringer glauben, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ohne sich für deren Ansichten zu interessieren. Die Zustimmung zu dieser Frage ist seit Jahren konstant hoch und hat im Zeitverlauf tendenziell sogar leicht zugenommen.

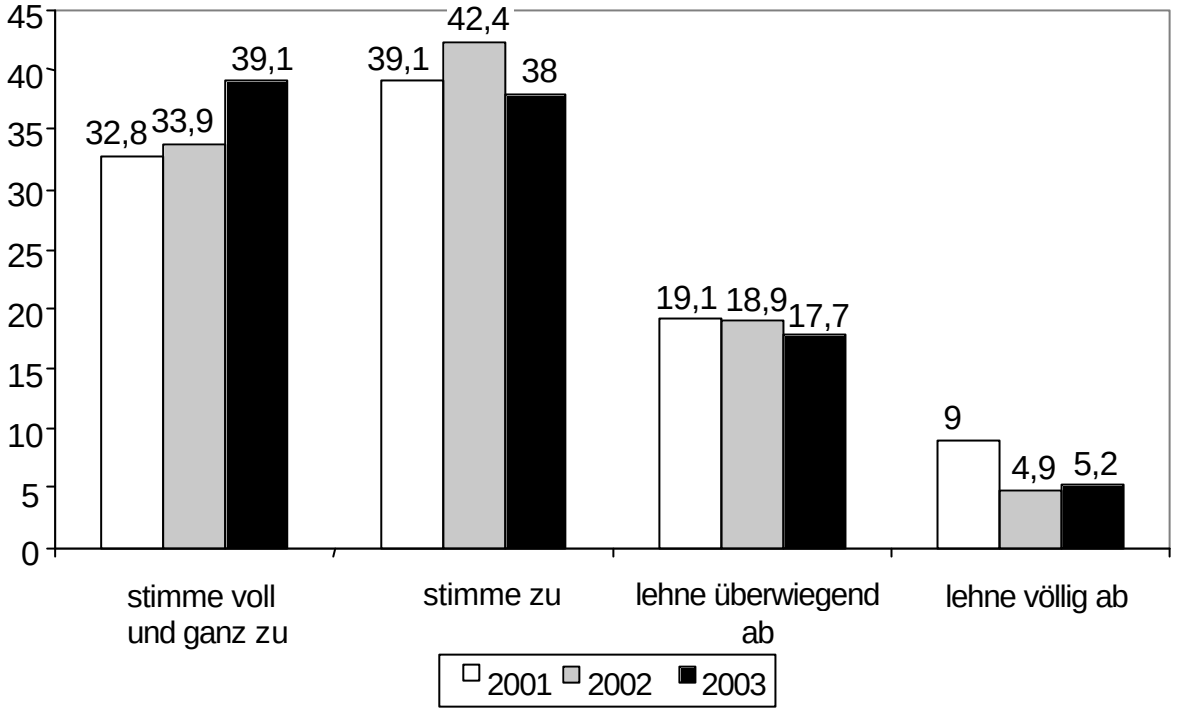
***Abb. 18:*** ***Vertrauen in politische Parteien – getrennt nach Einstellung zur Politik allgemein***
*(in Prozent)*




Wiederum zeigt sich kein Unterschied zwischen Männern und Frauen. Die höher Gebildeten und die jüngeren Befragten stimmen dieser Frage etwas weniger häufig zu als die anderen. Während die subjektive politische Kompetenz nur eine geringe Rolle spielt, so sinkt die Zustimmung zu dieser Frage deutlich, wenn die Befragten der Meinung sind, dass sie das politische Geschehen beeinflussen können. Diejenigen Befragten, die glauben, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ohne dass sie deren Ansichten interessieren, fallen bei der Sonntagsfrage nicht besonders auf. Diese Meinung über die Parteien ist bei Nichtwählern kaum weiter verbreitet als bei Wählern einer etablierten Partei. Gleiches gilt für die Parteineigung.

Bei der üblichen Sonntagsfrage nach der Partei, die man wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, geben 85 Prozent der Befragten an, eine der etablierten Parteien (CDU, SPD, PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) wählen zu wollen. Das Vertrauen in die Parteien ist bei diesen Befragten aber auch nicht signifikant höher als bei jenen, die angeben, nicht wählen zu wollen. Die beabsichtigte Wahl einer Partei hängt also mit dem Vertrauen in „die Parteien“ kaum zusammen.

***Abb. 19:*** ***„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht" – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003 im Vergleich*** *(in Prozent)*




Etwa 59 Prozent der Befragten neigen einer bestimmten Partei zu, während 41 Prozent keine Parteineigung angeben. Allerdings unterscheiden sich diese beiden Gruppen beim Vertrauen in die Parteien nicht signifikant voneinander. Das bedeutet, dass auch solche Personen, die einer bestimmten Partei zuneigen, den Parteien insgesamt nicht mehr vertrauen als andere. Die Frage nach dem Vertrauen in die Parteien im Allgemeinen offenbart hier ihre methodischen Schwächen: Selbstverständlich kann man der präferierten Partei vertrauen, den übrigen aber nicht und daher die Frage nach dem Vertrauen in Parteien im Allgemeinen verneinen.

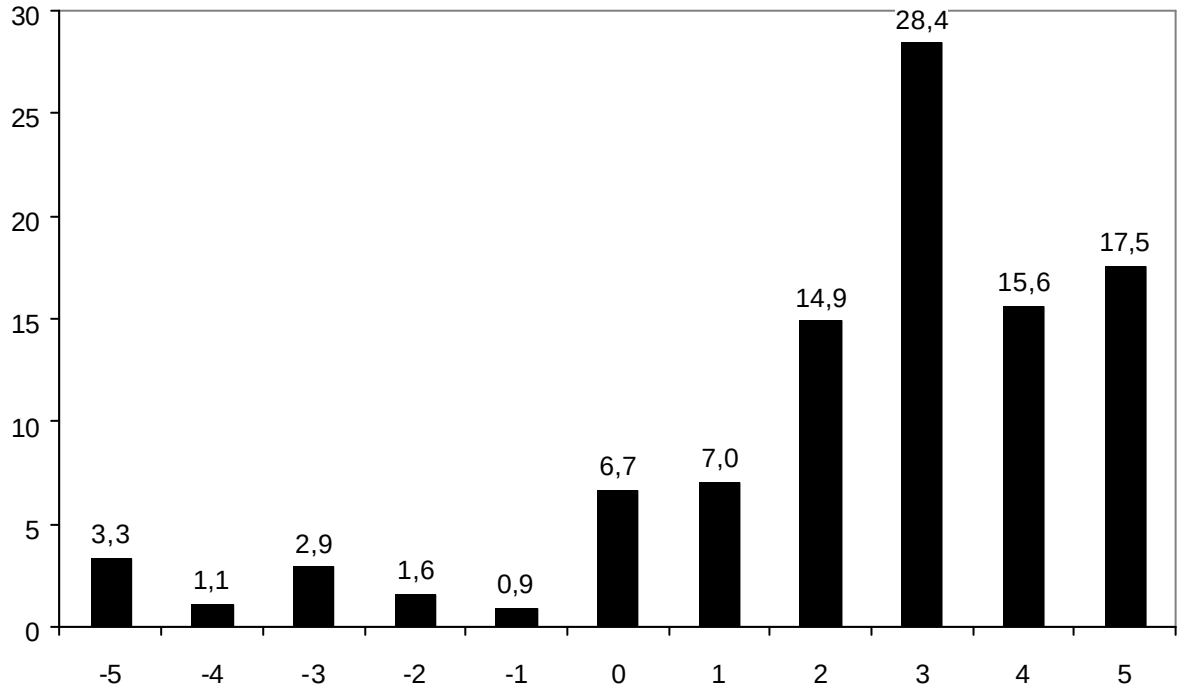
Daher müssen in diesem Fall die Parteien einzeln auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu wurden die Befragten gebeten, die Parteien auf einer Sympathieskala von –5 („halte überhaupt nichts von dieser Partei") bis +5 („halte sehr viel von dieser Partei") zu bewerten. Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich, dass die Bewertung der etablierten Parteien sich leicht verschlechtert hat. Sowohl die Durchschnittswerte als auch die Anteile positiver und bester Bewertungen sind bei allen Parteien gesunken. Insgesamt schneidet die CDU am besten ab, Bündnis 90/Die Grünen am schlechtesten. Die rechten Parteien DVU, NPD und Republikaner, von dieser Aufzählung als nicht-etablierte Parteien ausgeschlossen, kommen wie drei Jahre zuvor auf einen extrem negativen Mittelwert von –3,9.

***Tab. 4:*** ***Sympathiebekundungen gegenüber den etablierten Parteien – 2000 und 2003***

| | Mittelwert | | Positive Bewertungen (in %) | | Beste Bewertung (+5) (in %) | | Schlechteste Bewertung (-5) (in %) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | **2003** | 2000 | **2003** | 2000 | **2003** | 2000 | **2003** | 2000 |
| CDU | **+0,3** | +0,9 | **55** | 62 | **10** | 10 | **15** | 11 |
| SPD | **0,0** | +1,5 | **51** | 70 | **5** | 11 | **14** | 8 |
| PDS | **-0,8** | +0,3 | **37** | 53 | **4** | 6 | **23** | 15 |
| FDP | **-0,6** | +0,2 | **39** | 52 | **4** | 4 | **15** | 14 |
| B90/GR | **-1,0** | -0,5 | **38** | 46 | **3** | 3 | **24** | 23 |

Die folgende Abbildung 20 zeigt, welche höchsten Bewertungen eine der etablierten Parteien (CDU, SPD, PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) von den Befragten bekommen hat. Insgesamt haben 17,5 Prozent der Befragten einer der etablierten Parteien mit +5 die höchste Sympathie ausgesprochen, ohne dass hier interessieren soll, welche Partei das jeweils ist. Die Aussage dieser Sympathieskala ist jedenfalls eindeutig: 84 Prozent aller Thüringer bewerten zumindest eine der etablierten Parteien positiv, nicht einmal jeder Zehnte bewertet alle Parteien negativ. Insgesamt knapp zehn Prozent der Befragten haben sogar alle etablierten Parteien im positiven Bereich verortet.

***Abb. 20:*** ***Beste Bewertung einer etablierten Partei***
*(in Prozent)*




Damit sind die Bedenken gegen die Frage nach dem Vertrauen in Parteien insgesamt bestätigt: „die Parteien“ gibt es für die meisten Befragten nicht, sondern es gibt nur „meine Partei“

(der ich nahe stehe) und „die anderen Parteien“. Zwar steigt das Vertrauen in die Parteien insgesamt mit der besten Bewertung einer Partei an, aber der Zusammenhang ist nicht besonders stark. Von den Befragten, die angaben, den Parteien insgesamt „überhaupt nicht“ zu vertrauen, haben doch über 70 Prozent mindestens eine der etablierten Parteien auf der Sympathieskala positiv bewertet. Von denjenigen, die glauben, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ohne sich für deren Ansichten zu interessieren, haben sogar 80 Prozent eine Partei positiv bewertet.

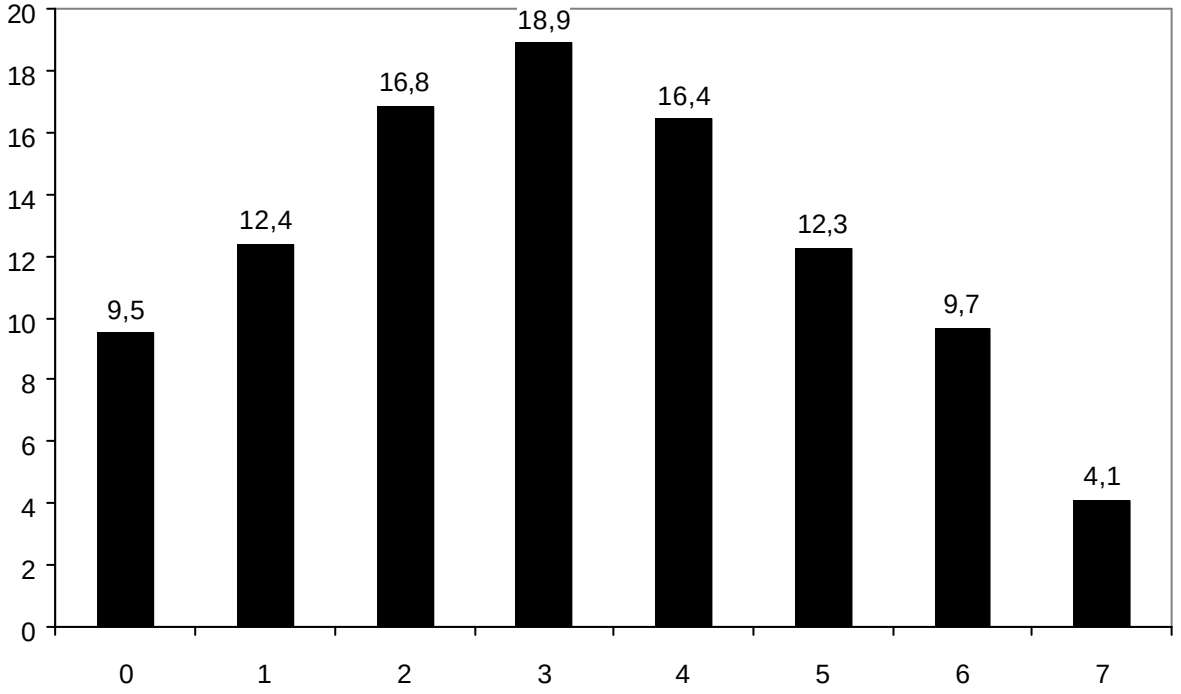
Nachdem die Politik im Allgemeinen in den Augen der Thüringer nicht besonders gut abgeschnitten hat, zeigt sich bei den Parteien ein deutlich helleres Bild. Die Parteien insgesamt werden zwar negativ bewertet, aber die meisten Thüringer haben zumindest für eine Partei eine gewisse Sympathie. Es ist durchaus denkbar, dass ein ähnliches Ergebnis auch bei der Bewertung von Politikern vorliegt.

## 2.4. Einstellungen zu den Politikern

Den Einstellungen zu den Politikern kann wiederum mit einer abstrakten und einer konkreten Frage nachgegangen werden. Über 60 Prozent der Thüringer sind nicht der Meinung, dass Politiker mehr Respekt verdienen. Die Ablehnung ist nur in der Gruppe der über 60-Jährigen etwas geringer, ebenso bei Befragten, die einen Bildungsabschluss unterhalb der 10. Klasse erreicht haben. In der kleinen Gruppe derjenigen, die ein positives Bild von der Politik im Allgemeinen haben, denkt etwa die Hälfte, dass Politiker mehr Respekt verdienen.

Betrachtet man aber die Beurteilungen konkreter Politiker, so zeigt sich ein anderes Bild. Wiederum mit einer Sympathieskala von –5 („halte überhaupt nichts von dem Politiker“) bis +5 („halte sehr viel von dem Politiker“) bei sieben Thüringer Politikern gemessen, zeigt sich, dass über 90 Prozent der Befragten mindestens einen Politiker positiv bewerten.

***Abb. 21:*** ***Anzahl der positiven Bewertungen von sieben Politikern***
*(in Prozent)*

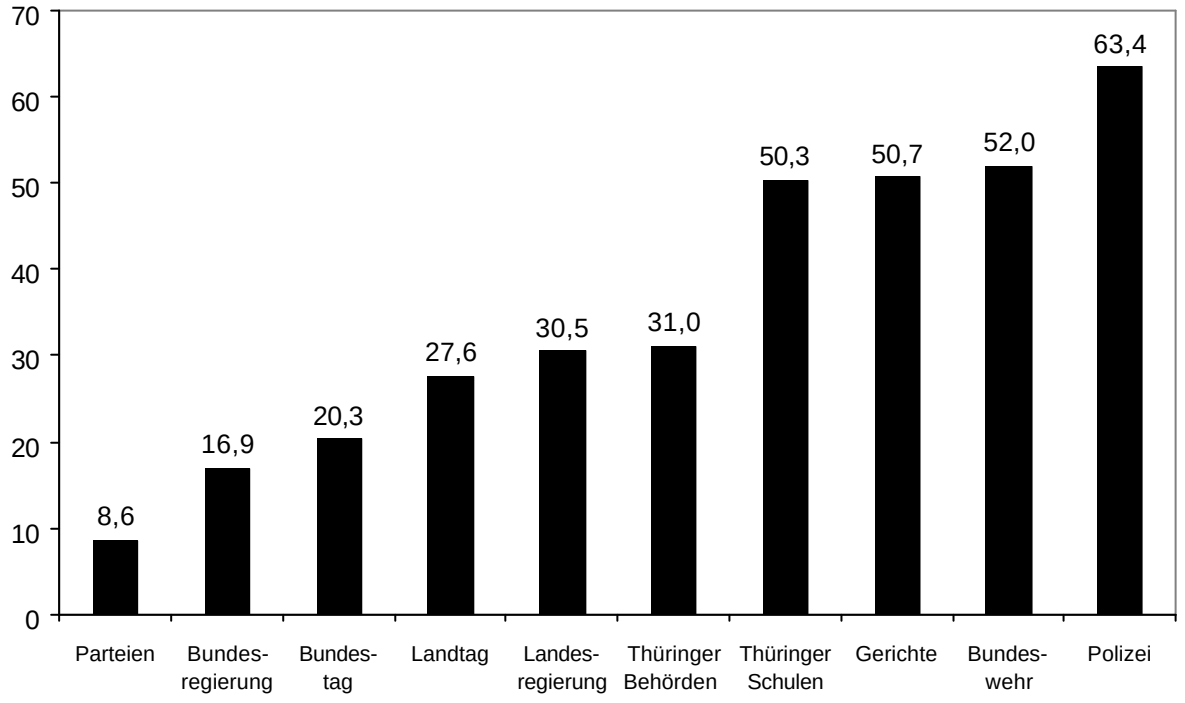


Damit sieht die Bewertung der Politiker insgesamt recht positiv aus. Die überwiegende Mehrheit der hier abgefragten Politiker gehört der CDU an, was vielleicht ein wenig die Häufung in der Mitte der Skala erklärt. Allerdings haben die Politiker der CDU kein Monopol auf positive Bewertungen, sondern im Durchschnitt liegen alle Politiker auf der Sympathieskala im positiven Bereich. Lediglich im Bekanntheitsgrad zeigen sich deutliche Unterschiede: Den Ministerpräsidenten Dieter Althaus kennen neun von zehn Thüringern, Christoph Matschie und Bodo Ramelow kennen nur sechs von zehn und Birgit Diezel gar nur etwa vier von zehn Befragten.

## 2.5. Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in politische bzw. staatliche Institutionen wurde in diesem Jahr deutlich breiter erfragt als in den Vorjahren. Bevor auf die Entwicklung des Institutionenvertrauens eingegangen werden soll, zunächst ein Blick auf die aktuelle Lage. Im Vergleich mit anderen Institutionen schneiden die Parteien mit deutlichem Abstand am schlechtesten ab.

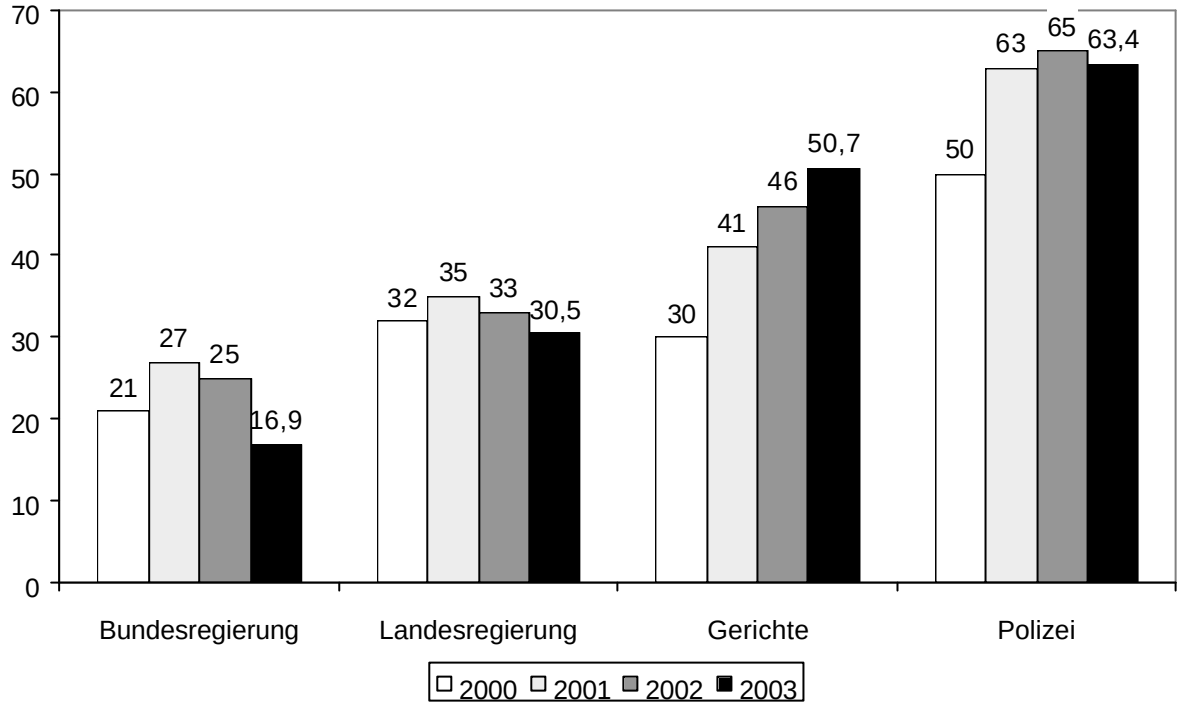
***Abb. 22:*** ***Vertrauen in Institutionen 2003***
*(in Prozent)*




Zusammenfassung der Werte „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“

Wie in den Vorjahren kann man einen deutlichen Unterschied zwischen politiknahen und politikfernen Institutionen ausmachen. Den Parteien folgen die eigentlichen politischen Institutionen in Bund und Land, wobei Landesregierung und Landtag mehr Vertrauen genießen als Bundesregierung und Bundestag. Den politikfernen Institutionen Schule, Gerichte, Bundeswehr und Polizei vertrauen die Thüringer weit mehr, wobei die Polizei wie in den Vorjahren die Spitzenstellung hält. Das Vertrauen in insgesamt vier Institutionen wurde über die letzten vier Jahre hinweg kontinuierlich erfasst. Diese Entwicklung ist in Abbildung 23 dargestellt.

***Abb. 23:*** ***Vertrauen in Institutionen 2000 bis 2003***
*(in Prozent)*




Das Vertrauen in die Polizei ist in etwa gleich groß geblieben, die Gerichte konnten nochmals deutlich zulegen. Bei den politiknahen Institutionen ist allerdings seit 2001 ein deutlicher Abwärtstrend zu erkennen.[9] Allen voran hat die Bundesregierung an Vertrauen der Bürger eingebüßt, aber auch die Landesregierung kann sich diesem Trend nicht entziehen: Weniger als ein Drittel der Bürger vertraut der Landesregierung weitgehend bzw. voll und ganz. Allerdings ist auch explizites Misstrauen hier selten (17 Prozent), mehr als zwei Drittel der Thüringer vertrauen ihrer Regierung teilweise.

## 3. Zusammenfassung

Die Thüringer sind vergleichsweise stark an Politik interessiert. Bei der Bewertung von Politik nehmen sie kein Blatt vor den Mund. Die Politik im Allgemeinen ist ihnen zu wenig sachfragenorientiert, zu sehr Selbstzweck und zu wenig effektiv. Die Parteien werden ebenfalls nur von einer kleinen Minderheit positiv bewertet. Im Vergleich mit den übrigen politischen Institutionen schneiden sie nochmals deutlich schlechter ab, und das obwohl auch diese Institutionen nur wenig Vertrauen genießen. Die Thüringer Institutionen Landtag und Landesregierung werden besser bewertet als die Institutionen des Bundes, aber auch Ihnen vertraut nur eine Minderheit der Thüringer.

9 Einschränkend muss man allerdings bemerken, dass das Institutionenvertrauen hier nicht von den immer gleichen Personen angegeben wurde, sondern von Jahr zu Jahr von anderen Personen. Die Entwicklung insgesamt kann also bei einzelnen Thüringern durchaus auch anders verlaufen sein, vgl. Arzheimer 2002: 296.

Fragt man aber konkret nach bestimmten Parteien oder bestimmten Politikern, so zeigt sich doch ein anderes Bild. Eine weit überwiegende Mehrheit der Thüringer bewertet mindestens eine Partei oder einen Politiker positiv, viele sogar mehrere. Das stellt die Eignung der Fragen nach „den Parteien“ oder „den Politikern“ infrage, denn offenbar gibt es bei solchen Fragen gewisse Assoziationen und Reflexe („die da oben“), die für die negativen Bewertungen verantwortlich sind. Man könnte aber auch vermuten, dass die allgemeinen Fragen von den konkreten Fragen im Bewertungsmaßstab unterschieden sind. Bei „den Politikern“ könnten die Befragten an „den idealen Politiker“ denken, mit dem der Vergleich schlecht ausfallen muss. Bei einem realen Politiker denken die Befragten vielleicht „nur“ an andere konkrete Politiker, an denen sie dann gemessen werden.

Die Politik und ihre Akteure werden von den Bürgern teils sehr kritisch betrachtet. Dabei steht weniger die staatliche Institutionenordnung in Frage, als vielmehr die Ausgestaltung und – zumindest abstrakt – die Akteure. Der Zusammenhang dieser Wahrnehmung von demokratischer Politik und der Wahrnehmung der Demokratie in der Praxis und als Staatsidee ist im Folgenden zu prüfen.

# IV. Demokratieverständnis und Partizipation

Im Rahmen der politischen Kulturforschung kommt den Einstellungen zur Demokratie und dem Verständnis von Demokratie eine zentrale Stellung zu. Mehr als etwa das Institutionenvertrauen und die Bewertung politischer Parteien, die mitunter starken aktuellen, tagespolitisch bedingten Schwankungen unterliegen, liefern die Bewertung der Demokratie und einzelner demokratischer Prinzipien Anhaltspunkte für die Verankerung des demokratischen Systems in der Bevölkerung. Den Einstellungen zur Demokratie kommt insofern auch eine seismographische Funktion hinsichtlich etwaiger Erosionen des Verfassungsfundaments zu – falls diese Bewegungen vom Volk, also von den wahlberechtigten Bürgern ausgehen. Das Demokratieverständnis wiederum erfasst die gewünschte Ausgestaltung des demokratischen Systems und gibt Auskunft darüber, welcher Demokratie bzw. welchen demokratischen Verfahrensweisen aus einer großen Zahl möglicher Regelungsmechanismen der Vorzug gegeben wird.

Üblicherweise werden bei der Messung der Einstellungen zur Demokratie drei Objektebenen unterschieden (Fuchs 1997). So können sich die entsprechenden Orientierungen entweder auf die grundlegenden Prinzipien (die Demokratie als Staatsidee oder Wertesystem), die implementierte Struktur (die Verfassungsordnung einer Gesellschaft) oder die Performanz beziehen, womit die konkrete Gestaltung der Demokratie in der Praxis gemeint ist. Während mit den Einstellungen zur Performanz die spezifische Demokratieunterstützung (im Sinne von Easton 1965) gemessen wird, erfasst die Bewertung der Demokratie als Norm eine diffuse, auf keinen konkreten Gegenstand bezogene Demokratieunterstützung. Die demokratische Struktur befindet sich zwischen diesen beiden Polen, ist aber sehr viel eher der diffusen Unterstützung zuzurechnen. Die genannten drei Ebenen sind sowohl nach den Modellannahmen als auch empirisch miteinander verbunden. Dabei geht von der Akzeptanz demokratischer Prinzipien eine legitimierende Wirkung auf die Verfassungsordnung aus, die idealiter ihrerseits der praktizierten Demokratie Legitimationskraft verleiht.

Bisherige Untersuchungen belegen gerade für die Bundesrepublik Deutschland, dass umgekehrt auch die alltäglichen Erfahrungen mit der Demokratie auf die Wahrnehmung des demokratischen Systems und – zumal langfristig – auch auf die Wertschätzung der Demokratie als normatives Konzept zurückwirken. Darüber hinaus können externe Faktoren die Einstellungen zur Demokratie auf allen drei Objektebenen beeinflussen. In Westdeutschland haben das so genannte Wirtschaftswunder und die über Jahrzehnte hinweg verbesserte sozialstaatliche Absicherung die Demokratiezufriedenheit gesteigert und im weiteren zu einer Akzeptanz demokratischer Strukturen und Prinzipien beigetragen – bis schließlich eine Eigendynamik eintrat, mit der die positive Bewertung der Demokratie von der ökonomischen Prosperität stark entkoppelt wurde (Fuchs 1989).

Die Einstellungen zur Demokratie in Ostdeutschland sind gerade auch vor dem Erfahrungshintergrund der alten Länder betrachtet worden. Ihre Entwicklung hat dementsprechend enorme Aufmerksamkeit in Publizistik, Politik und Wissenschaft gefunden (vgl. pars pro toto Fuchs / Roller / Wessels 1997; Gabriel 1999; Rohrschneider 1999, Falter / Gabriel / Rattinger 2000). Dabei sind zunächst die durchweg hohen Zustimmungsraten zur Demokratie als Staatsidee mit Erstaunen zur Kenntnis genommen worden, wenn sie nicht sogar Zweifel an der Zuverlässigkeit der Messinstrumente ausgelöst haben (so bei Bürklin 1995). Die im Zeitverlauf fortbestehenden Ost-West-Unterschiede bei der Unterstützung der demokratischen Strukturen und der Performanz sind dann mit dem Topos der inneren Einheit verbunden wor-

den und haben Beobachter einen fehlenden demokratischen Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen (Gabriel 2000: 68, 2002: 100; zustimmend Niedermayer 2001: 95) feststellen[10] – und mit Blick auf Gesamtdeutschland gar von der „schwerste(n) Akzeptanzkrise des politischen Systems seit dem Beginn der 70er Jahre“ (Gabriel 1999: 836) sprechen lassen.

Dieser Diskussionskontext ist für die vorliegende Untersuchung vor allem dadurch von Bedeutung, dass er eine Einordnung der für Thüringen ermittelten Befunde ermöglicht. Ungeachtet dieser vergleichenden Perspektive geht es im Rahmen des Thüringen-Monitors vorrangig um die Analyse der demokratiebezogenen Orientierungen im Freistaat. Der diesjährige Schwerpunkt auf den politische Einstellungen ermöglicht dabei eine umfassendere und tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Bewertung der Demokratie“ als in den beiden Vorjahren. An ihrem Anfang steht (1.) die Demokratieunterstützung auf der normativen und der Performanzebene, für die im dritten Jahr der Erhebung nun auch Trendaussagen gemacht werden können. Daran schließen sich (2.) Ausführungen zum Demokratieverständnis der Thüringer an, das 2003 erstmalig mit einer eigenen Fragenbatterie in seiner Mehrdimensionalität erhoben worden ist. Diese Bestandsaufnahme der Struktur und Entwicklung demokratiebezogener Einstellungen wird im weiteren ebenso als zu erklärendes Phänomen wie als Bestimmungsfaktor für andere Einstellungen und Verhaltensweisen in den Blick genommen. Dabei konzentriert sich (3.) die Ursachenanalyse auf die situativen Faktoren der sozioökonomischen Lage, der (ostdeutschen) Deprivation, der ideologischen Nähe zum SED-Regime und der Politikbewertung. Als (4.) Folgen mangelnder Demokratieunterstützung werden hier im Einklang mit weiten Teilen der Literatur die politische Passivität, die Nichtwahl und die Wahl extremistischer Parteien sowie die Bereitschaft zu politisch motivierter Gewaltanwendung untersucht.[11]

## 1. Die Unterstützung der Demokratie

Von Anfang an sind im Rahmen des Thüringen-Monitors zwei „klassische“ Statements aus der empirischen Demokratieforschung zur Messung der Unterstützung der Demokratie herangezogen worden: Auf der Ebene der Prinzipien / Werte findet die Aussage Verwendung, dass die Demokratie die beste Staatsform darstellt. Die Performanz wird über die Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in der Praxis funktioniert“, erfasst. Damit sind zwei der drei oben genannten Objektebenen demokratiebezogener Einstellungen berücksichtigt. Eine Annäherung an die soweit fehlende Strukturebene wird über das zudem in diesem Jahr umfassender erhobene Institutionenvertrauen (vgl. Kap. III. 2.5) ermöglicht, allerdings liegen Vergleichswerte zu den Vorjahren lediglich für das Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung vor.[12] Darüber hinaus erlaubt die Haltung zu einer Diktatur im nationalen Interesse eine weitere Differenzierung.

Die schon aus den Vorjahren vertraute und zudem in sämtlichen Untersuchungen für Gesamtdeutschland bestätigte Kluft zwischen der Bewertung der Demokratie als normatives Konzept und ihrer Performanz kommt auch in diesem Jahr überdeutlich zum Ausdruck. Dabei ist die

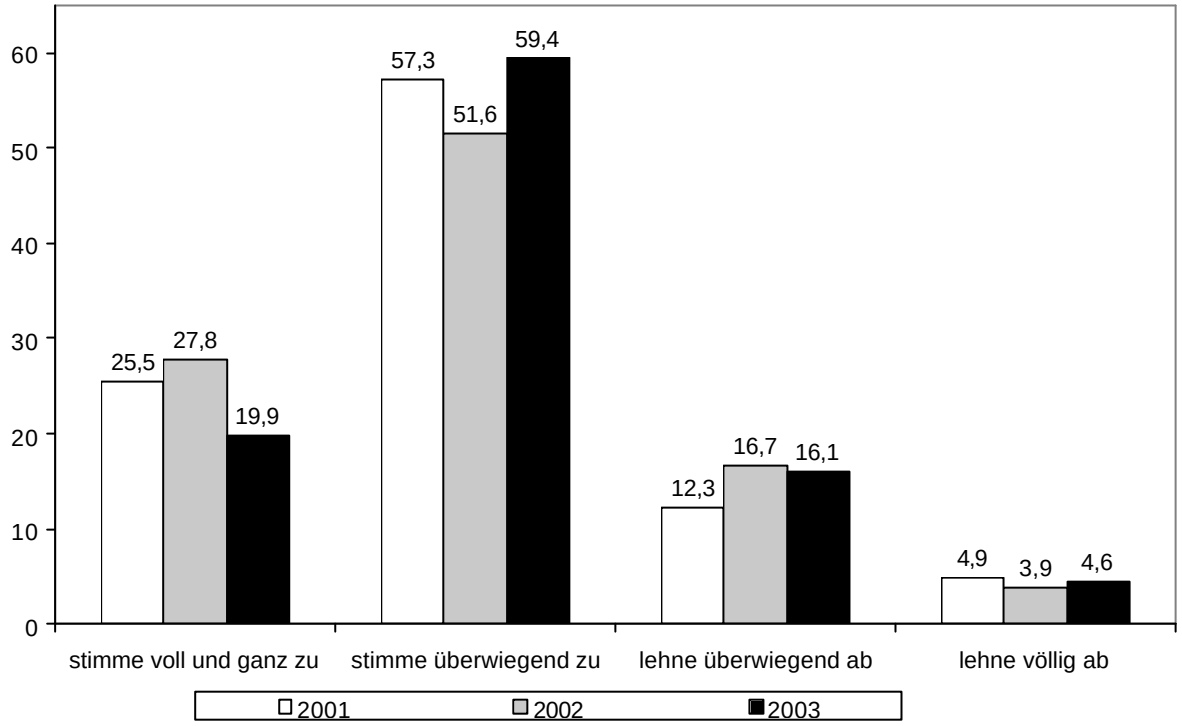
10 Eine besonders dezidierte Kritik am Topos der inneren Einheit und an der Behauptung systematischer Einstellungsdifferenzen zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder findet sich bei Veen 1997.

11 Auch die rechtsextremen Orientierungen gehören streng genommen in diese Rubrik. Im Einklang mit dem Vorgehen in den vergangenen drei Jahren werden sie jedoch sehr viel umfassender dargestellt und analysiert, so dass ihnen ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

12 Die fehlende Vergleichbarkeit sprach denn auch gegen die Aufnahme eines neuen Statements. Für die Analyse des Institutionenvertrauens wird auf das vorausgegangene Kapitel verwiesen.

Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee mit knapp 80 Prozent recht stabil geblieben. Allerdings hat ihre Intensität nachgelassen; nur noch jeder Fünfte unterstützt nunmehr diese Staatsidee voll und ganz (vgl. Abb. 24).

***Abb. 24:*** ***Bewertung der Demokratie als Staatsidee 2001 – 2003***
*(in Prozent)*

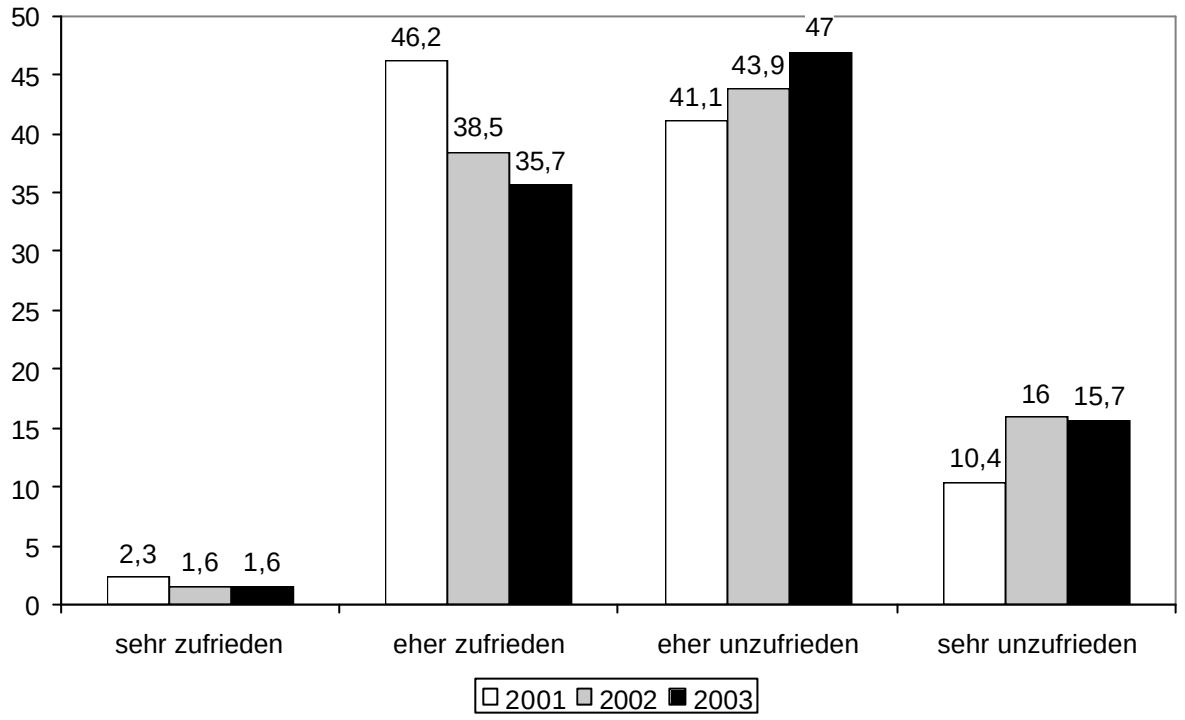



Im Kontrast zur Werteebene der Demokratie ist die Demokratie in der Praxis (Demokratiezufriedenheit) nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr nochmals gesunken. Im Zeitraum 2001 bis 2003 hat sich damit der Anteil zufriedener Demokraten in Thüringen um mehr als zehn Prozentpunkte verringert. Er liegt derzeit nicht einmal halb so hoch wie der Anteil der Zustimmungen zur Idee der Demokratie. Darüber hinaus hat die Zustimmung zu dem Statement „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform." mit knapp 20 Prozent den bislang höchsten Stand erreicht.[13]

Insgesamt zeichnet sich eine deutlich verschlechterte Bewertung der demokratischen Performanz und ein leichter Rückgang der Unterstützung für die Demokratie auf der normativen Ebene ab. Hoffnungsvoll mag angesichts dieser Entwicklung stimmen, dass sich die jüngste Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) bei allen drei Statements durch besonders demokratiefreundliche Positionen auszeichnet. Zumindest für die Bewertung der demokratischen Staatsidee bedeutet dies eine Veränderung gegenüber den Jahren 2001 und 2002, als die jungen Erwachsenen gegenüber der Demokratie noch viel kritischer eingestellt waren.

13 Die exakten Werte sind für 2001: 17,2 %, für 2002: 16,7 %, für 2003: 19,7 %.

***Abb. 25:*** ***Bewertung der Demokratie in der Praxis (Demokratiezufriedenheit) 2001 – 2003***
*(in Prozent)*




Analog zu den Vorjahren kann auf der Basis der Positionierungen zur Norm und zur Performanz der Demokratie eine Typenbildung unter den Befragten vorgenommen werden. Stimmen diese den beiden entsprechenden Aussagen zu, handelt es sich um zufriedene Demokraten. Bei bekundeter Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis und gleichzeitiger Zustimmung zur Norm hat man es mit unzufriedenen Demokraten zu tun. Hingegen gelten alle diejenigen, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten, als Nichtdemokraten. Nimmt man das Statement zur Diktatur hinzu, so lässt sich diese Gruppe weiter untergliedern: Unter den Nichtdemokraten bilden die Antidemokraten dann die Gruppe der Befragten, die zusätzlich – unter bestimmten Umständen – eine Diktatur unterstützen.

Die in Tabelle 5 dargestellte Verteilung zeigt, dass die unzufriedenen Demokraten im Zeitverlauf von einer starken Minderheit zur klaren (relativen) Mehrheit geworden sind. Ihr Zuwachs geht zu Lasten der zufriedenen Demokraten, die 2003 lediglich noch ein Drittel der Befragten stellen. Während der Anteil der Nichtdemokraten seit 2001 etwas angestiegen ist, hat sich innerhalb dieser Gruppe der Prozentsatz der Antidemokraten – bei niedrigem Ausgangsniveau – mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung ist wesentlich mit dafür verantwortlich, dass sich die feinen Risse im Verfassungsfundament, von denen im vergangenen Jahr die Rede gewesen ist (Thüringen-Monitor 2002: 70), verbreitert haben.

***Tab. 5:*** ***Typologie der Einstellungen zur Demokratie***
*(in Prozent)*

| | | ***Demokratie ist die beste aller Staatsideen*** | | |
|---|---|---|---|---|
| | | Stimme voll und ganz zu | Stimme über wiegend zu | Lehne überwiegend/ völlig ab |
| ***Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis*** | Sehr zufrieden | **Zufriedene Demokraten 33,5 (2003)** 37,3 (2002) 44,6 (2001) | | **Nicht-Demokraten 20,9 (2003)** 20,5 (2002) 17,3 (2001) einschließlich: **Anti-Demokraten*** **8,4 (2003)** 6,0 (2002) 3,9 (2001) |
| | Ziemlich zufrieden | | | |
| | Ziemlich unzufrieden | **Unzufriedene Demokraten 45,6 (2003)** 42,2 (2002) 38,1 (2001) | | |
| | Sehr unzufrieden | | | |

*Anmerkung: Antidemokraten sind Nichtdemokraten, die gleichzeitig eine Diktatur befürworten

Ablehnende Haltungen zur Demokratie gehen mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen einher. So rechnet sich nur jeder sechste Mann, aber immerhin jede vierte Frau der Gruppe der Nichtdemokraten zu. Entsprechende Orientierungen finden sich zudem häufiger in kleinen Orten als in größeren Städten. Allerdings dürfte dieser Zusammenhang ebenso wie die relativ große Resistenz gegenüber nichtdemokratischen Einstellungen in der jüngsten Altersgruppe über die Bildung vermittelt sein. Der formale Bildungsabschluss erweist sich unter allen sozialstrukturellen Variablen als stärkster Erklärungsfaktor: So weist nahezu jeder Dritte mit einem Abschluss unter dem Niveau der 10. Klasse nichtdemokratische Einstellungen auf, während dies bei den Befragten mit (mindestens dem) Abitur für nicht einmal jeden Zehnten gilt. Die zufriedenen Demokraten sind in der Gruppe der Gebildeten zwar auch überrepräsentiert, doch scheint hier gesellschaftlichen Orientierungen eine zusätzliche Bedeutung zuzukommen.

Die Unterstützung der Demokratie auf den Ebenen der Prinzipien und der Performanz, deren Verbreitung und Intensität bisher referiert worden ist, erlaubt noch keine Rückschlüsse auf die inhaltliche Bestimmung des Demokratiebegriffs durch die Befragten. Welche Aspekte bzw. Merkmale der Demokratie Wertschätzung erfahren und wo ihre Grenzen gezogen werden, kann erst mittels einer Analyse des Demokratieverständnisses bestimmt werden.

## 2. Demokratieverständnis

Für die Erfassung des Demokratieverständnisses haben sich in der Einstellungsforschung zwei Zugangsweisen etabliert. Zum einen wird nach der Akzeptanz von grundlegenden demokratischen Prinzipien und Verfahrensweisen wie dem Parteienpluralismus, der Meinungsfreiheit oder der Legitimität von Opposition gefragt, gelegentlich auch danach, ob es sich dabei um Wesensmerkmale der Demokratie handelt. Auf dieser „Konsensdimension" der Einstellungen zur Demokratie (Niedermayer 2001: 85) haben sich sowohl für die Bundesrepublik vor 1989/90 als auch für das vereinigte Deutschland – und zwar für beide Landesteile – geradezu beeindruckende Zustimmungswerte zu demokratischen Prinzipien nachweisen lassen.

Zum anderen werden grundlegende demokratische Normen auf der so genannten Konfliktdimension in ein Spannungsverhältnis zu anderen Werten oder politischen Zielen gesetzt. Die Befragten sind also aufgefordert, die relative Bedeutung von Merkmalen und Verfahren der Demokratie im Konflikt mit konkurrierenden Zielsetzungen wie innere und äußere Sicherheit oder wirtschaftliches Wachstum anzugeben. Die Spannungsfelder können ebenso durch konkurrierende Aspekte der Demokratie aufgebaut werden. Auf diesem Wege lassen sich Präferenzhierarchien bilden und Informationen über die Reichweite der Demokratieunterstützung, somit letztlich auch über die Struktur des Demokratieverständnisses gewinnen. Anders als die Konsensdimension kann die Konfliktdimension durch die Konstruktion einer Entscheidungssituation kaum dem Verdacht ausgesetzt werden, nur „Fragebogendemokraten" zu produzieren.

Beim Thüringen-Monitor 2003 ist weitgehend solchen Statements der Vorrang gegeben worden, die der Konfliktdimension zuzurechnen sind. Dafür haben vor allem zwei Erwägungen den Ausschlag gegeben: Erstens bewegen sich die Zustimmungen zu Fragen der Konsensdimension in Ost- wie Westdeutschland so konstant auf extrem hohem Niveau (um oder über 90 Prozent), dass von der Aufnahme derartiger Fragen nur die Bestätigung von längst Bekanntem zu erwarten gewesen wäre. Zweitens verspricht die Akzentuierung der Konfliktdimension ein genaueres und differenziertes Bild von der Beschaffenheit demokratischer Überzeugungen.

Das Demokratieverständnis der Thüringer Bürger ist mit insgesamt sieben Statements bei jeweils vierstufigen Antwortkategorien erfasst worden. Jede der Aussagen bezieht sich auf ein anderes, für moderne Demokratien wesentliches Spannungsverhältnis. Eine Ausnahme macht allein das Mehrheitsprinzip. Zwar wird auch bei diesem Statement eine Konfliktsituation, hier zwischen Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz konstruiert, doch wird der Konflikt durch den Verweis auf die gewährleisteten Minderheitenrechte entschärft. Die verbleibenden Fragen erfassen so zentrale Aspekte des Demokratieprinzips wie den Pluralismus, die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verfahren (vgl. Tab. 6). Mit den beiden Statements zur Rechts- und Sozialstaatlichkeit wird faktisch die Reichweite des von den Befragten vertretenen Demokratiekonzepts gemessen. Bei der Aussage zum Rechtsstaat und zur Gewichtung von Input und Output werden demokratische Prinzipien und Verfahren anderen gesellschaftlichen Zielen gegenüber gestellt. Hingegen geht es bei den Fragen zu Volksentscheiden und zum Verhalten der Opposition um die Ausgestaltung der Demokratie.

***Tab. 6:*** ***Bewertung der Statements zum Demokratieverständnis***
*(in Prozent)*

| **Konfliktdimensionen und Statements** | ++ | + | – | – – |
|---|---|---|---|---|
| **Mehrheitsentscheidung (Konsens-Statement)** | | | | |
| „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind.“ | 45,1 | 41,0 | 9,6 | 4,3 |
| **Pluralismus (Pluralismus vs. Allgemeinwohl)** | | | | |
| „Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.“ | 31,5 | 32,9 | 25,8 | 9,9 |
| **Demokrat. Verfahren I (Input- vs. Outputorientierung)** | | | | |
| „In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder politisch beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt.“ | 29,1 | 37,0 | 24,4 | 9,5 |
| **Demokrat. Verfahren II (Repräsentat. vs. direkte Demokratie)** | | | | |
| „Was halten Sie von der Auffassung, dass wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten?“ | 47,3 | 39,3 | 10,9 | 2,4 |
| **Politischer Wettbewerb (Konsens vs. Konflikt)** | | | | |
| „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“ | 37,3 | 40,6 | 16,1 | 6,0 |
| **Rechtsstaat (Rechtsstaatlichkeit vs. Verbrechensbekämpfung)** | | | | |
| „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.“ | 44,9 | 17,1 | 18,4 | 19,6 |
| **Soziale Demokratie (Reichweite der Demokratie)** | | | | |
| „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.“ | 56,5 | 30,3 | 10,7 | 2,5 |

++ „stimme voll und ganz zu“; + „stimme überwiegend zu“; ? „lehne eher ab“; ? ? „lehne völlig ab“

Es fällt zunächst auf, dass alle Aussagen zum Demokratieverständnis von einer deutlichen, teils sehr deutlichen Mehrheit der Befragten unterstützt werden. Die Unterschiede in Ausmaß und Intensität der Zustimmung sind jedoch beträchtlich. Zwar bestehen zwischen einzelnen Statements zu Konfliktthemen der Demokratie Zusammenhänge, diese können jedoch allenfalls als mittelstark gelten.[14] Das Fehlen starker statistischer Zusammenhänge spricht dafür, dass es sich tatsächlich um unterschiedliche Dimensionen des Demokratieverständnisses handelt. Darauf deuten auch die fehlenden Korrelationen zwischen aufgelisteten Statements und der Unterstützung für die Demokratie auf der Ebene der Prinzipien und der Performanz hin. Mit anderen Worten: Die Positionierung eines Befragten zu den einzelnen Dimensionen des

14 Bei einer Korrelation aller sieben Statements untereinander erreicht Pearsons’ r niemals einen höheren Wert als 0,26.

Demokratieverständnisses lässt kaum einen Rückschluss auf seine demokratische Gesinnung und seine Zufriedenheit mit der Demokratie zu.

Betrachtet man die Antwortverteilungen bei den einzelnen Statements, so ergeben sich einige widersprüchliche oder doch zumindest ambivalente Befunde. Die stärkste Unterstützung etwa erfährt die Aussage, ohne eine Begrenzung sozialer Ungleichheit gebe es keine richtige Demokratie. Die Zustimmung fällt mit 87 Prozent (darunter fast zwei Drittel völlige Zustimmung) zwar ausgesprochen deutlich aus, liegt aber durchaus auf der Linie früherer Befragungen mit ähnlichen Fragestellungen. Darin drückt sich ein umfassendes Demokratieverständnis aus, nach dem die Demokratie nicht auf Verfahren beschränkt ist, sondern die gesellschaftliche Verteilung von Gütern etwa qua sozialstaatlicher (Um-)Verteilungspolitik vornimmt, also materielle Leistungen für die Bürger erbringt. Nach der Typologie von Fuchs entspricht diese Vorstellung dem Modell des demokratischen Sozialismus (Fuchs 1997). So extensiv die Auslegung des Demokratiebegriffs in sozialer Hinsicht, so restriktiv wird er in rechtsstaatlicher Hinsicht angewandt: Nur vier von zehn Befragten sind bereit, Schwerverbrechern gleiche Rechte vor Gericht einzuräumen. Nicht ein generell ausgreifendes Demokratieverständnis findet sich also bei den Befragten, sondern eine je nach Gegenstandsbereich mal sehr weit, mal sehr eng gefasste Ausdeutung. Freilich weisen die Einstellungen zur Reichweite der Demokratie in sozial- und rechtsstaatlicher Hinsicht auch ein übereinstimmendes Moment auf. Gemeinsam ist beiden die Distanz zu einem traditionell liberalen Demokratiemodell. Mit der Einforderung sozialstaatlicher Aktivitäten wird gegen die für dieses Konzept zentrale Begrenzung der Staatstätigkeit verstoßen, während im Namen der Verbrechensbekämpfung ein elementarer Grundsatz des liberalen Rechtsstaatskonzepts, die Gleichheit vor dem Gesetz, in Frage gestellt ist.

Auf den ersten Blick inkonsistente Aussagen zur Demokratie finden sich auch bezüglich der demokratischen Verfahren. Wie in den Jahren 2000 und 2001 spricht sich eine überwältigende Mehrheit für die häufigere Entscheidung politischer Fragen per Volksentscheid aus und gibt damit eine Präferenz für die direktdemokratische Ergänzung des repräsentativen Systems zu erkennen. Diese Wertschätzung einer veränderten Gewichtung von Entscheidungsverfahren in der Demokratie erfährt durch die deutliche Ergebnisorientierung der Thüringer allerdings eine Relativierung. Wenn die Befragten – bezogen auf die Bedeutung für die Demokratie – vor die Wahl zwischen umfassender Partizipation (Input-Komponente) und einer guten Leistungsbilanz (Output-Komponente) gestellt werden, spricht sich eine Zweidrittelmehrheit dafür aus, „dass das Ergebnis stimmt“. Offenbar verlieren die Verfahrensweisen in dem Maße an Relevanz wie der (primär ökonomische) Output des demokratischen Systems den gewünschten Vorstellungen entspricht. Bemerkenswerterweise sind die besonders überzeugten Verfechter von mehr Volksentscheiden sogar stärker ergebnisorientiert als die (wenigen) Unterstützer der rein repräsentativen Demokratie. Dieser vorerst jedoch isolierte Befund könnte darauf hindeuten, dass sich die Popularität direktdemokratischer Verfahren weniger aus einem partizipatorischen Demokratieverständnis speist als aus dem Wunsch nach einem anderen, das heißt besseren Output.

Die auf der Basis der Konfliktdimension ermittelte Demokratievorstellung der Thüringer zeichnet sich neben der generellen Akzeptanz des Mehrheitsprinzips durch eine starke Ergebnisorientierung, ein in Konfliktsituationen eher schwach ausgeprägtes Rechtsstaatsbewusstsein sowie durch eine entschiedene sozialstaatliche und plebiszitäre Ausrichtung aus. Gerade die beiden letzten Komponenten sind in der Literatur wiederholt als Besonderheiten eines ostdeutschen Demokratieverständnisses identifiziert worden (Bürklin / Dalton / Drummond

2001; Bürklin 1997; Fuchs / Roller / Wessels 1997;).[15] Führt man die Wertschätzung der sozialen Demokratie und direktdemokratischer Verfahren auf ihren gemeinsamen Ursprung in einem egalitären Demokratieverständnis (vgl. unter anderem Holtmann 2000: 69) zurück, so bestätigt sich für Thüringen diese egalitäre Orientierung nachdrücklich. Auch in dieser Hinsicht ergeben sich Spannungslinien zu einem liberalen Demokratiekonzept, das auf formale Gleichheit (Gleichheit vor dem Gesetz; „one man one vote") abstellt, nicht aber auf egalitäre Güterverteilung oder egalitäre Partizipationskanäle.

Die Distanz gegenüber liberalen (politischen) Ordnungsvorstellungen spiegelt sich schließlich auch in den Aussagen zur Konfliktdimension des Pluralismus. So betrachten zwei von drei Befragten die Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen als schädlich für das Allgemeinwohl – eine „Zweidrittelmehrheit", wie sie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auch in Ostdeutschland insgesamt bestanden hat. Für diese Position finden sich hinreichend Anknüpfungspunkte in der politischen Ideengeschichte, und selbst zu kommunitaristischen Positionen ließe sich ein Bezug herstellen. Zu dem auf Interessenvielfalt und politische Konkurrenz fokussierenden liberalen Verständnis der Demokratie bildet die solchermaßen artikulierte Pluralismusskepsis jedoch eine markante Kontrastfolie.[16]

Mit der Wahrnehmung von Interessenkonflikten als Gefahrenquelle korrespondiert offensichtlich ein konsensualistisches Politikverständnis. Mehr als drei Viertel der Thüringer sehen die Aufgabe der Opposition eher in der Unterstützung der Regierung als in der Kritik. Damit scheint die für die neuen Länder generell behauptete Konfliktscheu[17] auch das Demokratieverständnis in Thüringen zu prägen. Die für den Freistaat ermittelten Zustimmungswerte liegen dabei noch deutlich über den aus früheren Untersuchungen bekannten Werten für Ostdeutschland. Diese Differenz könnte ihren Grund in den aktuellen bundespolitischen Diskussionen um die geeignete Reaktion der Opposition auf die Reformprojekte der Regierung (zwischen Unterstützung und Blockade) haben. Was auch immer die konkreten Gründe sein mögen, das Demokratieverständnis in Thüringen weist offensichtlich auch eine pluralismusskeptische und eine konsensualistische Facette auf.

Untersucht man die einzelnen Dimensionen des Demokratieverständnisses nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen, ergeben sich relevante Unterschiede vor allem für die Statements zum Pluralismus, zur Rechtsstaatlichkeit und zum Verhältnis von Input und Output. Besonders augenfällig ist dabei das Antwortverhalten der jüngsten Alterskohorte. Die 18-24-Jährigen sind pluralistischer, eher input- als outputorientiert und sie billigen mit deutlicher Mehrheit auch Schwerverbrechern gleiche Rechte im Strafverfahren zu. Zwischen den Geschlechtern zeigen sich besonders deutliche Differenzen bei der Aussage zur Aufgabe der Opposition: 28 Prozent der Männer, aber nur 17Prozent der Frauen wünschen eine konfliktorientierte Oppositionspolitik. Erhebliche Bedeutung kommt einmal mehr dem Bildungsstand zu: Befragte mit Abitur sind teils deutlich pluralistischer orientiert und lassen eine größere Sensibilität gegenüber rechtsstaatlichen Prinzipien und demokratischen Verfahren erkennen.

Aussagekräftiger als die sozialstrukturellen Einflüsse auf das Demokratieverständnis sind die Beziehungen zwischen seinen einzelnen Dimensionen und vor allem die Zusammenhänge mit

---

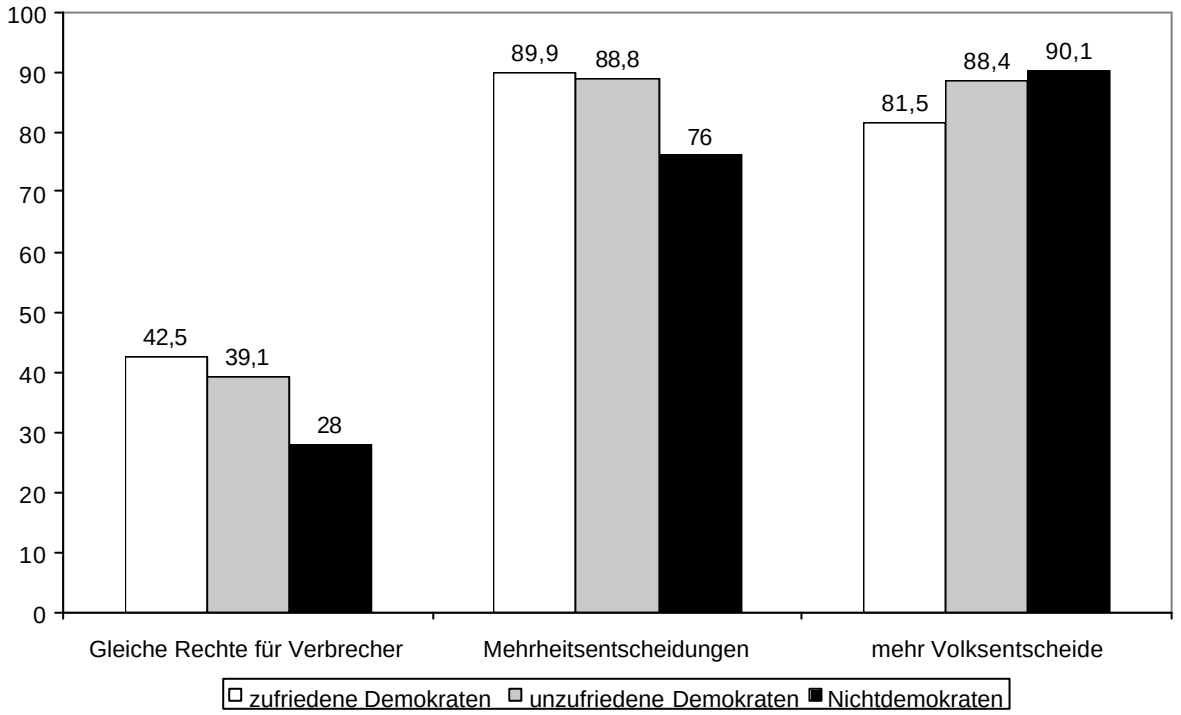
15 Diesbezüglich ist jedoch auch eine starke Ost-West-Angleichung bis zum Jahr 2000 bemerkt worden (Niedermayer 2001: 87).

16 Es ist bezeichnend, dass dieses Pluralismus-Statement in anderen Untersuchungen zur Messung rechtsextremer Orientierungen verwendet wird (Niedermayer / Brähler 2002). Empirisch ergibt sich für Thüringen tatsächlich ein mittelstarker positiver Zusammenhang zum Rechtsextremismus.

17 Gerade hinsichtlich des Verständnisses von Opposition haben zwischen Ost- und Westdeutschland allerdings bislang eher geringe Unterschiede bestanden (vgl. die Daten bei Niedermayer 2001: 85).

der allgemeinen Bewertung der Demokratie. Gerade vor dem Hintergrund eher schwacher Korrelationen zwischen den einzelnen Dimensionen verdienen die vorhandenen Zusammenhänge besondere Aufmerksamkeit. Der stärkste Zusammenhang besteht dabei zwischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. So wendet sich die Mehrheit der „Pluralisten“ (Bejahung der Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen) gegen die Ungleichbehandlung von Schwerverbrechern vor Gericht, während es in der Kontrastgruppe nicht einmal ein Drittel ist. Anscheinend sind sie für rechtsstaatliche Prinzipien stärker sensibilisiert – im Wissen um deren Unabdingbarkeit für einen funktionierenden Pluralismus.[18] Die „Pluralisten“ sind darüber hinaus ebenso wie die Befragten mit einem ausgeprägten rechtsstaatlichen Bewusstsein überdurchschnittlich konfliktorientiert. Letztere weisen zudem eine weit überproportionale Inputorientierung auf.

***Abb. 26:*** ***Ausgewählte Dimensionen des Demokratieverständnisses nach Einstellungen zur Demokratie***
*(in Prozent)*




Einen weiteren Erkenntnisgewinn verspricht ein Vergleich des Antwortverhaltens von zufriedenen Demokraten, unzufriedenen Demokraten und Nichtdemokraten. In der Abbildung 26 sind dabei nur diejenigen Dimensionen des Demokratieverständnisses berücksichtigt, bei denen nennenswerte Unterschiede zwischen diesen drei Gruppen bestehen. Besondere Beachtung verdient jeweils die Gruppe der Nichtdemokraten, hebt diese sich doch von den beiden Teilgruppen der Demokraten deutlich ab. Fast jeder vierte Nichtdemokrat im Ver-

18 Ein weiterer Erklärungsfaktor dürfte sein, dass Pluralisten Devianz (hier: Kriminalität) als eine Herausforderung des Gemeinwesens begreifen, der im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren adäquat begegnet werden kann (und soll). Für die Befragten mit einem hohen Rechtsstaatsbewusstsein lässt sich ein leicht überdurchschnittliches Vertrauen in die Gerichte nachweisen.

gleich zu etwa jedem zehnten Demokraten lehnt bezeichnenderweise das Mehrheitsprinzip als die zentrale Entscheidungsregel in der Demokratie ab. Dabei ist zu vermuten, dass sich diese Bewertung nicht einem ausgeprägten Bewusstsein für die Schutzbedürftigkeit von Minderheiten verdankt, sondern aus dem Wissen um die fehlende eigene Mehrheitsfähigkeit resultiert. Das Mehrheitsprinzip würde demnach auf Ablehnung stoßen, weil bei seiner Geltung eigene nichtdemokratische Positionen nicht durchzusetzen sind. Der deutlichste Zusammenhang mit der Demokratiebewertung ergibt sich für das Rechtsstaats-Statement: Die Ungleichbehandlung von Schwerverbrechern wird von den Nichtdemokraten weit überproportional unterstützt.

Bemerkenswert erscheint, dass die über alle Parteigrenzen hinweg erhobene Forderung nach mehr direkter Demokratie am stärksten von Nichtdemokraten unterstützt wird. Auch andere Befunde lassen Zweifel aufkommen, ob die ungemein große Popularität von Volksentscheiden primär einem partizipativen Demokratieverständnis entspringt (so bereits Bürklin / Dalton / Drummond 2001): Sie wird – bei überwiegend geringen Unterschieden zwischen den jeweiligen Gruppen – von „Politikverdrossenen“ stärker unterstützt als von Befragten ohne derartige Verdrossenheitssymptome, von politisch wenig Interessierten mehr als von stark Interessierten, von niedrig Gebildeten mehr als von Hochschulabsolventen, von landespolitisch Informierten hingegen weniger als von der Kontrastgruppe. Zudem bestreiten – ähnlich wie schon 2001 – fast zwei Drittel selbst der vorbehaltlosen Unterstützer von Volksentscheiden ihren Mitbürgern die Kompetenz, über komplizierte politische Fragen zu entscheiden. Die politische Eigenkompetenz steht schließlich in keinem Zusammenhang mit der Befürwortung von Volksentscheiden.

Die beinahe flächendeckende Unterstützung für eine Ausweitung direktdemokratischer Verfahren in Thüringen ist politisch von höchster Relevanz. Sie hat entscheidend zum beispiellosen Erfolg des Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie Ende 2000 beigetragen – und mittelbar auch zu dem unlängst erreichten informellen Verfassungskompromiss (zu den Hintergründen Edinger 2003). Angesichts der beträchtlichen Aufmerksamkeit, die der Konflikt um die Ausgestaltung der direkten Demokratie in den Medien und zumal in den zwecks politischer Informationsgewinnung genutzten Regionalzeitungen (siehe oben Kap. IV.1) gefunden hat, ist der Kenntnisstand der Befragten außerordentlich gering. Nur jeder Fünfte konnte auf die Frage, ob die Volksentscheide durch den Verfassungskompromiss erleichtert oder erschwert werden, die richtige Antwort geben. Die entschiedenen Befürworter waren dabei nicht erfolgreicher, sie gaben lediglich öfter eine falsche statt keiner Antwort.

Die Untersuchung des Demokratieverständnisses in Thüringen hat bestätigt, dass die gemessenen demokratiebezogenen Orientierungen ganz unterschiedlichen Dimensionen zuzuordnen sind, die untereinander – von einigen Ausnahmen abgesehen – keine relevanten Zusammenhänge aufweisen. Schon aus diesem Grund sind etwaigen Bemühungen zur Erklärung des solchermaßen differenzierten Demokratieverständnisses enge Grenzen gesetzt.[19] Im Rahmen der Forschung zur politischen Kultur kommt der Ausformung des Demokratieverständnisses im Vergleich zur Demokratieunterstützung jedoch ohnehin eine nachgeordnete theoretische und praktische Relevanz zu. Die Ausführungen im folgenden Kapitel konzentrieren sich daher ganz auf den Versuch, die Zustimmung bzw. Ablehnung der Demokratie in Thüringen zu erklären.

---

19 Im Rahmen einer Korrelationsanalyse konnte empirisch für keines der sieben demokratiebezogenen Statements ein starker Zusammenhang mit sozioökonomischen Variablen oder mit Aspekten der Systemunterstützung festgestellt werden.

## 3. Determinanten der Demokratieunterstützung

Folgt man dem Modell von Fuchs, so legen zunächst theoretische Erwägungen nahe, die Gründe der Demokratieunterstützung getrennt für die einzelnen Objektebenen zu untersuchen. Auf der Basis des Thüringen-Monitors kann eine solche Analyse für die Prinzipien- und für die Performanzebene der Demokratie vorgenommen werden, nicht jedoch für die Strukturebene.[20] Neben grundsätzlichen Überlegungen machen bisherige empirische Befunde eine differenzierte Analyse der positiven Orientierungen gegenüber der Demokratie erforderlich. So ist auf der Basis einer Paneluntersuchung für Ostdeutschland nachgewiesen worden, dass die psychische Nähe bzw. Distanz zur DDR den stärksten Bestimmungsfaktor der Bewertung der Demokratie als politisches Ordnungsmodell darstellt (Gabriel 2000: 59-61). Demgegenüber speiste sich die Demokratiezufriedenheit stärker aus aktuellen Bezügen, vornehmlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (sowohl derjenigen in Ost- als auch derjenigen in Westdeutschland (Pollack 2002: 29-34) und der Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht (Gabriel 2002: 61-64).

Im Folgenden sollen in Anlehnung an die vorliegende Forschungsliteratur (Pollack 2002) insgesamt vier Erklärungsfaktoren für (i) die Demokratiezufriedenheit und (ii) die Bewertung der Demokratie als Staatsidee herangezogen werden: die sozioökonomische Lage, etwaige Deprivationsgefühle der Befragten, vor allem insofern sie mit ihrem Status als Ostdeutsche in Verbindung stehen, politische Orientierungen und ideologische Bezüge zur DDR. Werden zunächst die bivariaten Zusammenhänge untersucht, also die Beziehungen zwischen einzelnen Faktoren und den Ebenen der Demokratieunterstützung, so geht es (iii) im Rahmen eines Vergleichs der Bestimmungsfaktoren hinsichtlich ihrer Erklärungskraft für Demokratieprinzip und Demokratieperformanz auch um eine multivariate Analyse. Schließlich sollen (iv) Unterschiede zwischen den verschiedenen Einstellungstypen (zufriedene und unzufriedene Demokraten, Nichtdemokraten, Antidemokraten) dokumentiert und interpretiert werden.

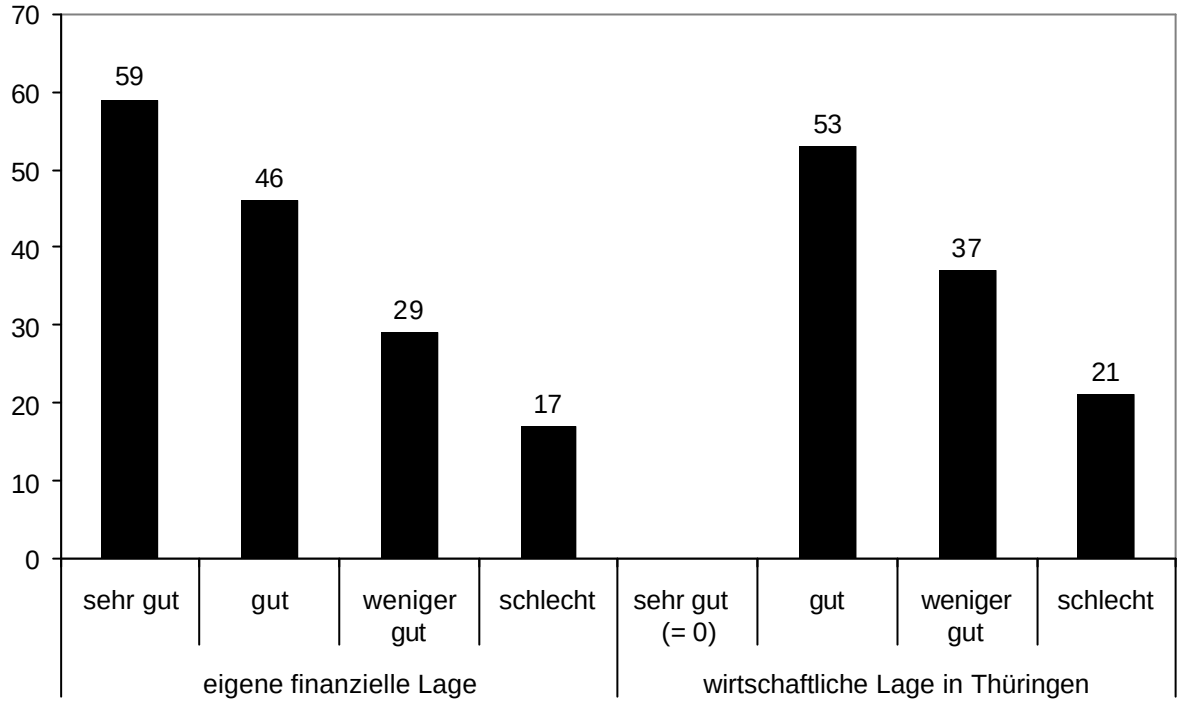
(i) Bereits im vergangenen Jahr ist über die beträchtliche Wirkung berichtet worden, die die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis ausgeübt hat (Thüringen-Monitor 2002: 69). Dieser starke Zusammenhang findet sich auch für 2003 bestätigt. Mit jeder Stufe, die die Befragten ihre eigene materielle Situation schlechter einschätzen, sinkt der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie in der Praxis zufrieden sind, um etwa 15 Prozentpunkte (vgl. Abb. 27). Dieser Befund legt nahe, dass in die Bewertung der demokratischen Performanz in einem erheblichen Umfang „außerdemokratische“ Kriterien eingehen, zugespitzt formuliert: die ökonomische Performanz in der Wahrnehmung der Interviewten wesentlicher Teil der demokratischen Performanz ist. Dafür spricht auch der enge Zusammenhang der Demokratiezufriedenheit mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen.

Neben den beiden genannten Aspekten liefern zwei weitere Indikatoren Anhaltspunkte für die sozioökonomische Lage der Befragten: die Arbeitslosigkeit und die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt. In beiden Fällen ergibt sich ein Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit, allerdings fällt dieser eher schwächer aus. Nur jeweils ein gutes Viertel der Arbeitslosen und der nach eigener Einschätzung unterdurch-

20 Von der Option, ein Statement zur Akzeptanz der deutschen Verfassungsordnung (Ebene der Struktur) durch das im Thüringen-Monitor erhobene (politische) Institutionenvertrauen zu ersetzen, wird hier abgesehen, da fragwürdig erscheint, ob beides auf einer Ebene angesiedelt werden kann.

schnittlich Ausgestatteten ist mit der Praxis der Demokratie (sehr) zufrieden, unter den Befragten insgesamt sind es über 36 Prozent.

***Abb. 27:*** ***Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie nach eigener finanzieller Lage und wirtschaftlicher Situation in Thüringen*** *(in Prozent)*

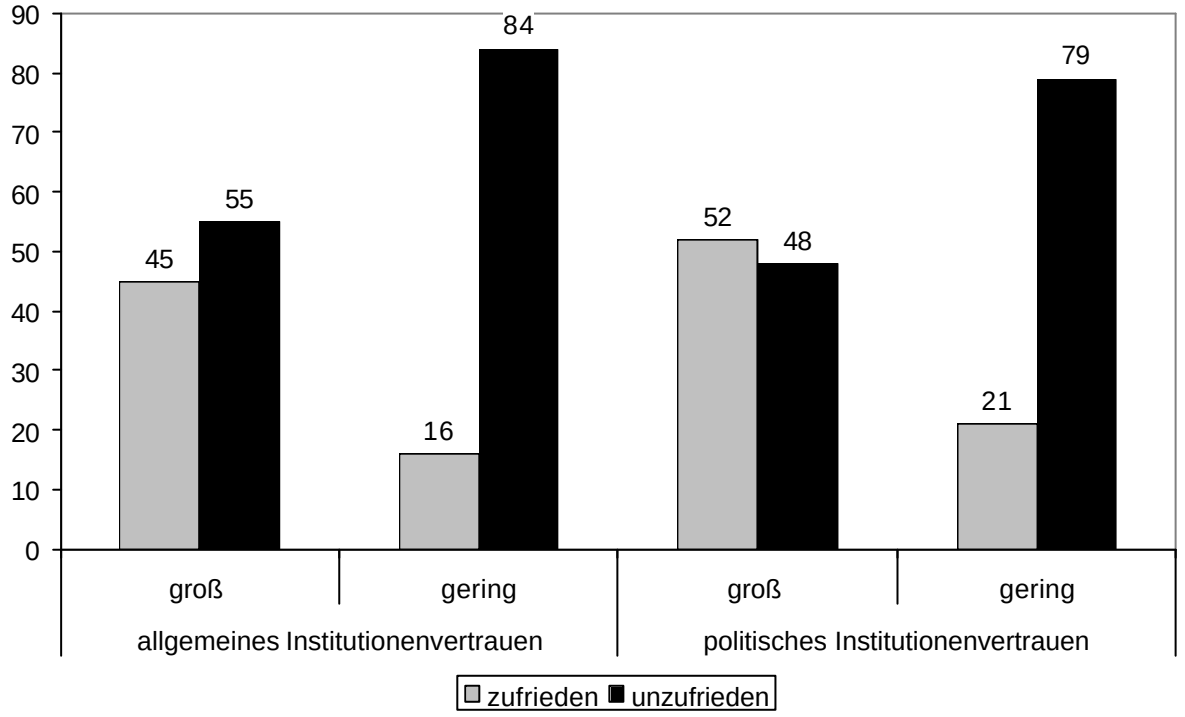



Oftmals mit einer prekären sozioökonomischen Lage verknüpft ist das Phänomen der relativen Deprivation. Das Empfinden, im Vergleich zu anderen nicht das zu erhalten und darzustellen, das einem zusteht, speist sich allerdings neben „objektiven" sozialen Bedingungen aus spezifischen Wahrnehmungen und psychischen Dispositionen. Sämtliche Indikatoren relativer Deprivation stehen mit der Demokratiezufriedenheit in einem stark negativen Zusammenhang. Je stärker sich die Befragten um ihren gerechten Anteil gebracht sehen, je weniger sie der Aussage „Die Wiedervereinigung hat den Ostdeutschen mehr Vorteile gebracht als den Westdeutschen" zustimmen und je schlechter sie die deutsche Einheit bewerten, desto geringer fällt ihre Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie aus. Die stärkste Wirkung geht von der Bewertung der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit aus. Nur etwa jeder Vierte, der die Gesellschaft für eher ungerecht hält, unterstützt die Demokratie auf der Ebene der Performanz. Bei der kleineren Gruppe der Befragten, die von einer eher gerechten Gesellschaft ausgehen, sind es etwa 70 Prozent.

Unter den drei Indizes der relativen Deprivation (vgl. Kap. II.2) erweist sich der bereits im vergangenen Jahre verwendete Index als am erklärungsstärksten. Er kombiniert die eigene finanzielle Lage mit der Bewertung der deutschen Einheit. Unter den in diesem Sinne Deprivierten zeigt sich nur jeder Sechste mit der praktizierten Demokratie zufrieden; in der Kontrastgruppe sind es mit 44 Prozent zweieinhalb mal so viele.

Stehen sozioökonomische Lage und die verschiedenen Facetten der Deprivation in einer mehr oder minder engen Beziehung zueinander, bilden die politischen Orientierungen einen Bestimmungsfaktor ganz eigener Art. Dabei ist zunächst festzustellen, dass die den politischen Einstellungen vorgelagerten Faktoren wie politisches Interesse, politisches Wissen und der Eigenkompetenzzuschreibung keine Bedeutung für die Zufriedenheit mit der Demokratie zukommt. Ganz anders stellt sich die Situation für die Bewertung der Politik im Allgemeinen, ihrer Akteure und der relevanten Institutionen dar. Bei der Bewertung von Politikern und Parteien auf einem Skalometer von -5 bis +5 fällt auf, dass die kleine Gruppe derjenigen, die keine(n) einzige(n) Partei/Politiker positiv bewertet hat, sehr viel unzufriedener mit der Demokratie ist als die Befragten insgesamt.

***Abb. 28:*** ***Zufriedenheit mit der Demokratie nach allgemeinem Institutionenvertrauen und politischem Institutionenvertrauen***
*(in Prozent)*




Starke bis sehr starke Zusammenhänge bestehen mit der generellen Bewertung von Politik und dem Institutionenvertrauen (vgl. Abb. 28). Die Demokratiezufriedenheit sinkt in dem Maße, wie die Statements „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.“ und „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.“ an Zustimmung gewinnen. So ergeben sich nur halb so hohe Werte der für die „Politikverdrossenen“ im Vergleich zur Kontrastgruppe. Noch stärker ist die Korrelation mit dem allgemeinen Institutionenvertrauen, wobei die Stärke des Zusammenhangs nochmals steigt, wenn ausschließlich politische Institutionen (Landtag, Landesregierung, Bundestag, Bundesregierung und Parteien) berücksichtigt werden. Es wäre jedoch verfehlt, die ablehnenden Einstellungen zur Politik und die beiden Varianten des Institutionenvertrauens als Ursachen der Demokratiezufriedenheit bzw. deren Fehlens zu interpretieren. Die starken Zusammenhänge erklären sich vielmehr dadurch, dass die Bewertung der Demokratie in der Praxis, der politischen Institutionen und

der Politik allgemein verschiedene Dimensionen eines ihnen gemeinsamen Einstellungssyndroms darstellen, das sich als Systemunterstützung umschreiben lässt.

Mit der retrospektiven Einschätzung der DDR ergibt sich ein linearer Zusammenhang: Die Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“, steigt in dem Maße, wie die DDR schlechter bewertet wird. Ein ähnliches Bild ergibt sich für das Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“: Diejenigen, die die Aussage ablehnen, erreichen weit überdurchschnittliche Werte bei der Demokratiezufriedenheit. Geht man davon aus, dass sich Sympathisanten des ancien régime als politisch weit links einstufen, so findet auch hier die Ausgangshypothese eine, wenngleich schwache Bestätigung: Befragte, die sich auf den beiden äußersten linken Punkten der siebenstufigen Skala einordnen, zeigen die geringste Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie und sind überproportional unter den besonders Unzufriedenen vertreten. Gleiches gilt – bei geringer Fallzahl – für die Befragten rechtsaußen. Gleichwohl erscheint auch hier Vorsicht angebracht bei Aussagen zum Kausalzusammenhang und damit über die Wirkungsrichtung. Angesichts der Aktualität der Erfahrungen mit der praktizierten Demokratie ist es plausibel anzunehmen, dass die Unzufriedenheit damit zu einer Quelle der DDR-Nostalgie wird, das ancien régime im Extremfall sogar als Gegenbild zu einer als unbefriedigend empfundenen politischen Gegenwart neu konstruiert wird.

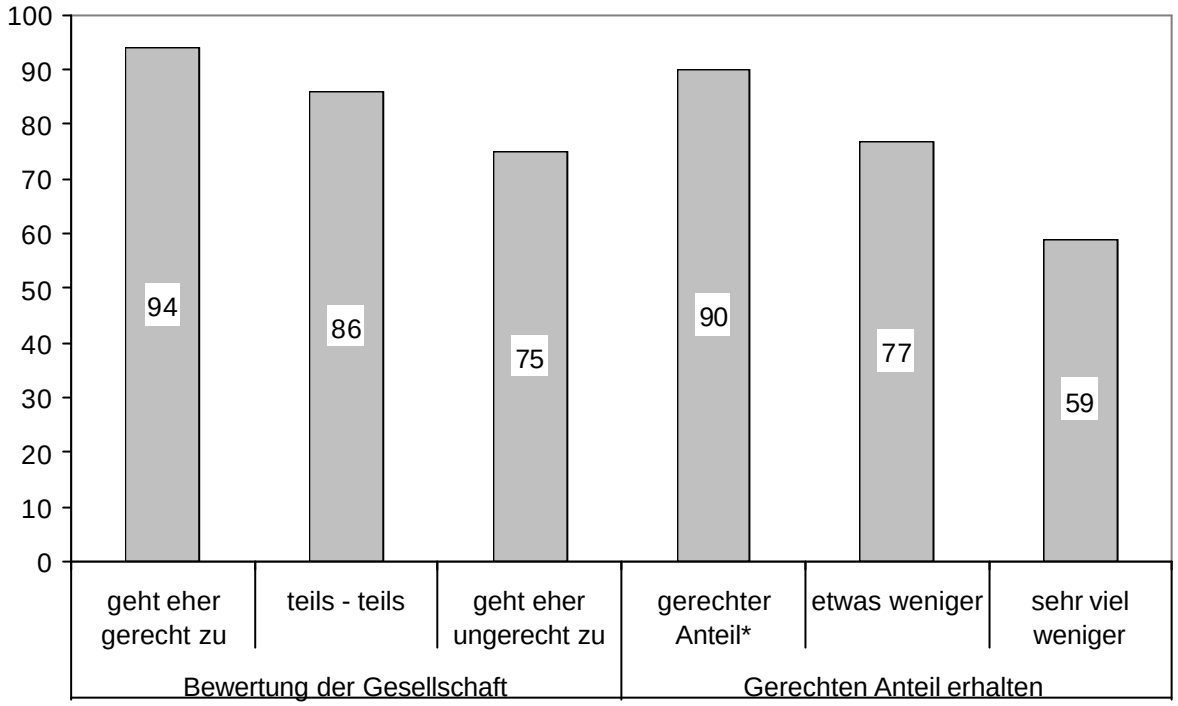
Wie stellen sich vor dem Hintergrund der bisherigen Befunde für die Performanz der Demokratie die Zusammenhänge mit der Demokratie als Staatsidee dar?

(ii) Schon bei oberflächlicher Betrachtung fällt auf, dass bei der weit überwiegenden Zahl der untersuchten Faktoren die Zusammenhänge zur Demokratie als Staatsidee teils deutlich schwächer sind als im Fall der Demokratiezufriedenheit. Demnach lässt sich die diffuse Demokratieunterstützung deutlich schwerer mit den hier erhobenen Variablen erklären. Es liegt nahe, diesen Befund mit der größeren Stabilität der Bewertung der Demokratie als Norm in Verbindung zu bringen. Im Einzelnen sticht besonders die geringere Relevanz der sozioökonomischen Determinanten hervor. Zwar mindert eine als unbefriedigend wahrgenommene materielle Situation auch die Zustimmung zum Ordnungsmodell Demokratie, doch geschieht dies in erkennbar geringerem Ausmaß als bei der Demokratiezufriedenheit.

Erst in Verbindung mit dem Gefühl der Benachteiligung gewinnen sozioökonomische Faktoren an Erklärungskraft. Sämtliche unter den Oberbegriff der Deprivation fallende Faktoren stehen in einem mindestens mittelstarken Zusammenhang mit der Demokratie als Staatsidee. Die Unterstützung steigt mit dem Empfinden, einen gerechten Anteil erhalten zu haben und mit der Überzeugung, in einer gerechten Gesellschaft zu leben (vgl. Abb. 29); sie sinkt mit dem Gefühl der Diskriminierung durch Westdeutsche. Fasst man die ostspezifischen Faktoren zu einem Index ostdeutschen Deprivationsempfindens zusammen (zur Bildung des Indexes vgl. Kap. II.2), so stellt dieser den stärksten Erklärungsfaktor für die Bejahung der Demokratie auf der Ebene der Prinzipien dar.

Bemerkenswert ist, dass einige Faktoren, die bei der Erklärung der Demokratiezufriedenheit ohne Belang gewesen sind, für die Akzeptanz der Demokratie als Wertesystem relevant werden. So wächst diese Akzeptanz mit steigendem politischen Interesse, der Selbstzuschreibung politischer Kompetenz und mit dem wahrgenommenen Einfluss auf Regierungshandeln.

***Abb. 29:*** ***Bejahung der Demokratie als Staatsidee nach Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht und Empfinden, einen gerechten Anteil zu erhalten*** *(in Prozent)*




Demgegenüber kommt den Bewertungen der Politik allgemein, des politischen Personals und der Parteien kaum Bedeutung zu. Allein mit dem Institutionenvertrauen besteht ein deutlicher positiver Zusammenhang. Maßgeblich ist im Kontext des Ordnungsmodells Demokratie offenbar der grundsätzliche Bezug und Zugang zum Politischen. Wer der Politik Relevanz für das eigene Leben einräumt, ist von der demokratischen Ordnung besonders überzeugt – und vice versa.

Ist der Stellenwert von Politik für die Einstellung zur Demokratie als Prinzip relevant, so lässt sich für die ideologische Nähe zum ancien régime ein recht starker Zusammenhang konstatieren. Die DDR-Bewertung und die Haltung bezüglich der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung sind hier noch erklärungsstärker als bei der Demokratiezufriedenheit. So nimmt der Anteil der Nichtdemokraten mit wachsender Nähe zur DDR zu. Bei dem Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren." stellen die Nichtdemokraten sogar eine Mehrheit unter denjenigen Befragten, die voll und ganz zustimmen. Die Ablehnung einer demokratischen Werteordnung speist sich also zu einem beträchtlichen Teil aus der ideologischen und affektiven Bindung an den „Sozialismus in den Farben der DDR". Hingegen findet sich kein Zusammenhang mit der Links-Rechts-Skala. Unter den Befragten, die sich bei den beiden äußersten linken Punkten der Skala eingestuft haben, sind die Demokraten überproportional vertreten.

Die bislang aufgezeigten Zusammenhänge verschiedener Faktoren und Faktorenbündel mit den beiden Ebenen der Demokratieunterstützung unterliegen den Beschränkungen einer bivariaten Analyse, behalten ihre Gültigkeit also nur, solange Drittvariablen nicht berücksichtigt werden. Im Folgenden soll – weiterhin getrennt für die Bewertungen auf der Performanz- und

der Prinzipienebene – die relative Bedeutung der einzelnen Erklärungsfaktoren bestimmt werden. Dem geht ein kurzer zusammenfassender Vergleich der bisherigen Befunde voraus.

Im Vergleich der beiden Objektebenen der Demokratieunterstützung konnte zunächst festgestellt werden, dass mit den zahlreichen in die (bivariate) Analyse einbezogenen Variablen die Demokratiezufriedenheit sehr viel besser zu erklären ist als die Zustimmung zur Idee der Demokratie. Im Einklang mit den bisherigen Forschungsergebnissen hat sich ein erheblicher Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Demokratieunterstützung ergeben, während das Ordnungsmodell Demokratie von dieser Art der Performanz, insbesondere von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage stärker entkoppelt ist. Ähnlich deutlich fallen die Unterschiede hinsichtlich der Statements zur relativen Deprivation aus. Zwar haben sie auch einen mittelstarken Einfluss auf der Ebene des Wertesystems, aber als markante Bestimmungsfaktoren wirken sie vor allem auf der Ebene der Performanz. Faktoren der Systemunterstützung (Bewertung von Politikern, Parteien und der Politik allgemein) sind schließlich für die Wahrnehmung der Demokratie als Staatsidee irrelevant. Allenfalls mit dem Vertrauen in politische Institutionen besteht ein mittelstarker Zusammenhang. Für die Zufriedenheit mit der Demokratie besteht mit dem Institutionenvertrauen hingegen der bei weitem stärkste Zusammenhang. Strittig bleibt dabei allein der Status als unabhängige (erklärende) oder abhängige (zu erklärende) Variable.

Lediglich für zwei Gruppen von Variablen ergeben sich stärkere Zusammenhänge mit dem Ordnungsprinzip Demokratie. Zum einen handelt es sich dabei um die Fragen, die Auskunft über die Relevanz von Politik für den Befragten geben (politisches Interesse, wahrgenommene Beeinflussbarkeit von Regierungshandeln usw.). Allerdings sind die Wirkungen auf die Unterstützung der demokratischen Ordnung eher begrenzt. Wie schon bei früheren Untersuchungen erweist sich zum anderen die weltanschauliche Nähe zum ancien régime auch in Thüringen als wichtiger Prädikator der Demokratiebewertung auf der normativen Ebene. Insgesamt bestätigen sich die erwarteten Unterschiede in der Erklärungsstruktur für die Demokratie als Staatsidee und für die Performanz der Demokratie.

(iii) Bleiben diese Unterschiede auch bei Einbeziehung der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Erklärungsgrößen bestehen oder verstärken sie sich sogar in diesem Zuge noch? Darüber kann eine multiple Regressionsanalyse Auskunft geben, bei der der relative Einfluss unterschiedlicher Faktoren gleichzeitig geschätzt wird. Die Entscheidung für diese Form der multivariaten Analyse folgt denselben Überlegungen wie im vergangenen Jahr, als dieses komplexere Auswertungsverfahren zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen herangezogen wurde (Thüringen-Monitor 2002: 85-87). Es geht darum zu bestimmen, welche Variablen letztlich den Ausschlag für die Genese demokratischer Unterstützung geben – und zwar getrennt für die Performanz- und die Prinzipienebene.

In die Regressionsanalyse eingegangen sind sämtliche Variablen, die zur Messung der vier Erklärungsfaktoren sozioökonomische Lage, relative Deprivation, politische Unzufriedenheit sowie weltanschauliche Nähe zum DDR-System dienen, sowie zusätzlich sozialstrukturelle Größen wie Alter und Bildung. Wie sich bereits in der bivariaten Analyse abgezeichnet hat, kommt dem solchermaßen konstruierten Modell größere Erklärungskraft für die Demokratiezufriedenheit als für die Bewertung des Ordnungsmodells Demokratie zu. Belässt man nur diejenigen Variablen im Modell, die signifikant ($p < 0{,}01$) mit dem Erklärungsgegenstand zusammenhängen, so lässt sich die bessere Erklärung der Demokratiezufriedenheit mit nur vier Faktoren erreichen (vgl. Tab. 7). Angesichts dieser Unterschiede zwischen den Objekt-

ebenen muss überraschen, dass der relativ stärkste Erklärungsfaktor – in der Tabelle ablesbar an dem höchsten Betakoeffizienten[21] – in beiden Fällen derselbe ist.

***Tab. 7: Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit***

| Erklärungsgröße | Betakoeffizienten |
|---|---|
| Gerechte Gesellschaftsordnung | .20 |
| Gerechten Anteil haben | .13 |
| Deprivation (Index) | -.17 |
| Vertrauen in politische Institutionen | .32 |
| Erklärte Varianz | 32,7 % |

Alle Zusammenhänge sind auf dem Niveau von 0,01 signifikant

Im Einzelnen ergibt die Regressionsanalyse für die Demokratiezufriedenheit, dass diese am stärksten durch das Vertrauen in politische Institutionen erklärt wird. Vergleichbare Bedeutung kommt darüber hinaus der relativen Deprivation zu, wenn man diese in einem umfassenden Sinne als Kombination von materieller Benachteiligung und psychisch-mentaler Deprivation (Gefühl der fehlenden Anerkennung) versteht. Die schlechte sozioökonomische Lage allein hat ebenso wenig Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie wie das bloße Vorhandensein einer so genannten ostdeutschen Deprivation (zur Konzeptualisierung vgl. Kap. II.2). Vielmehr müssen beide Faktoren zusammenkommen. Keinerlei Relevanz für die Bewertung der demokratischen Performanz hat die Einstellung zur DDR, ganz unabhängig davon, wie sie gemessen wird.

Die herausgehobene Stellung des politischen Institutionenvertrauens im Erklärungsmodell ist wiederum erklärungsbedürftig. Versteht man es als einen Indikator für die Strukturebene der Demokratie, so weist der vorliegende Befund auf eine wesentliche Determination der Demokratiezufriedenheit durch die Bewertung des Verfassungssystems hin. Werden Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen jedoch gleichermaßen als Ausformungen der Systemzufriedenheit betrachtet und entsprechend auf derselben Ebene angesiedelt, liegt keine kausale Beziehung vor. Mit anderen Worten: Die Demokratiezufriedenheit wäre dann nicht deswegen hoch, weil das Institutionenvertrauen groß ist, sondern beide erreichen gleichermaßen hohe Werte, weil sie zwei verschiedene Dimensionen des übergeordneten Phänomens Systemzufriedenheit darstellen.

Für die Erklärung der Bewertung der Demokratie als Staatsidee ergibt sich ein recht komplexes Modell, in das sechs Variablen eingehen, davon vier mit recht begrenzter eigener Erklärungskraft. Vor dem Hintergrund der bivariaten Analyse überrascht die starke Stellung des Institutionenvertrauens, das offensichtlich die Wirkung anderer Variablen wie der weltanschaulichen Faktoren überlagert. Dieser Befund legt nahe, dass das Institutionenvertrauen nicht auf der Performanzebene angesiedelt ist, sondern eine Zwischenstellung zwischen dieser Ebene und der Ebene der Prinzipien einnimmt (auf der Strukturebene).

21 Die Betakoeffizienten geben Aufschluss über die Erklärungskraft jedes einzelnen Faktors im Vergleich zu allen anderen.

***Tab. 8: Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratie als Staatsidee***

| Erklärungsgröße | Betakoeffizienten |
|---|---|
| Formaler Bildungsstand | .12 |
| Politisches Interesse | .12 |
| Positive Bewertung der DDR | -.14 |
| Vertrauen in politische Institutionen | .26 |
| Unterstützung des Mehrheitsprinzips | .18 |
| Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen 2. Klasse | -.12 |
| Erklärte Varianz | 23,6 % |

Alle Zusammenhänge sind auf dem Niveau von 0,01 signifikant.

An zweiter Stelle hinsichtlich der Erklärungskraft steht die Unterstützung des Mehrheitsprinzips. Dieser Zusammenhang ist im Kontext des Demokratieverständnisses der Thüringer bereits berichtet worden (vgl. Kap. IV.2), seine relativ starke Position im Regressionsmodel ist jedoch überraschend. Für die Demokratiezufriedenheit ist diese Variable bedeutungslos. Dies gilt auch für die übrigen vier Erklärungsfaktoren, die die (begrenzte) Bedeutung der ideologischen Affinität zum ancien régime (DDR-Bewertung), des ostdeutschen Diskriminierungsempfindens und der Einstellung zum Politischen (politisches Interesse) für die Bewertung des Ordnungsmodells Demokratie illustrieren.

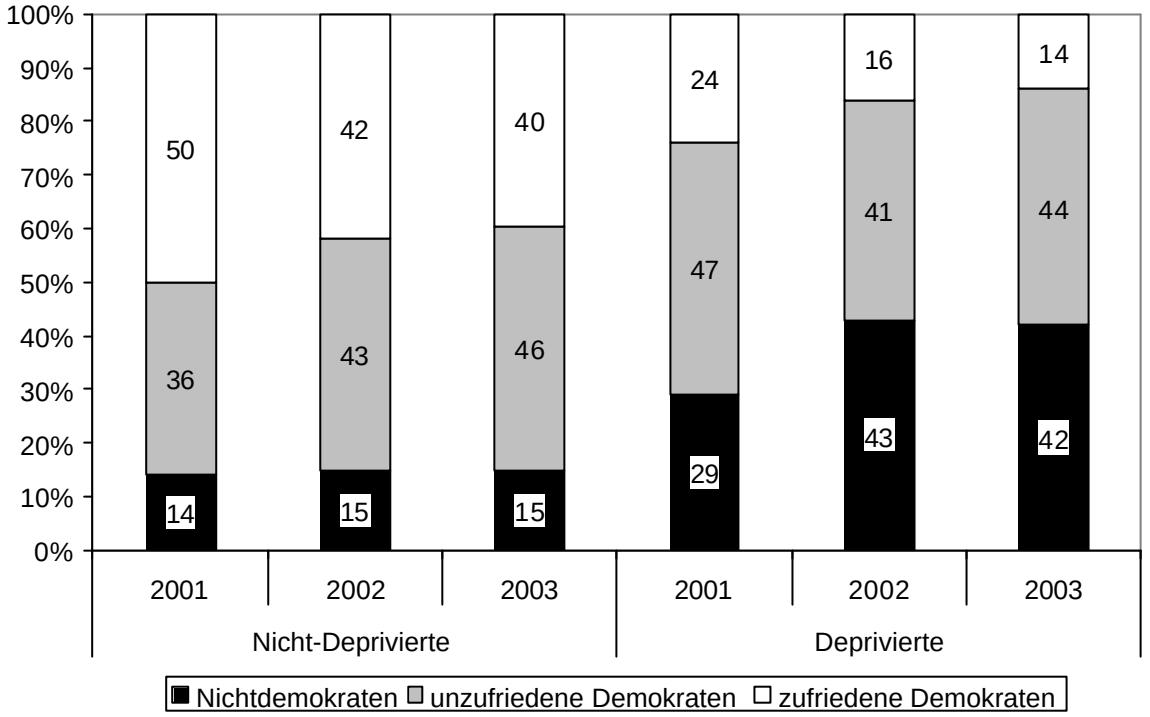
Für die Bewertung der Idee und Performanz der Demokratie durch die Thüringer Bürger liegen nunmehr erstmalig aussagekräftige Erklärungsmodelle vor. Anschaulich werden die darin enthalten (Kausal-)Zusammenhänge allerdings erst, wenn systematische Unterschiede zwischen verschiedenen Personengruppen aufgezeigt werden können. Für diesen Zweck kann auf die bereits zum Beginn dieses Kapitels entwickelte Typologie von zufriedenen Demokraten, unzufriedenen Demokraten und Nichtdemokraten (sowie Antidemokraten) zurückgegriffen werden.[22] Dabei sollen auch aus methodischen Gründen bislang nicht berücksichtigte Faktoren einbezogen und darüber hinaus vereinzelt Entwicklungen im Zeitverlauf dargestellt werden.

(iv) Übernimmt man zunächst die drei Typen von Einstellungen zur Demokratie aus dem Thüringen-Monitor 2002, findet sich der schon aus den Vorjahren bekannte starke Zusammenhang mit sozioökonomischen Faktoren bestätigt. So ist der Anteil der schlecht Situierten unter den Nichtdemokraten mit knapp einem Viertel etwa doppelt so hoch wie bei den unzufriedenen Demokraten und unter diesen wiederum doppelt so hoch wie bei den zufriedenen Demokraten. Ähnliche lineare Zusammenhänge ergeben sich bei der relativen Einschätzung der eigenen finanziellen Lage: Fast jeder vierte Nicht-Demokrat sieht sich schlechter gestellt als der Thüringer Durchschnitt im Vergleich zu jedem zehnten zufriedenen Demokraten. Das Verhältnis zwischen Befragten, die sich besser gestellt sehen, und den nach eigener Auffassung schlechter Gestellten liegt in der Bevölkerung bei ungefähr 1:1, unter den Nichtdemokraten beträgt es etwa 1:3. Kombiniert man die persönliche finanzielle Situation und die Ein-

22 Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass diese Typologie auf eine Verknüpfung der Antworten auf die Fragen zur Demokratie als Staatsidee und zur Demokratiezufriedenheit zurückgeht. Für die zusätzliche Differenzierung zwischen Nichtdemokraten und Antidemokraten wird das Statement zur Akzeptanz einer Diktatur herangezogen.

schätzung der deutschen Einheit zu einem Index für Deprivation (vgl. Kap. II.2), so bestätigen sich die Relationen aus dem Vorjahr (vgl. Abb. 30). Nach dem rasanten Anstieg der Nichtdemokraten unter den Deprivierten zwischen 2001 und 2002, hat sich 2003 in beiden Gruppen lediglich der abnehmende Trend bei den zufriedenen Demokraten fortgesetzt.

***Abb. 30*** ***Deprivation und Einstellungen zur Demokratie 2001 – 2003***
*(in Prozent)*

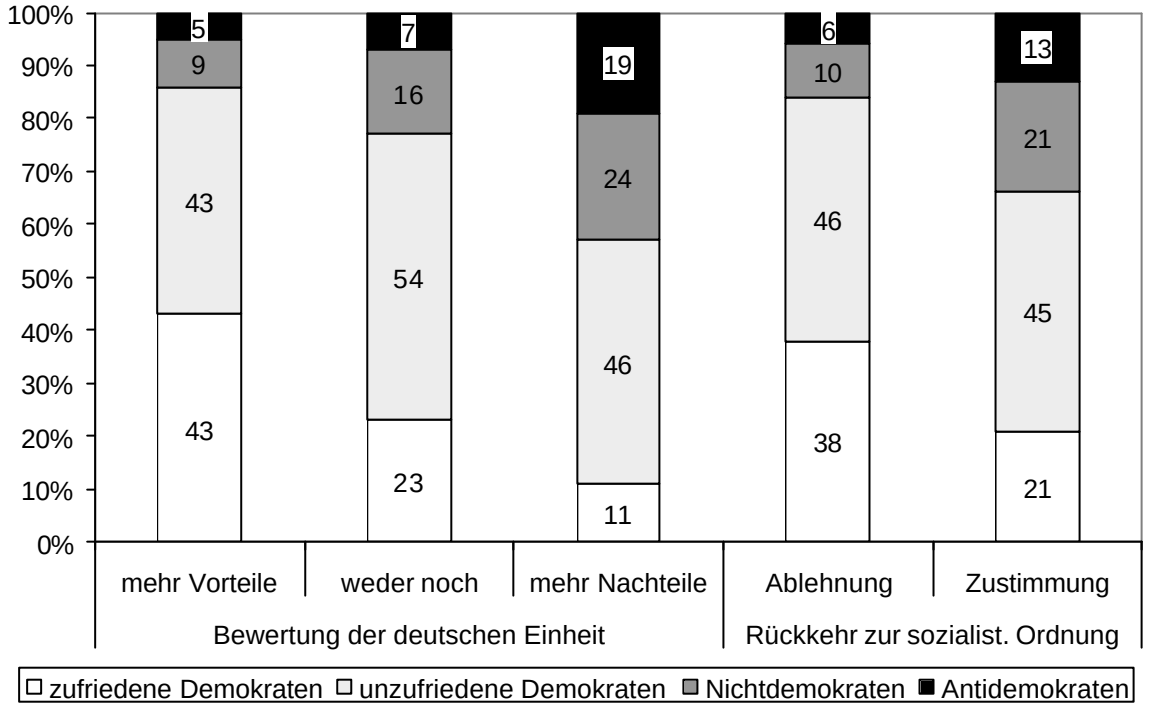



Differenziert man analog zum Vorgehen in Kapitel II.2 zwischen einer primär durch die sozioökonomische Lage bedingten und einer durch spezifisch ostdeutsche Diskriminierungsempfindungen und fehlende Anerkennung hervorgerufenen Deprivation („ostdeutsche" Deprivation), lassen sich für beide Varianten deutliche Wirkungen auf die Einstellungen zur Demokratie nachweisen. Der von der „ostdeutschen Deprivation" ausgehende Effekt ist dabei noch etwas stärker. Die Nichtdemokraten erreichen in der Gruppe der in diesem Sinne Deprivierten einen zweieinhalb Mal so hohen Anteil wie unter den Nicht-Deprivierten. In der Gruppe der Befragten mit relativer sozioökonomischer Deprivation ist ihr Anteil immerhin noch doppelt so hoch wie in der Kontrastgruppe. Der Prozentsatz der Nichtdemokraten steigt mit sinkendem politischen Interesse linear an. Mit dem politischen Wissen hängen die Einstellungen zur Demokratie jedoch kaum zusammen. Dies gilt auch für den Autoritarismus, wenngleich sich in der kleinen Gruppe der Nicht-Autoritären kaum Befragte finden, die Zweifel an der Demokratie als Staatsidee haben.

Die gesonderte Betrachtung der Antidemokraten ist vorwiegend unter dem Gesichtspunkt interessant, ob sie innerhalb der bisherigen Gruppe der Nichtdemokraten jene Subgruppe bilden, deren Ablehnung der Demokratie als Ordnungsmodell sich mit einer dezidierten Gegnerschaft und / oder der Präferenz für ein alternatives Gesellschaftsmodell verbindet. Bezüglich sozialstruktureller und sozioökonomischer Faktoren gleichen Nichtdemokraten und Antidemokraten einander: mit relativ niedrigem Bildungsniveau, hohem Frauenanteil, unterdurch-

schnittlichen materiellen Verhältnissen und einer Selbsteinstufung unterhalb des Thüringer Durchschnitts. Der einzige ersichtliche Unterschied besteht hier darin, dass die Antidemokraten zusätzlich zu einer hohen Arbeitslosenquote auch in ihrer Mehrheit den eigenen Arbeitsplatz gefährdet sehen.

***Abb. 31:*** ***Einstellungen zur Demokratie nach Bewertung der deutschen Einheit und Bewertung der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung***
*(in Prozent)*




Deutlichere Differenzen liegen bei einigen Anerkennungs- und Deprivationsfragen vor. So haben erheblich mehr Antidemokraten als Nichtdemokraten spezifisch ostdeutsche Deprivationserfahrungen gemacht. Entsprechend negativer fällt die Bewertung der deutschen Einheit aus, von der fast die Hälfte der Antidemokraten (gegenüber jedem dritten Nichtdemokraten und jedem fünften Befragten insgesamt) sagt, sie habe mehr Nachteile als Vorteile gehabt. Vor allem aber weisen die Antidemokraten eine weit überdurchschnittliche Nähe zum ancien régime auf: Sie stellen die einzige Gruppe, die mehrheitlich eine Rückkehr zur sozialistischen Ordnung begrüßt. Darüber hinaus attestieren mehr als 80 Prozent der Antidemokraten der DDR mehr positive als negative Seiten, davon fast die Hälfte ohne Einschränkungen.

Derartige Einstellungen müssen freilich noch keine aktive Gegnerschaft gegen die Demokratie bedeuten. Ob sich die starken Sympathien der Antidemokraten für einen untergegangenen Staat auch in politischem Handeln manifestieren, lässt sich erst im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Wirkungen (mangelnder) Demokratieunterstützung im folgenden Kapitel beantworten.

# 4. Konsequenzen fehlender Demokratieunterstützung

Bei der Beschäftigung mit den Konsequenzen fehlender Demokratieunterstützung begibt man sich zunächst auf die Ebene des Verhaltens, wobei drei Ebenen unterschieden werden können (Maier 2000: 91ff.): Auf der Mikroebene kann man die individuelle politische Partizipation untersuchen, die sich beispielsweise am Wahlverhalten oder an der Beteiligung an Demonstrationen messen lässt. Auf der Mesoebene betreffen die Konsequenzen die politischen und / oder staatlichen Institutionen, etwa die Mitgliederzahlen von Parteien oder Gewerkschaften. Auf der Makroebene können aggregierte Wahlergebnisse oder die Struktur des Parteiensystems als Konsequenzen untersucht werden. Aufgrund der Datenlage kann hier nur die Mikroebene untersucht werden. Maier findet nur geringe Zusammenhänge zwischen politischer Unzufriedenheit und Wahlverhalten, politische Partizipation untersucht er nicht.

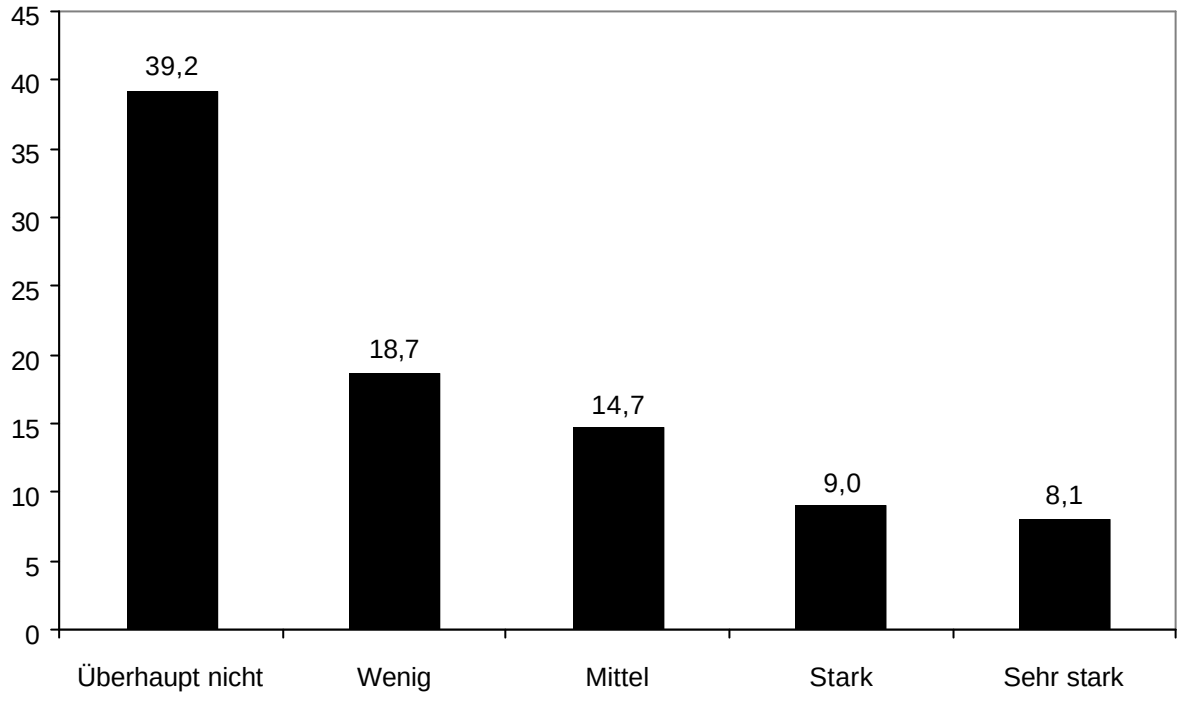
Pickel (2002: 320ff.) ergänzt die bei Maier genannten Konsequenzen um „gesellschaftliche Überzeugungen mit politischem Folgencharakter“, worunter im Wesentlichen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus fallen. Damit wird über das tatsächliche politische Verhalten auch ein Einstellungssyndrom als Folge fehlender Systemunterstützung subsumiert, das wiederum konkretes politisches Verhalten zur Folge haben könnte. Vor allem das bei Pickel „diffuse Politikverdrossenheit“ genannte fehlende politische Interesse und die Politikerverdrossenheit sind hierbei einflussreiche Variablen bei Jugendlichen (ebd.: 369). Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden als ein weiterer Schwerpunkt des Thüringen-Monitors 2003 in einem gesonderten Kapitel (Kap. V) untersucht und in Verbindung mit der Systemunterstützung gebracht.

Auf der Individualebene kommen demnach – abgesehen vom Rechtsextremismus – vor allem Nichtwahl, Protestwahl, politische Passivität oder illegale politische Partizipation als Folgen mangelnder Systemunterstützung in Frage. Beim bekundeten Wahlverhalten zeigt sich allerdings schnell, dass auf eine detaillierte Betrachtung der Protestwahl verzichtet werden muss. Als Protestwähler sollen solche Personen betrachtet werden, die bei der Sonntagsfrage („Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, ...“) erklären, einer der nicht-etablierten Parteien (in diesem Fall die rechtsextremen Parteien) oder einer anderen Partei die Stimme geben zu wollen. Außerdem kann man solche Personen einbeziehen, die ein solches Verhalten bei der Frage nach der letzten Wahl angeben. Insgesamt haben sich weniger als zwei Prozent der Thüringer in diesem Sinne als Protestwähler zu erkennen gegeben. Diese Personen zeigen zwar eine deutlich unterdurchschnittliche Unterstützung des politischen Systems, aber aufgrund der zu geringen Fallzahl ist eine sinnvolle Interpretation der Ergebnisse nicht möglich.

Etwas anders liegt der Fall bei den Nichtwählern. Immerhin 15 Prozent der Befragten gaben an, bei Landtagswahlen nicht wählen zu wollen bzw. nicht gewählt zu haben. Dieser Wert liegt deutlich unter den tatsächlichen Nichtwähleranteilen (bei der letzten Landtagswahl 1999 waren es etwa 40 Prozent). Etwa ebenso viele Befragte machen keine Angaben zu ihrem Wahlverhalten. Offensichtlich geben die Befragten ungern zu, nicht wählen zu wollen bzw. nicht gewählt zu haben.

Wie nicht anders zu erwarten, spielt das politische Interesse eine große Rolle bei der Entscheidung, zu einer Wahl zu gehen oder eben nicht. Je stärker das politische Interesse ist, desto geringer ist der Anteil der Nichtwähler in der jeweiligen Gruppe.

***Abb. 32:*** ***Nichtwähleranteile nach Interesse für Politik***
*(in Prozent)*

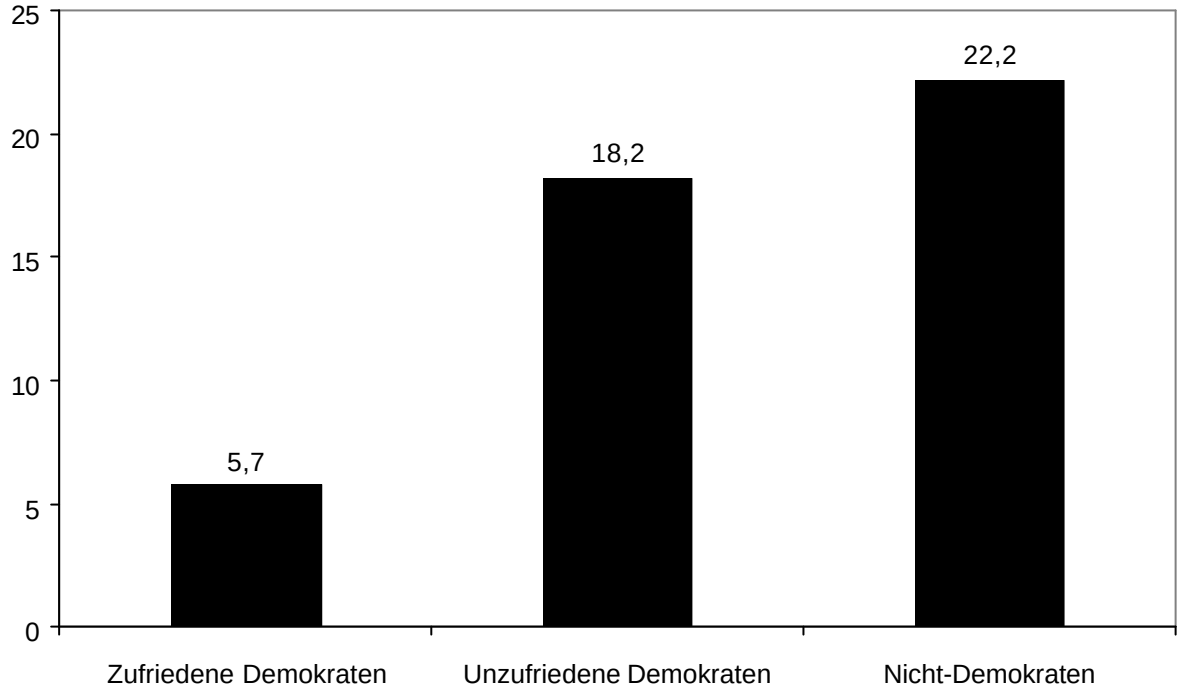



Die Intensität der Aufnahme von Informationen über Politik hängt stark mit dem politischen Interesse zusammen (vgl. oben Abb. 14, III.1), daher ist auch ein Zusammenhang mit den Nichtwähleranteilen vorhanden. Bei denjenigen, die sich gar nicht über Politik informieren liegt der Anteil bei 20 Prozent, mit stärkerer Informationsaufnahme sinkt er deutlich ab.

Nichtwähler sind keine abgeschottete Gruppe, die sich durch besondere sozialstrukturelle Merkmale auszeichnet, sondern man findet sie in allen Alters-, Berufs- oder Bildungsgruppen gleichermaßen. Allerdings stimmen sie in vielen politischen Einstellungen stark überein. Ein überdurchschnittlicher Nichtwähleranteil findet sich ebenso unter denjenigen mit geringem Institutionenvertrauen wie bei denjenigen, die ein negatives Bild von der Politik im Allgemeinen haben. In der Gruppe derjenigen, die Parteien und Politiker schlecht bewerten, ist der Anteil der Nichtwähler besonders groß. Das gilt insbesondere auch für die konkreten Bewertungen, die deutlich positiver ausfallen als die abstrakten Bewertungen „der Politiker“ und „der Parteien“ (vgl. oben III.2.3 und 2.4). Der Nichtwähleranteil sinkt drastisch mit der steigenden Anzahl positiver Bewertungen für konkrete Parteien und Politiker.

Auch die Einstellungen zur Demokratie haben einen großen Einfluss auf die Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder nicht zu wählen.

***Abb. 33:*** ***Nichtwähleranteile nach Einstellung zur Demokratie***
*(in Prozent)*




Unter den Nichtdemokraten ist der Anteil der Nichtwähler erwartungsgemäß am größten. Für beide Einstellungen zur Demokratie – als Staatsidee und in der Praxis – ist dieser Zusammenhang signifikant, allerdings ist der Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit in der Praxis etwas stärker. Erstaunlich ist, dass auch von den Nichtdemokraten, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten, immer noch mehr als drei Viertel bekunden, zur Wahl gehen zu wollen bzw. gegangen zu sein.

Damit bleibt festzuhalten, dass eine ablehnende Haltung zur Demokratie (Nicht-Demokraten) die Wahlbeteiligung drückt. Allerdings spielen bei der Entscheidung zur Nichtwahl offenbar eine Reihe weiterer Faktoren eine Rolle, und auch für unzufriedene Demokraten ist die Nichtwahl eine Alternative.

Neben der Wahlbeteiligung gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten, sich in den politischen Prozess einzubringen. Das Spektrum reicht von der Mitarbeit in einer politischen Partei bis hin zur politisch motivierten Gewalt. Zunächst ein Blick auf die legalen Möglichkeiten der politischen Partizipation.

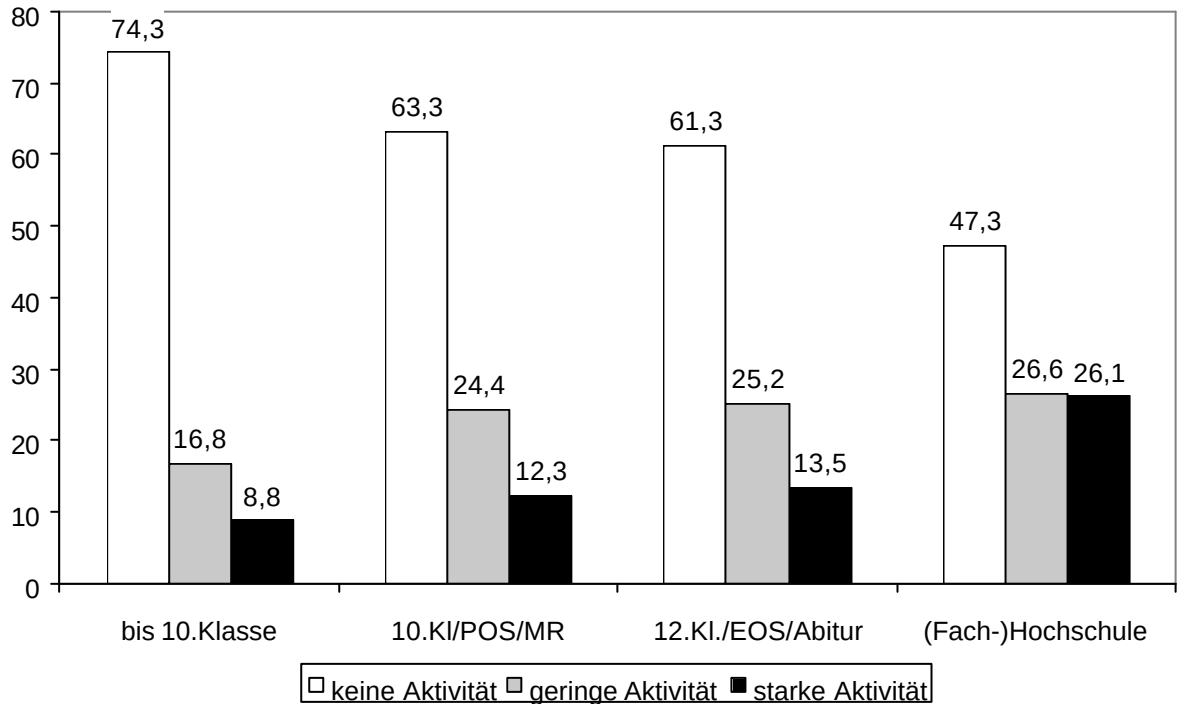
Wie in den Vorjahren zeigt sich in Thüringen eine große Bereitschaft zur politischen Partizipation. Nur jeder Dritte würde auf keinen Fall in einer Bürgerinitiative mitmachen oder an einer genehmigten Demonstration teilnehmen. Gut jeder Zehnte hat bereits einmal in einer Bürgerinitiative mitgewirkt, an einer genehmigten Demonstrationen hat gar jeder Vierte bereits einmal teilgenommen. Eine klare Mehrheit der Thüringer kann sich vorstellen, sich mit einem wichtigen Anliegen direkt an einen Politiker zu wenden, etwa jeder Siebte hat das bereits einmal getan. In einer politischen Partei mitzuarbeiten erfordert vermutlich den größten Aufwand der hier präsentierten Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Hallermann 2003: 25ff.). Etwa jeder Zehnte hat das trotzdem bereits einmal getan (oder tut es noch), und immerhin ein Viertel der Thüringer würde das tun. Das Potential für die Parteien ist also beachtlich, wenn

auch nicht so groß wie das der Bürgerinitiativen. Darüber hinaus besteht dieses Potential nahezu aus denselben Personen. Die Parteien konkurrieren mit den Bürgerinitiativen um dieselben Aktivierbaren; fast alle, die sich die Mitarbeit in einer Partei vorstellen können, sagen das auch über die Bürgerinitiativen. Umgekehrt ist das nicht so, die Bürgerinitiativen haben ein zusätzliches Potenzial, das den Parteien verschlossen bleibt.

Wenn man den Blick vom Potenzial der Aktivierbaren auf die tatsächlich Aktiven lenkt, sieht das Bild etwas weniger rosig aus. Etwa sechs von zehn Befragten haben bisher noch überhaupt keine der vier angebotenen Beteiligungsformen jemals genutzt. Ein Viertel der Befragten hat sich zumindest an einer dieser Partizipationsformen beteiligt (geringe Aktivität), knapp 15 Prozent haben zwei oder mehr Aktivitäten aufzuweisen (starke Aktivität). Dabei kann man auch in Thüringen die aus der Partizipationsforschung hinreichend bekannten Zusammenhänge mit der Sozialstruktur feststellen (vgl. Koch / Wasmer / Schmidt 2001). Bei den Männern sind nur gut die Hälfte vollkommen inaktiv, während es bei den Frauen gut zwei Drittel sind. Der Zusammenhang mit dem Alter ist nicht überraschend: Die jüngste Gruppe der 18-24-Jährigen zeigt insgesamt am wenigsten politische Partizipation, in den mittleren Altersjahrgängen ist sie am stärksten, um dann im höheren Alter wieder leicht nachzulassen. Die jüngsten Befragten hatten schlicht noch nicht so viel Zeit, um sich politisch zu beteiligen.

Den weitaus stärksten Einfluss auf die politische Beteiligung hat aber das formale Bildungsniveau.

***Abb. 34:*** ***Politische Aktivität nach Bildung***
*(in Prozent)*



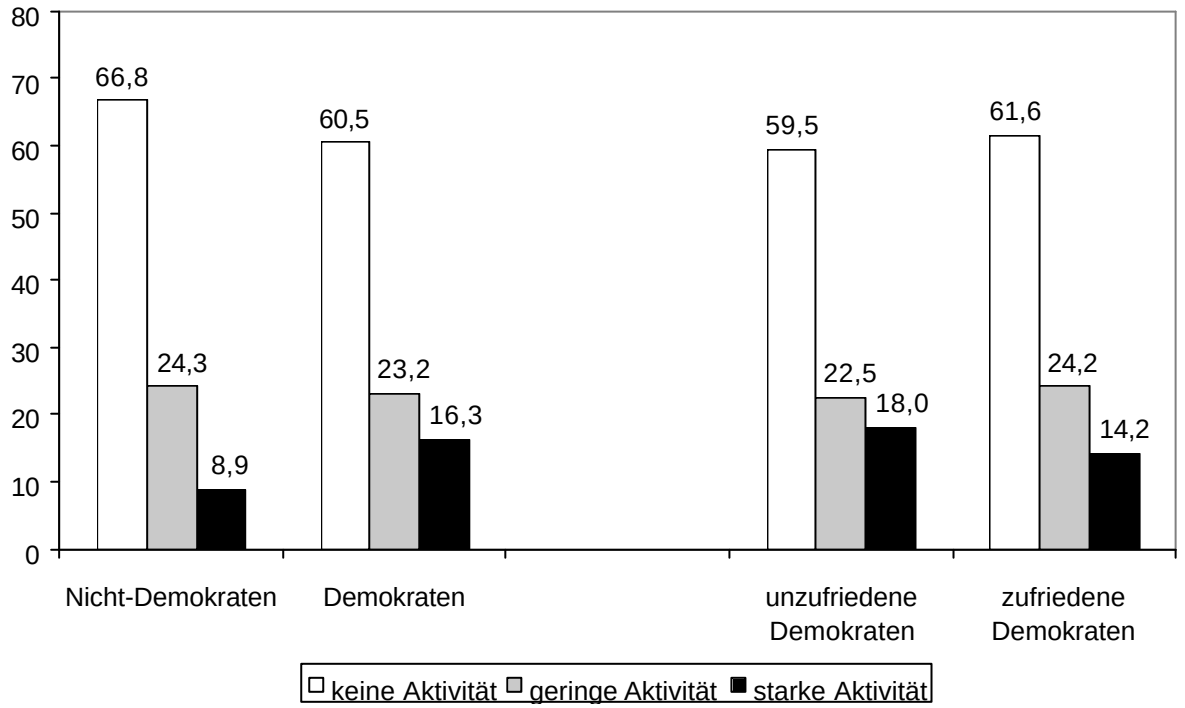

Mit steigender Bildung nimmt die Aktivität stark zu. Von den Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss hat ein gutes Viertel immerhin zwei oder mehr der insgesamt vier angebotenen Beteiligungsformen bereits einmal ausgeübt, was in der folgenden Abbildung als starke Aktivität angegeben wird. Auch die geringe Aktivität (eine Form ausgeübt) steigt deutlich mit der

Bildung, so dass bei den Befragten mit den höchsten Bildungsabschlüssen mehr als die Hälfte zumindest etwas aktiv ist oder war.

Bei getrennter Betrachtung kann man außerdem feststellen, dass der Einfluss der Bildung bei allen Partizipationsformen gleich und gleich stark ist, egal ob diese Formen schwierig, zeitintensiv und langfristig sind oder nicht. Der starke Zusammenhang zwischen Bildung und politischer Aktivität setzt sich bei den Berufen der Befragten fort. In den Berufsgruppen, die einen höheren Abschluss nicht voraussetzen, ist auch das Aktivitätsniveau niedriger; dieser Effekt dürfte durch die Bildung hervorgerufen sein.

Dem ursprünglich angenommenen Modell zufolge hängt die politische Aktivität mit den Einstellungen zur Demokratie zusammen. Demokraten sollten sich demnach deutlich häufiger über Partizipation in den politischen Prozess einbringen als Nicht-Demokraten. Dieser Zusammenhang zeigt sich tatsächlich, allerdings sind die Unterschiede nicht besonders groß. Aber immerhin findet sich in der Gruppe der Demokraten ein doppelt so hoher Anteil an Aktiven wie in der Vergleichsgruppe der Nicht-Demokraten.

***Abb. 35:*** ***Politische Aktivität nach Einstellungen zur Demokratie***
*(in Prozent)*




Unterteilt man die Gruppe der Demokraten in Unzufriedene und Zufriedene, so zeigen sich kaum Unterschiede. Die Gruppe der unzufriedenen Demokraten hat ein leicht höheres Partizipationsniveau, sie engagieren sich also häufiger. Bei der Wahlbeteiligung (vgl. oben Abb. 35) war das noch genau umgekehrt, unzufriedene Demokraten bleiben der Wahl häufiger fern als zufriedene Demokraten. Demnach scheint sich für viele zufriedene Demokraten das Engagement auf die Wahl zu beschränken, während die unzufriedenen die anderen Partizipationsformen etwas stärker bevorzugen.

Zum Abschluss noch ein Blick auf die illegalen Formen der politischen Beteiligung. Hierbei ist der Anteil der tatsächlich Aktiven minimal: etwa vier von 100 Befragten hat bereits einmal an einer ungenehmigten Demonstration teilgenommen, weniger als einer von 100 hat bereits einmal Gewalt angewendet, um politische Ziele durchzusetzen. Die Bereitschaft zu diesen beiden Formen der illegalen Partizipation ist allerdings deutlich höher. Zur Gewalt wären etwa acht von 100 Befragten bereit, zur Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration doppelt so viele.

Der Zusammenhang mit den Einstellungen zur Demokratie ist wie erwartet: Zufriedene Demokraten lehnen diese Formen der Beteiligung am entschiedensten ab. Unzufriedene Demokraten und Nicht-Demokraten zeigen eine ähnlich hohe Bereitschaft zur Teilnahme an einer illegalen Demonstration. Der Einsatz von Gewalt schreckt die unzufriedenen Demokraten ähnlich stark ab wie die zufriedenen. Bei den Nicht-Demokraten gibt aber immerhin jeder siebte an, dass er Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele einsetzen würde.

Zusammenfassend kann man daher festhalten, dass die Einstellungen zur Demokratie einen klaren Zusammenhang mit der politischen Partizipation aufweisen. Zufriedene Demokraten gehen eher den konventionellen Weg der Beteiligung (z.B. Wahlen), unzufriedene Demokraten gehen stärker den unkonventionellen Weg (z.B. Demonstrationen), und die illegalen Formen der politischen Partizipation (besonders die politisch motivierte Gewalt) sind beinahe ausschließlich den Nicht-Demokraten zuzutrauen.

# V. Ablehnung der Demokratie: Rechtsextreme Einstellungen

Zu den Folgen mangelnder Demokratieunterstützung, unter denen bislang ausschließlich der Einfluss auf die Partizipation betrachtet worden ist, kann auch der Rechtsextremismus gerechnet werden. So ist anzunehmen, dass rechtsextremen Positionen eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie zu Grunde liegt. Auch die bisherigen empirischen Befunde im Rahmen des Thüringen-Monitors bestätigen diese Hypothese: In den vorausgegangenen Jahren haben sich durchweg überproportional viele Nichtdemokraten zu rechtsextremen Positionen bekannt. Gleichwohl kommt dem Rechtsextremismus Eigenständigkeit zu. Aus diesem Grund ist ihm nicht nur ein eigenes Kapitel gewidmet, sondern bei den diesbezüglichen Ausführungen ist die Struktur der Vorjahre beibehalten worden. Entsprechend geht es zunächst um die Beschreibung und Analyse des Einstellungssyndroms Rechtsextremismus, wobei den Entwicklungen im Zeitverlauf besondere Bedeutung zukommt. In einem zweiten Schritt soll der Frage nachgegangen werden, wie rechtsextreme Einstellungen zu erklären sind. Im Rahmen dieser Diskussion verschiedener Erklärungsansätze wird dann den demokratiebezogenen Einstellungen besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Für das hier zu Grunde gelegte Verständnis des Rechtsextremismus als Einstellungssyndrom kann auf die Ausführungen in den vorausgegangenen Jahren verwiesen werden. Die Messung rechtsextremer Einstellungen erfolgt auch 2003 auf der Basis der Fragebatterie mit zehn Statements, die auch bislang verwendet worden ist. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über das Antwortverhalten der Befragten in den Jahren 2001 bis 2003, wobei die aktuellen Umfragewerte durch Fettdruck hervorgehoben sind. Im Unterschied zur früheren Praxis sind nur die Prozentwerte der zustimmenden Äußerungen wiedergegeben.

Die Auswahl der Statements zur Messung rechtsextremer Einstellungen, die auf eine Expertentagung im Jahr 2001 zurückgeht, findet ihre empirische Bestätigung durch die engen Zusammenhänge zwischen allen zehn Aussagen. Sämtliche Statements lassen sich einem Faktor, der hier als Rechtsextremismus bezeichnet werden soll, zuordnen. Ausweislich einer Korrelationsanalyse besteht zwischen allen Aussagen ein deutlicher, teils sehr starker positiver Zusammenhang. Die stärksten Beziehungen weisen dabei die rassistisch geprägten ausländerfeindlichen Statements und die nationalistischen Aussagen auf. Lediglich das Statement zum Nationalsozialismus steht zu etwa der Hälfte der anderen Aussagen in einem nur mittelstarken Zusammenhang.

Betrachtet man die Entwicklungen im Überblick, so fällt auf, dass - von einer einzigen Ausnahme abgesehen - die Zustimmung zu allen Statements im Jahr 2003 gestiegen ist. Bei vier Aussagen hat die Unterstützung um mehr als 2,5 Prozentpunkte deutlich zugenommen. Bei diesen vier Aussagen sowie bei einem weiteren Statement ist zudem 2003 der höchste Zustimmungsgrad im Beobachtungszeitraum erreicht worden. Die sich darin andeutende wachsende Verbreitung rechtsextremer Orientierungen im Freistaat Thüringen ist zugleich daran ablesbar, dass erstmalig drei Statements von einer Mehrheit der Befragten unterstützt werden. Im Vorjahr traf dies nur für zwei rechtsextreme Aussagen zu, anno 2001 lediglich für eine einzige. Bei zwei der drei erwähnten mehrheitsfähigen Statements handelt es sich um ausländerfeindliche Positionen.

***Tab. 9:*** ***Zustimmung* zu den zehn Rechtsextremismus-Statements 2001 bis 2003*** *(in Prozent)*

| **Dimensionen und Statements** | 2001 | 2002 | **2003** |
|---|---|---|---|
| **Ausländerfeindlichkeit** | | | |
| „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“ | 48,8 | 55,4 | **55,7** |
| „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ | 47,5 | 49,5 | **54,8** |
| „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ | 28,0 | 25,0 | **25,1** |
| **Sozialdarwinismus** | | | |
| „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ | 35,2 | 33,1 | **33,6** |
| „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“ | 28,6 | 29,1 | **22,7** |
| **Nationalismus** | | | |
| „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ | 56,0 | 52,5 | **66,1** |
| „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“ | 34,0 | 28,1 | **37,8** |
| **Verharmlosung des Nationalsozialismus** | | | |
| „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ | 21,4 | 19,2 | **20,3** |
| **Antisemitismus** | | | |
| „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ | 14,9 | 12,5 | **13,6** |
| **Rechte Diktatur** | | | |
| „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ | 17,2 | 16,7 | **19,7** |

* „Stimme eher zu“ und „Stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst

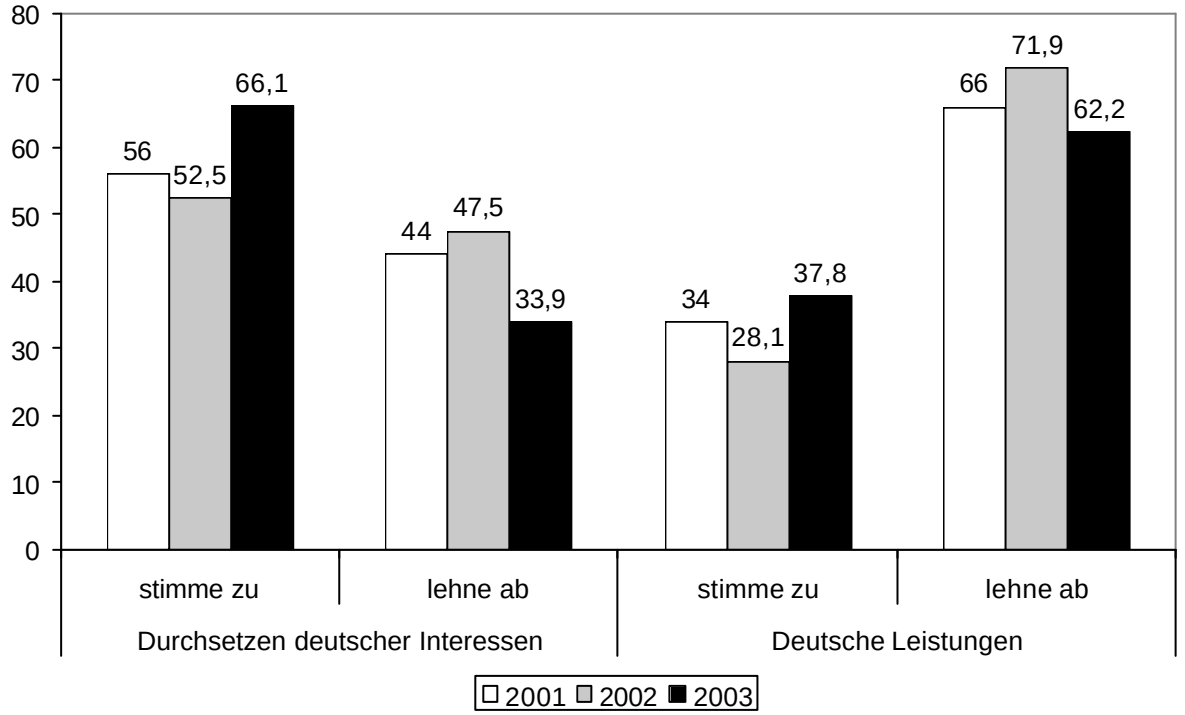
Wie im Vorjahr lässt sich für den Bereich der Ausländerfeindlichkeit ein Zuwachs feststellen. Entscheidend dafür ist die erheblich gestiegene Zustimmung zu der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Die zur Zeit diskutierten massiven Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme bieten offenbar einen geeigneten Nährboden für eine sozioökonomische motivierte Ausländerfeindlichkeit. Dass derartigen Ein-

stellungen das reale Einstellungsobjekt fehlt, liegt angesichts eines Ausländeranteils von etwa 1,8 Prozent in Thüringen auf der Hand[23]. Damit bestätigt sich die Vermutung, dass sozioökonomische Stressfaktoren rechtsextreme Orientierungen begünstigen. Anders als bei der Aussage zum Sozialstaat lassen sich bei den beiden anderen ausländerfeindlichen Items keine gravierenden Veränderungen im Vergleich zu 2002 feststellen. Im Fall der Ehen von Ausländern mir Deutschen ist die entschiedene Ablehnung in diesem Jahr sogar nochmals angestiegen; nahezu jeder zweite Befragte lehnt die Aussage, dass Ausländer nur unter ihren Landsleuten heiraten sollten, voll und ganz ab.

Keine nennenswerten Veränderungen lassen sich bei den Aussagen zum Antisemitismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus feststellen. In beiden Fällen fällt die Zustimmung eher moderat aus. Darin kommt zum Ausdruck, dass dem „alten Rechtsextremismus“, der sich durch die Anknüpfung an Kernelemente der NS-Ideologie auszeichnet, innerhalb des gesamten Rechtsextremismussyndroms nur eine begrenzte Rolle zukommt. Auch bei der Aussage zum unwerten Leben haben sich kaum Veränderungen ergeben. Weiterhin wird diese Position von gut der Hälfte der Thüringer entschieden abgelehnt. Lediglich unter den Befragten ab 60 Jahren ist die Zustimmung auf nahezu 50 Prozent angestiegen.

Massive Zuwächse haben sich bei den beiden nationalistischen Statements ergeben. Mit 10 Prozent bzw. 13 Prozent liegen hier die stärksten Zuwächse in der Unterstützung rechtsextremer Positionen vor. Dem Statement „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ geben zwei Drittel

***Abb. 36:*** ***Bewertung der beiden nationalistischen Statements 2001 – 2003***
*(in Prozent)*




23 Zur teils grotesken Überschätzung des Ausländeranteils in Thüringen und ihrem Zusammenhang mit rechtsextremen Orientierungen vgl. Edinger / Hallermann 2001.

der Thüringer ihre Zustimmung. Der Anteil der entschiedenen Ablehnungen ist in diesem Fall seit 2001 um die Hälfte, auf nunmehr 10 Prozent, gesunken. Die Zustimmungen verteilen sich etwa hälftig auf starke Unterstützung und eher moderate Unterstützung der Aussage. Es liegt nahe, diesen massiven Anstieg mit dem Irak-Krieg und den damit in Zusammenhang stehenden Differenzen zwischen der offiziellen deutschen und der amerikanischen Politik in Verbindung zu bringen. Offenbar haben die massiven Spannungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis nationalistische Gefühle reaktiviert. Erstmalig findet das genannte Item mehrheitliche Zustimmung bei den Anhängern aller drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien.

Deutlich stärkere Unterstützung im Vergleich zum Vorjahr lässt sich auch bei dem Statement „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran." konstatieren. Während sich die Unterstützung im Fall der Aussage zu den deutschen Interessen etwa hälftig auf die starke und die moderate Zustimmung verteilt, geht der deutliche Anstieg bei der Aussage zu den deutschen Leistungen vor allem auf ein Anwachsen der schwachen Zustimmung zurück. Allerdings gilt auch für dieses Statement, dass im Beobachtungszeitraum die entschiedene Ablehnung stetig gesunken ist.

Einen Sonderstatus unter den zehn zur Messung des Rechtsextremismus verwendeten Aussagen nimmt das Statement „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen." ein. Hier ist die Zustimmung im Vergleich zu 2002 um etwa ein Viertel auf den bislang niedrigsten Wert von 22,7 Prozent gesunken. Ähnlich wie bei der Aussage zu den deutschen Interessen erscheint ein Bezug zu aktuellen Entwicklungen plausibel. Der so genannte Umbau des Sozialstaates dürfte bei einigen Befragten die Bedenken gegenüber dem „Recht des Stärkeren" als gesellschaftliches Prinzip verstärkt haben. Für eine solche Interpretation spricht, dass die Ablehnung dieses Statements bei den reformskeptisch eingestellten Befragten stärker ausfällt als bei den Reformbefürwortern.

Auf der Basis des schon in den Vorjahren verwendeten Rechtsextremismus-Indexes[24] werden erstmals Trendaussagen über rechtsextreme Orientierungen in Thüringen gemacht. Nachdem sich der Anteil rechtsextrem Eingestellter zwischen 2001 und 2002 von 18,6 Prozent auf 20,9 Prozent erhöht hat, liegt er 2003 bei 22,7 Prozent. Damit hat sich im Verlauf von nur zwei Jahren der Anteil rechtsextrem Orientierter um ein knappes Viertel erhöht. Sehr viel höher liegen die Werte im Fall der Ausländerfeindlichkeit. Bei analoger Messung zum Rechtsextremismus[25] müssten mehr als vier von zehn Befragten als ausländerfeindlich gelten; mit 43,1 Prozent ist der Anteil gegenüber dem Vorjahr um gut einen Prozentpunkt gestiegen.

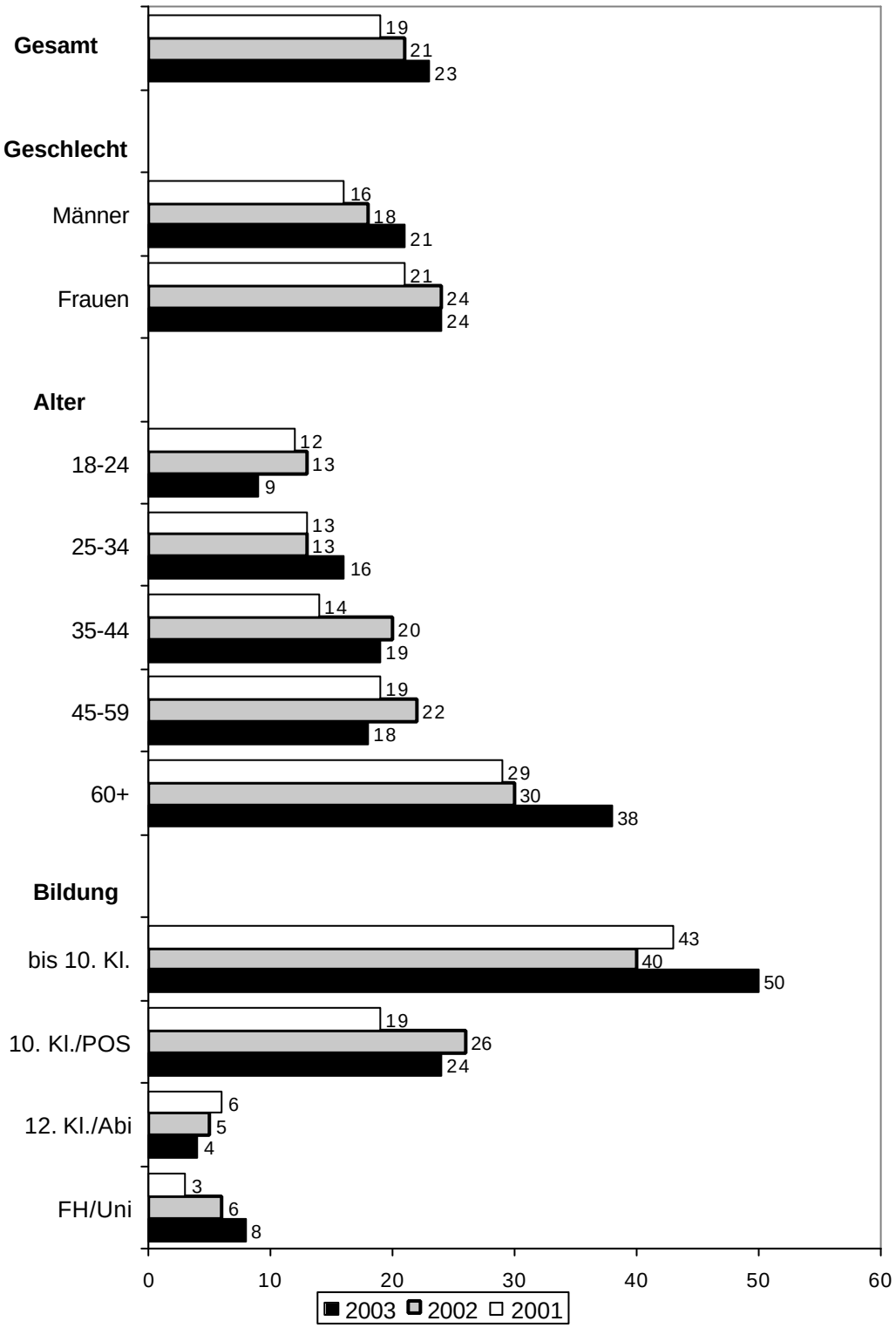
Die Suche nach den sozialstrukturellen Bestimmungsfaktoren rechtsextremer Orientierungen in Thüringen führt zu den „üblichen Verdächtigen". So sind es, wie in den Vorjahren und wie aus anderen Untersuchungen bekannt (zuletzt resümierend Winkler 2003: 34f.), insbesondere die älteren Befragten und diejenigen mit einem geringen formalen Bildungsstand, die sich als anfällig gegenüber rechtsextremen Deutungsmustern erweisen. Bemerkenswert für die aktuelle Untersuchung ist weniger die ewige Wiederkehr des gleichen Strukturmusters in der empirischen Rechtsextremismusforschung, sondern die zum Teil erhebliche Verstärkung

24 Die Indexbildung erfolgt, indem die Antworten auf die zehn Statements von 1 (völlige Ablehnung) bis 4 (völlige Zustimmung) summiert werden. Entsprechend können die Interviewten auf diesem Index einen Wert zwischen 10 (überhaupt nicht rechtsextrem) und 40 (stark rechtsextrem) erreichen. Als rechtsextrem gelten Befragte mit einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunktes, also ab einem Punktwert von 26. Während diese Grenzziehung letztlich willkürlich ist, werden wegen der über die Jahre hinweg identischen Messung zuverlässige Aussagen zur Entwicklung rechtsextremer Einstellungen möglich.

25 Der Index der Ausländerfeindlichkeit reicht von 3 bis 12 Punkten; als ausländerfeindlich eingestellt gelten hier alle Befragten mit einem Punktwert ab 8.

rechtsextremer Orientierungen bei den „üblichen Verdächtigen“. In der Alterskohorte der über 59-jährigen ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter gegenüber dem Jahr 2002 um acht Prozentpunkte angestiegen. Damit liegt dieser Anteil mindestens doppelt so hoch wie in jeder

***Abb. 37:*** ***Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung***
*(in Prozent)*



anderen Altersgruppe. Hinsichtlich des Bildungsniveaus bestätigen sich sowohl das Abitur als auch der POS-Abschluss / die mittlere Reife als Zäsuren. So weist nur etwa jeder Sechzehnte mit mindestens dem Abitur als höchstem Bildungsstand rechtsextreme Orientierungen auf. Unter den POS-Absolventen ist es hingegen jeder Vierte und in der Personengruppe mit einem Bildungsabschluss unter dem Niveau der 10. Klasse sogar als mehr als jeder Zweite. Dies bedeutet einen nochmaligen deutlichen Anstieg gegenüber dem Jahr 2002. Unter den sozialstrukturellen Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus erweist sich die Bildung als die mit Abstand wichtigste Determinante.[26]

Während die Unterschiede zwischen den Alters- und Bildungsgruppen weiter zugenommen haben, ist es zwischen den Geschlechtern zu einer Angleichung gekommen. Weiterhin zeigen Frauen eine größere Affinität gegenüber rechtsextremen Orientierungen, aber der Abstand zu den Männern ist deutlich geschrumpft. Berufstätige zeigen geringere Sympathien für rechtsextreme Positionen im Vergleich zu Befragten, die nicht im Berufsleben stehen; unter den Berufstätigen mit entsprechenden Orientierungen sind diejenigen mit einem unsicheren Arbeitsplatz deutlich überrepräsentiert. Unter den einzelnen Berufsgruppen weisen allein die Arbeiter überproportionale Werte bei der Rechtsextremismusskala auf. Anders als 2002 steht die Konfession in diesem Jahr in keinem Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Ähnliche Zusammenhänge mit sozialstrukturellen Faktoren wie beim Rechtsextremismus lassen sich auch für die Ausländerfeindlichkeit nachweisen. Lediglich der Sicherheit des Arbeitsplatzes kommt für die Ausbildung ausländerfeindlicher Orientierungen keine Bedeutung zu. Damit bestätigt sich die Erkenntnis des vorausgegangenen Jahres, dass die Strukturmuster der Ausländerfeindlichkeit mit denen des Rechtsextremismus insgesamt übereinstimmen.

Mit den sozialstrukturellen Faktoren liegt ein erster Baustein zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen vor. Allerdings ist aus bisherigen Untersuchungen bekannt, dass die eigenständige Erklärungskraft der sozialstrukturellen Faktoren gering ist. Welches sind dann aber die tragenden Säulen des rechtsextremen Einstellungssyndroms? In Anlehnung an den Thüringen-Monitor 2002 sollen hier drei Erklärungsansätze verfolgt werden, um diesem Syndrom auf die Spur zu kommen.[27] Im einzelnen handelt es sich dabei erstens um sozioökonomische Bedingungen und Aspekte der relativen Deprivation. Diese sind ebenso wie zweitens die politischen Einstellungen, unter denen vor allem die Demokratieunterstützung besondere Aufmerksamkeit erfährt, den Umweltfaktoren zuzurechnen. Diesen Umweltfaktoren wird drittens, als ein persönlichkeitsbezogener Erklärungsfaktor, der Autoritarismus zur Seite gestellt.

Unter den Umweltfaktoren gilt die materielle Lage als eine Art Klassiker zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen. Tatsächlich lässt jeder dritte Thüringer, der seine eigene materielle Lage als schlecht charakterisiert, Sympathien für rechtsextreme Positionen erkennen. Demgegenüber finden sich nur bei jedem fünften gut Situierten derartige Orientierungen. Insgesamt ist der Einfluss der materiellen Lage gegenüber dem Vorjahr geringer geworden. Ein beinahe sensationeller Befund ergibt sich für die Arbeitslosen: Erstmals seit Beginn der Befragungen im Rahmen des Thüringen-Monitors anno 2000 finden sich in dieser Gruppe rechtsextrem Eingestellte nicht überrepräsentiert.

Mit ihrem breiteren Fragenspektrum ermöglicht die diesjährige Befragung auch genauere Analysen zur Wirkung der relativen Deprivation. Dabei fällt auf, dass weder die Wahrneh-

---

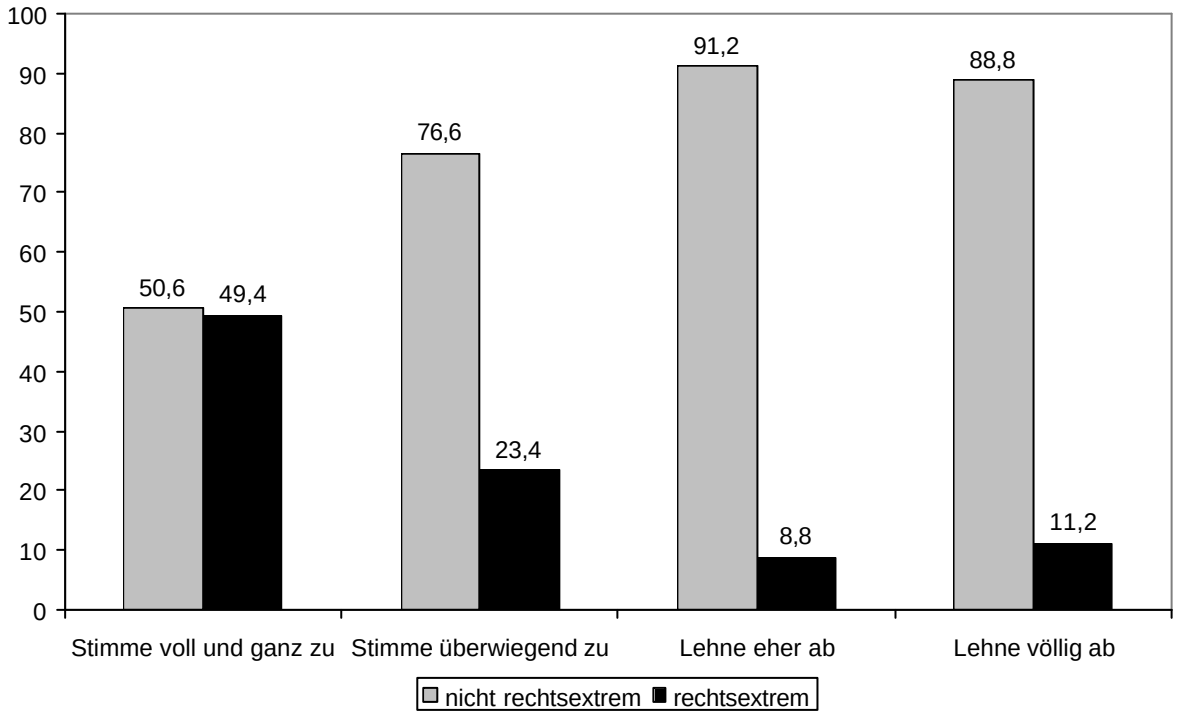
26 Der Einfluss der Bildung bleibt auch dann bestehen, wenn nach Altersgruppen kontrolliert wird.

27 Für eine knappe Übersicht zu den Erklärungsvarianten des Rechtsextremismus vgl. den Literaturbericht im Thüringen-Monitor 2000 (Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106).

mung der Gesellschaft als gerecht, noch die Auffassung, dass man selbst über einen gerechten Anteil verfügt, in einem engen Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen steht. Verbindet man die Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Lage mit der Bewertung der deutschen Einheit zu einem Index der subjektiven Benachteiligung (Deprivationsindex, vgl. Kap. II.2), ergibt sich das gewohnte Bild. Rechtsextreme Denkmuster finden sich doppelt so stark bei Deprivierten als bei Befragten, die keine Deprivationsmerkmale aufweisen.

Die Unterscheidung zwischen einer sozioökonomischen Deprivation auf der einen und einer spezifisch ostdeutschen Deprivation auf der anderen Seite vermag präzisere Auskunft über die Quellen rechtsextremer Orientierungen in Thüringen zu geben. Die ökonomisch fundierte relative Deprivation erweist sich in der vergleichenden Betrachtung als wenig relevant. Demgegenüber geht von der „psychischen" Deprivation, die mit Fragen der Anerkennung und der Diskriminierung als Ostdeutsche in Verbindung steht, eine beträchtliche Wirkung aus. Der stärkste Einfluss auf rechtsextreme Orientierungen lässt sich freilich für das Statement nachweisen, dass Ostdeutsche durch Westdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Je stärker dieser Aussage zugestimmt wird, desto höher ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter (Abb. 38). Summa summarum ergibt sich für die Faktoren der relativen Deprivation ein ähnlicher Zusammenhang wie für die Demokratieunterstützung: Sozioökonomische Faktoren sind wichtig, aber eine nachhaltige Wirkung erzielen sie vor allem in Kombination mit Deprivation. Besondere Relevanz kommt dabei den spezifisch ostdeutschen Empfindungen der gesellschaftlichen Benachteiligung zu.

***Abb. 38:*** ***Rechtsextremismus nach ostdeutschem Diskriminierungsempfinden („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen 2. Klasse")***
*(in Prozent)*



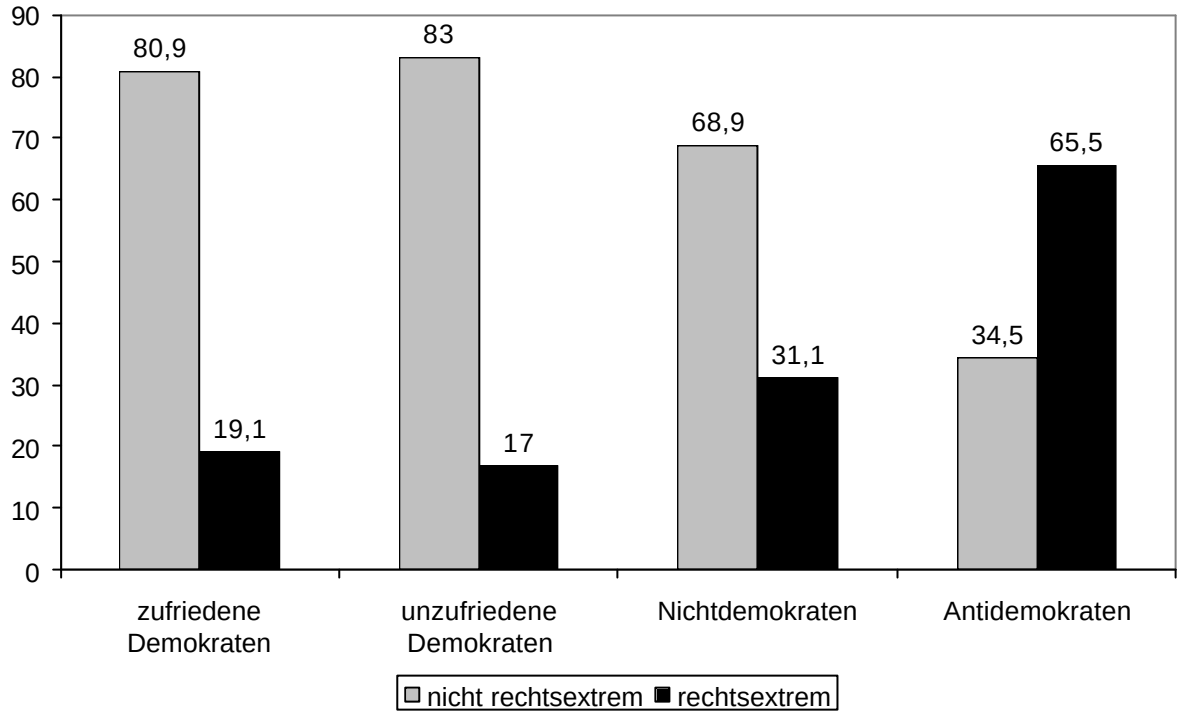
Unter den politischen Einstellungen als der zweiten Umweltkomponente zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen lassen sich drei Aspekte unterscheiden: die generelle Haltung zum Politischen, die Systemunterstützung und die verschiedenen Elemente der Demokratieunterstützung bzw. des Demokratieverständnisses. Zunächst zur generellen Positionierung gegenüber der Politik: Rechtsextreme Orientierungen nehmen mit sinkendem politischen Interesse linear zu. Allerdings werden hohe Rechtsextremismuswerte nur bei der kleinen Gruppe der politisch völlig Desinteressierten erreicht. Auch das politische Wissen ist von Belang: Unter denjenigen, die die drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien nennen können, finden sich nur halb so viele rechtsextrem Eingestellte, wie unter den politisch Ahnungslosen. Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich mit der politischen Eigenkompetenz. Die stärkste Wirkung geht jedoch von der politischen Efficacy aus. Wer glaubt, dass er als Bürger das Regierungshandeln beeinflussen kann, ist nahezu immun gegenüber rechtsextremen Orientierungen. Im Gegensatz dazu sind drei von zehn Befragten, die eine solche Einflussmöglichkeit verneinen, den Rechtsextremen zuzurechnen.

Die früheren Befragungsergebnisse im Rahmen des Thüringen-Monitors haben die Bedeutung von Faktoren der System- und Demokratieunterstützung gezeigt. Diese Relevanz bestätigt sich für das laufende Jahr nur begrenzt. Zwar wirkt sich die Unzufriedenheit mit der Politik allgemein begünstigend auf die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen aus, hingegen erweist sich das Institutionenvertrauen, von dem schon 2002 die schwächste Wirkung ausging, als irrelevant. Dies gilt für beide Varianten des Institutionenvertrauens, das heißt, sowohl für das generelle Vertrauen in Institutionen, als auch für das Vertrauen speziell in politische Institutionen. Für die Bewertung von Parteien und Politikern ergibt sich kein linearer Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Gleiches gilt für die Bewertung der Demokratie auf der Performanzebene. Umso stärker wirkt allerdings die Bewertung der Demokratie als Staatsidee.

Für die einzelnen Typen der demokratiebezogenen Einstellungen ergeben sich hinsichtlich der rechtsextremen Orientierungen geradezu riesige Unterschiede. Während die zufriedenen und die unzufriedenen Demokraten gleichermaßen unterdurchschnittliche rechtsextreme Anteile aufweisen, sind deutlich mehr als vier von zehn Nichtdemokraten rechtsextrem eingestellt. Eine genaue Aufschlüsselung der Nichtdemokraten ergibt, dass es in dieser Gruppe vor allem die Antidemokraten sind, die eine massive Affinität zum Rechtsextremismus aufweisen. Bei steigender Zahl von Antidemokraten ist der Anteil der Rechtsextremen in dieser Gruppe jedoch von 76 Prozent im Jahr 2000 auf gut 60 Prozent im Jahr 2003 zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich in der Gruppe der Nichtdemokraten der Anteil rechtsextrem Orientierter deutlich erhöht.

Anders als die Bewertung des Ordnungsmodells Demokratie stehen die Positionen der Befragten zu einzelnen Positionen des Demokratieverständnisses in einer nur schwachen Verbindung zu rechtsextremen Einstellungen. Eine Ausnahme macht jedoch die ungleiche Behandlung von Schwerverbrechern vor Gericht. Unter denjenigen, die der Kriminalitätsbekämpfung Vorrang einräumen vor dem Gleichheitsgrundsatz im Strafverfahren, finden sich zweieinhalb Mal so viele Befragte mit Rechtsaußen-Positionen wie in der Gruppe der Ablehnenden. Darin kommt unmissverständlich der enge Nexus zwischen rechtsstaatfeindlichen und rechtsextremen Positionen zum Ausdruck.

***Abb. 39:*** ***Rechtsextremismus nach Einstellungen zur Demokratie***
*(in Prozent)*



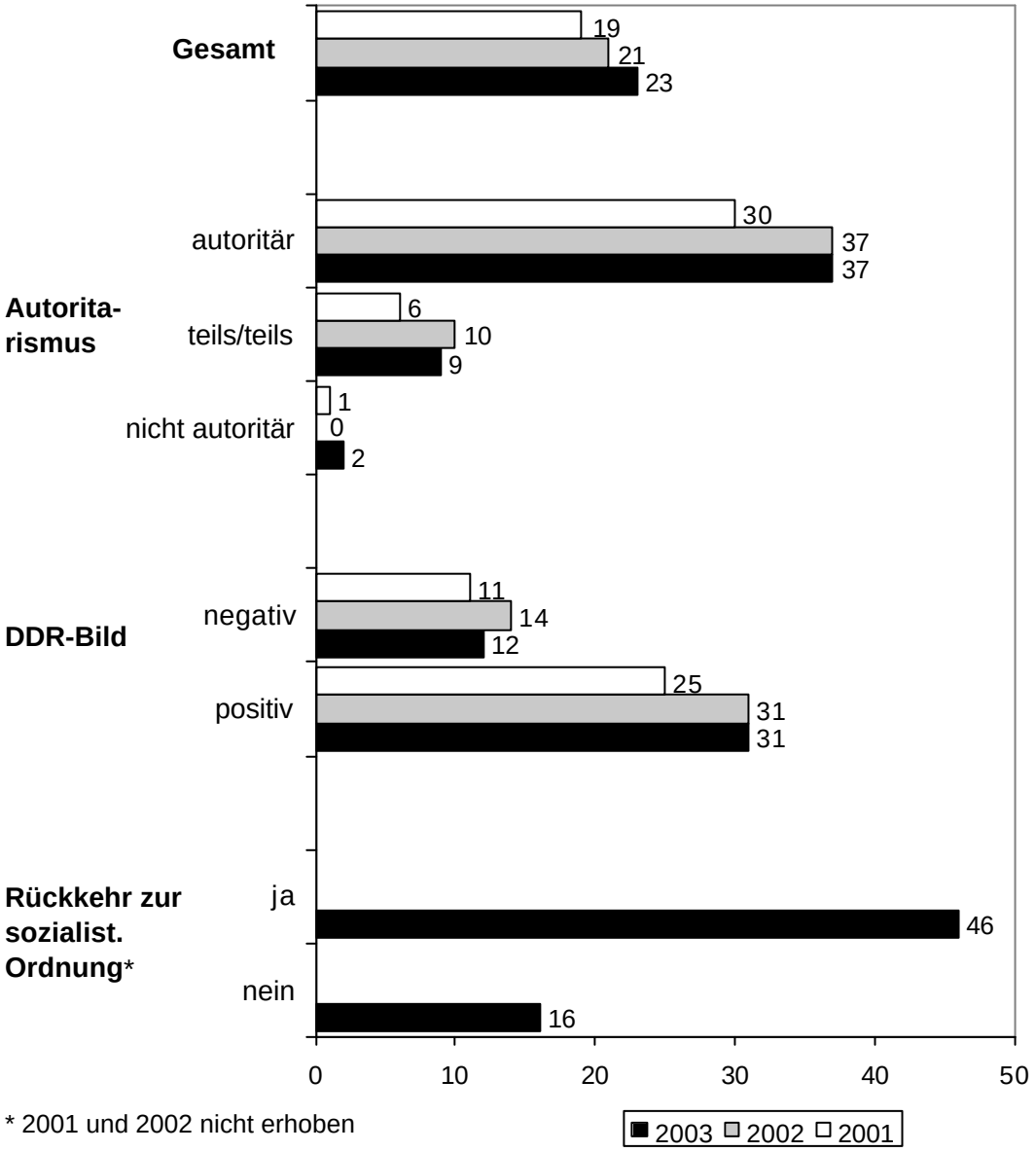

Der Autoritarismus stellt den einzigen persönlichkeitsbezogenen Faktor dar, der seit Beginn des Thüringen-Monitors mit großer Aussagekraft zur Erklärung des Rechtsextremismus herangezogen worden ist.[28] Gegenüber dem Jahr 2002 haben sich faktisch keine Veränderungen ergeben: Der Einfluss des Autoritarismus auf die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen ist ungebrochen stark. Dies dokumentiert sich nicht zuletzt darin, dass die kleine Gruppe der Nicht-Autoritären weiterhin nahezu immunisiert gegenüber rechtsextremen Positionen zu sein scheint. Autoritäre Orientierungen gehen nach wie vor mit einem überdurchschnittlich positiven Bild des vormundschaftlichen Staates DDR einher. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage nach dem Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen. Einmal mehr sind die Anhänger von Rechtsaußen-Positionen besonders zahlreich unter den „Freunden" der DDR vertreten – um den Faktor 2,5 häufiger als diejenigen, die die DDR negativ bewerten.

Noch stärker ist der Zusammenhang zwischen dem Rechtsextremismus und dem Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren." Von den Nostalgikern der realsozialistischen Ordnung weist fast jeder zweite rechtsextreme Einstellungen auf. Nicht nur angesichts des Selbstverständnisses der DDR als antifaschistischer Staat muss diese Gleichzeitig-

28 Der Autoritarismus ist wie in den Vorjahren über die beiden folgenden Statements gemessen worden: „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand." und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen." Als autoritär gelten diejenigen Befragten, die beiden Statements zugestimmt haben, als nichtautoritär solche, die beide abgelehnt haben. Die Bejahung eines Statements bei Ablehnung des anderen führt zur Einordnung des Befragten in die Mittelkategorie. Bei dieser Messung ergeben sich für das Jahr 2003 knapp 60 % Autoritäre in Thüringen, während die Gruppe der Nicht-Autoritären etwa 15 % der Befragten umfasst.

keit von Ostalgie und rechtsextremer Orientierung überraschen. Eine gemeinsame ideologische Basis dieser Einstellungen kann wegen großer Differenz auf der Links-Rechts-Skala ausgeschlossen werden. Stattdessen scheint sich eine Hypothese aus dem Thüringen-Monitor 2002 zu bestätigen: Das ancien régime retrospektiv und die rechtsextremen Deutungsmuster ganz aktuell fungieren gleichermaßen und mitunter gleichzeitig und bei den gleichen Befragten als gedankliche Gegenwelten zu einem in seinen Grundsätzen abgelehnten System.

***Abb. 40:*** ***Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Bild und Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung („Ostalgie")***
*(in Prozent)*




* 2001 und 2002 nicht erhoben

In der multivariaten Analyse entpuppt sich der Autoritarismus weiterhin als der stärkste Erklärungsfaktor für rechtsextreme Orientierungen, wenngleich er etwas an Bedeutung gegenüber dem Vorjahr eingebüßt hat. Mit weitem Abstand folgt als zweitstärkster Erklä-

rungsfaktor der Bildungsstand. Darüber hinaus wirken weitere Faktoren auf die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen: die Ablehnung der Demokratie als Staatsidee, die Verneinung rechtsstaatlicher Prinzipien, ein spezifisch ostdeutsches Diskriminierungsgefühl sowie der Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema des Thüringen-Monitors bleibt festzuhalten, dass ausweislich der multivariaten Analyse den Einstellungen zur Demokratie erhebliche Bedeutung für die Genese des Rechtsextremismus zukommt.

Welche Verhaltensrelevanz aber kommt rechtsextremen Einstellungen überhaupt zu? Auf der Basis einer Bevölkerungsbefragung, wie sie der Thüringen-Monitor darstellt, sind dazu nur sehr begrenzt Aussagen möglich. In der Tendenz zeigt sich jedoch, dass sich Rechtsextreme eher durch politische Passivität als durch entschiedenes verfassungsfeindliches politisches Engagement auszeichnen. Zwei Drittel von ihnen, gegenüber 58 Prozent in der Kontrastgruppe, haben sich noch nie in einer der erfragten Formen politisch engagiert. Weniger als andere beabsichtigen Rechtsextreme zur Wahl zu gehen. Zugleich gibt nur eine verschwindend kleine Minderheit von 6 Prozent an, ihre Stimme einer rechtsextremen Partei geben zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären. Dieser Wert liegt zwar zehnmal höher als bei den Nicht-Rechtsextremen, aber er bedeutet zugleich, dass die überwiegende Mehrheit rechtsextrem Eingestellter demokratische Parteien wählen würde und wählen wird. Der entscheidende Unterschied zwischen Rechtsextremen und anderen offenbart sich im Verhältnis zur Gewalt. 16,5 Prozent der rechtsextrem Orientierten und damit dreimal so viele wie in der Kontrastgruppe geben an, dass sie bereit sind, für ihre politischen Ziele auch mit Gewalt zu kämpfen. Aus einer solchen Bereitschaft muss freilich noch kein Handeln resultieren, aber eine gewisse Handlungsrelevanz rechtsextremer Orientierungen kommt darin unweigerlich zum Ausdruck.

# VI. Fazit und Ausblick

In den Einstellungen der Thüringer zur Politik allgemein spiegelt sich im Jahre 2003 recht deutlich die Tatsache wider, dass das soziale Klima in Deutschland rauer geworden ist. Wenn auch die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen im Vergleich zu 2002 nicht schlechter eingeschätzt wird, so hat sich doch – erstmals seit Beginn der Erhebungen – die Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage verschlechtert. Auch lässt sich eine Zunahme von Diskriminierungsgefühlen nachweisen: die Zustimmung zu der Aussage, dass Westdeutsche Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandeln, hat in allen Altersgruppen deutlich zugenommen. Immerhin jeder vierte Thüringer liebäugelt mit einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Nach allem, was die Politikwissenschaft über den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der eigenen sozialen und ökonomischen Lage hier und den Einstellungen zur Demokratie dort weiß, ist dabei zu erwarten, dass sich deutlicher noch als im vergangenen Jahr Schwächen, ja Risse im demokratischen Fundament offenbaren. Wird diese Vermutung bestätigt?

In der Einleitung wurde bereits darauf hingewiesen, dass „Demokratie“ ein sehr komplexer Begriff ist, der sich aus einem ganzen Bündel sehr unterschiedlicher Elemente zusammensetzt. Das Bemühen der diesjährigen Studie ging dahin, die Einstellungen der Thüringer zu diesen Elementen im Einzelnen zu analysieren, und deshalb muss auch die zusammenfassende Auswertung der Befunde entsprechend differenziert vorgehen. Zunächst werden daher im Folgenden die wichtigsten Einzelergebnisse festgehalten, ehe dann im zweiten Schritt eine Gesamtbewertung erfolgen kann.

## 1. Wichtige Ergebnisse im Überblick

Im zusammenfassenden Überblick ergeben sich zunächst die folgenden Einzelbefunde, die kurz in Erinnerung zu rufen sind:

Erstens hat sich bei der Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Schnitt keine Verschlechterung ergeben, während die eigene Lage düsterer gesehen wird. Erneut haben sich deutliche Hinweise für eine starke Disposition gerade der jüngsten Altersgruppe (18-24 Jahre) für ein Abwandern aus Thüringen ergeben: Fast die Hälfte der Befragten in dieser Gruppe gab an, wahrscheinlich oder sicher einen Arbeitsplatz außerhalb Thüringens suchen zu wollen. Man wird dies gewiss auch als eine erfreuliche und notwendige Mobilitätsbereitschaft werten müssen, sollte aber auch darauf hinweisen, dass bei der auch in diesem Jahr sichtbar werdenden Verbundenheit aller Befragten mit Thüringen diese Altersgruppe für das Aufzeigen von Perspektiven für ein Verbleiben im Freistaat seitens der Politik in besonderer Weise empfänglich scheint.

Zweitens ergibt ein Blick auf die Einstellungen der Thüringer zur Politik allgemein ein alles andere als einheitliches Bild. Zunächst hat sich bestätigt, dass die Thüringer sich im gesamtdeutschen Vergleich überdurchschnittlich stark für Politik interessieren und sich auch – selbstbewusst – für kompetent halten, politische Fragen angemessen beurteilen zu können. Mehr als die Hälfte informiert sich in der Regionalpresse, fast die Hälfte in Radio und Fernsehen über Politik.

Hinsichtlich der Erwartungen der Thüringer an die Politik lassen sich – drittens – zwei deutlich unterscheidbare Modelle herauslesen: Auf der einen Seite steht eine aktiv-partizipatorische Erwartungshaltung, die auf stärkere eigene Entscheidung und Mitwirkungsmöglichkeiten setzt, und auf der anderen Seite steht ein ergebnisorientiertes Einstellungsmuster zur Politik allgemein, das sich in der Erwartung zufriedenstellender Leistungen artikuliert. Drei Viertel aller Befragten glauben, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben, während zwei Drittel Beteiligung für weniger wichtig erachten und Politik an ihren Ergebnissen messen. Bei ihnen vor allem macht sich das seit Jahren als „Politikverdrossenheit" bekannte Syndrom bemerkbar.

Politik und Politiker erhalten bei den Thüringern im generellen Urteil miserable Noten. Neun von zehn Thüringern meinen, dass in der Politik zuviel geredet und nichts geleistet wird, acht von zehn – und daran hat sich in den letzten Jahren kaum etwas geändert – sind der Auffassung, in der Politik gehe es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht. Etwa drei Viertel sind mit der Politik durch die Bank unzufrieden, wobei lediglich die 18- bis 24-Jährigen weniger Skepsis an den Tag legen.

Ein genauerer Blick auf die Einstellungen zu politischen Parteien hat fünftens aber den interessanten Befund ergeben, dass es sich hierbei doch wohl um vordergründige, auch stimmungsbedingte Pauschalurteile handelt, hinter denen sich bei differenzierter Analyse ein ganz anderes Bild verbirgt: bei hoher abstrakter Skepsis beurteilen doch 84 Prozent der Befragten zumindest eine Partei positiv, und selbst bei denen, die angeben, keinerlei Vertrauen in die Parteien zu hegen, haben noch über 70 Prozent Sympathien für eine der etablierten Parteien. Ähnlich ist es bei der Beurteilung von Politikern: hier ist das Bild eines starken abstrakten Misstrauens bei gleichzeitigem Vertrauen in einzelne Politiker ebenso kontrastreich. Gleichwohl schnitten bei der Frage nach dem Institutionenvertrauen die Parteien mit Vertrauenswerten von nur 8,6 Prozent am schlechtesten ab. Auffallend ist hier, dass mit Schulen, Gerichten, der Bundeswehr und der Polizei die im Vergleich zu Regierungen, Parlamenten und Behörden politikferneren Institutionen mit Vertrauenswerten von jeweils über 50 Prozent deutlich besser abschnitten.

Deutlich verschlechtert hat sich jedoch – sechstens – die Zufriedenheit mit der Demokratie. Zwar ist es erfreulich, dass sich bei den 18- bis 24-Jährigen erstmals ein Anstieg der positiven Bewertung der demokratischen Staatsidee zeigt, doch hat sich insgesamt das Verhältnis von zufriedenen Demokraten (33,5 %) zu unzufriedenen Demokraten (jetzt 45,6 %) gegenüber den Vorjahren noch einmal verschlechtert. Inzwischen ist von 20,9 Prozent Nichtdemokraten auszugehen, die 8,4 Prozent ausgesprochene Antidemokraten einschließen. Die unzufriedenen Demokraten stellen die relative Mehrheit, und dies ist gewiss mehr als nur ein „feiner" Riss im demokratischen Fundament.

Bemerkenswerte Ergebnisse haben siebtens die Fragen nach Einzelheiten des Demokratieverständnisses ergeben (vgl. IV.2, Tab. 6). Während das Mehrheitsprinzip sich hoher Akzeptanz erfreut, geben sich die Thüringer pluralismusskeptisch und alles andere als konfliktfreudig: jeweils mehr als zwei Drittel halten Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen für schädlich und erwarten von der Opposition Unterstützung statt Kritik der Regierung. Zwei Drittel haben eine ergebnisorientierte Erwartung an die Demokratie, gleichzeitig findet aber die Forderung nach häufigeren Volksentscheiden eine Zustimmung von mehr als 80 Prozent. Von den einzelnen Säulen der Demokratie kann die Rechtsstaatlichkeit nur auf etwas weniger als 40 Prozent entschiedene Verfechter rechnen, während 86,8 Prozent den Wert der Demokratie an sozialstaatlichen Leistungen bemessen.

Anhaltenden Grund zur Besorgnis gibt schließlich eine nach wie vor wachsende Verbreitung rechtsextremer Orientierungen. Die Ausländerfeindlichkeit, nationalistische Orientierungen und rechtsextreme Einstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal verstärkt; das Liebäugeln mit einer Diktatur im nationalen Interesse hat die 20 Prozentmarke fast erreicht.

Wie sind nun diese alles andere als einheitlichen und widerspruchsfreien Ergebnisse im Zusammenhang zu bewerten?

## 2. Beurteilung der Einstellungen zur Demokratie im Zusammenhang

Im Gesamtbild ist zunächst davon auszugehen, dass wichtige Eckpunkte der Demokratie bei den Thüringerinnen und Thüringern hoch im Kurs stehen und insoweit von einer festen Verankerung der Demokratie zu sprechen ist: das Mehrheitsprinzip steht außer Frage, das Ideal der Demokratie steht auf der politischen Werteskala obenan, die Thüringer Bürger sind überdurchschnittlich interessiert an Politik und durchaus selbstbewusst, wenn es um die Einschätzung ihrer eigenen politischen Kompetenz geht. Deutlicher als im Vorjahr haben sich die jüngsten Befragten als demokratische Hoffnungsträger erwiesen.

Aus Sicht der Demokratie uneingeschränkt positiv zu bewerten ist ferner die Tatsache, dass die Thüringer zu differenzieren wissen. Deutlich wird, dass sie Demokratie als Wert schätzen, sie wollen Demokratie; deutlich wird aber auch, dass sie gegenüber der faktischen Erscheinungsweise der Demokratie kritisch eingestellt sind. Sie erwarten mehr an Ergebnissen. Auch wissen sie sehr wohl zwischen abstrakten und konkreten Einstellungen und Erwartungen zu unterscheiden: hohes generelles Misstrauen gegenüber den Parteien geht einher mit überraschend hohem Vertrauen für jeweils eine Partei. Das Potential für demokratisches Engagement in Thüringen ist durchaus hoch: Ein Viertel der Bevölkerung erklärt sich zum Engagement in einer politischen Partei bereit, deutlich mehr noch zum Engagement in einer Bürgerinitiative.

Untersucht man jedoch die Einstellungen zur Demokratie in einzelnen Faktoren, werden jedoch auch Schwachstellen, Defizite, je sogar Gefährdungspotenziale für die Demokratie sichtbar. Pluralismus und Opposition werden offensichtlich im Konfliktfall weniger geschätzt. Rechtsstaatlichkeit rangiert weit hinter Verbrechensbekämpfung, und Leistungen der Sozialstaatlichkeit stellen den alles andere überragenden Maßstab für die Bewertung der Demokratie dar. Das Liebäugeln mit einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung und mit national motivierter Diktatur stellen im Ansatz durchaus Gefährdungspotenziale für die Stabilität des demokratischen Systems dar. Wie sind diese Ergebnisse zu erklären?

Sie lassen sich insgesamt auf den Nenner bringen, dass die Einstellung zur Demokratie in sehr viel stärkerem Umfang vom Wunsch nach Sicherheit als von einer Wertschätzung der Freiheit geleitet wird. Angesichts der sich im Jahr 2003 zuspitzenden Reformdiskussionen in Deutschland und den damit gerade im Hinblick auf sozialstaatliche Absicherung verbundenen Ungewissheiten und anstehenden Veränderungen mag man einen Teil dieses Einstellungsmusters aus einem Gefühl der Verunsicherung, z.T. auch aus der Wahrnehmung übertriebenen parteipolitischen Taktierens und mangelnder Ergebnisorientierung aller politischen Parteien v.a. auf der Bundesebene heraus erklären können – aber gewiss nicht mehr als eben einen Teil. Mindestens zwei Faktoren sind darüber hinaus zur Erklärung heranzuziehen: Erstens haben alle bisherigen Untersuchungen eine überdurchschnittlich starke Fixierung auf soziale Sicherheit ergeben. Hierin ist auch 13 Jahre nach der Einheit ein Erbe der politischen

Prägung durch die DDR zu sehen. Die diesjährige Untersuchung macht deutlich, wie sensibel die Thüringer auf soziale Verunsicherung reagieren und dass durchaus ein Potenzial für Alternativvorstellungen zum demokratischen Verfassungsstaat vorhanden ist.

Zweitens spiegelt die erschreckend hohe Distanz zum Pluralismus und die nach demokratischen Maßstäben mehr als fragliche Wertung der Opposition die Vorstellung einer Gesellschaft wider, die auf Sicherheit vorspiegelnde „Gesetzlichkeiten“ statt auf das freie Spiel der Kräfte und den freien Austrag von Meinungsdifferenzen und Interessenkonflikten, die auf berechenbare Pläne statt auf den Markt der Meinungen und Interessen, die auf verbürgte Leistungsansprüche statt auf Selbständigkeit und gesellschaftliche Eigenverantwortung setzt. Im Ausblick ergibt sich deshalb das Ergebnis, dass auf dem Weg der Festigung eines freiheitsbewussten demokratischen Politikverständnisses, das die lange Tradition obrigkeitsstaatlicher Prägung politischer Einstellungen überwindet, noch eine erhebliche Strecke zurückzulegen ist.

# Literatur

## Bisherige Thüringen-Monitore

Dicke, Klaus / Edinger, Michael / Schmitt, Karl (2000): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106 (Thüringen-Monitor 2000)

Dicke, Klaus u.a. (2002): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt (Thüringen-Monitor 2001)

Dicke, Klaus u.a. (2002): Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882 (Thüringen-Monitor 2002)

## Weitere Literatur

Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden

Brettschneider, Frank (2000): Reality Bytes: Wie die Medienberichterstattung die Wahrnehmung der Wirtschaftslage beeinflusst, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschland im Vergleich, Opladen, S. 539-569

Bürklin, Werner (1995): Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: Eine Zwischenbilanz, in: Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 11-24

Bürklin, Werner (1997): Demokratische Einstellungen im Wandel: Von der repräsentativen zur plebiszitären Demokratie?, in: ders. / Rebenstorf, Hilke (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen, S. 391-419

Bürklin, Wilhelm P. / Dalton, Russell J. / Drummond, Andrew (2001): Zwei Gesichter der Demokratie: Repräsentative versus „direkte“ Demokratie, in: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 529-551

Dicke, Klaus (2000): Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, in: Edward Keynes (Hrsg.): Willensbildungsprozesse und Demokratie. Werner Kaltefleiter zum Gedenken, Frankfurt etc., S. 11-25

Easton, David (1965): A System Analysis of Political Life, New York

Edinger, Michael (2003): Die Herausforderung der repräsentativen Demokratie in Thüringen. Hintergründe, Verlauf und Wirkungen der Kontroverse um das Volksbegehren, in: Karl Schmitt (Hrsg.): Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Baden-Baden, S. 121-156

Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2001): Ausländerfeindlich sind die Ahnungslosen – Politische Kultur im Jahr 2001, in: Das Parlament 48-49, S. 3

Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) (2000): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschland im Vergleich, Opladen

Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen

Fuchs, Dieter (l997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 81-113

Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraut / Wessels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51, S. 3-12

Gabriel, Oscar W. (1999): Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 9, S. 827-861

Gabriel, Oscar W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 41-77

Gabriel, Oscar W. (2001): Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland: Auf dem Weg zur „Civic Culture“?, in: Bertram, Hans / Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen, S. 97-129.

Gabriel, Oscar W. (2002): Ein demokratischer Konsens in Ost und West? Demokratie und Extremismus im Spiegel von Umfragen, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Opladen, S. 70-104

Hallermann, Andreas (2003): Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Baden-Baden

Holtmann, Everhard (2000): Das Demokratieverständnis in seinen unterschiedlichen Dimensionen. Eine vergleichende Betrachtung ostdeutscher und westdeutscher Einstellungen, in: Gegenwartskunde 49, S. 61-70

Koch, Achim / Wasmer, Martina / Schmidt, Peter (Hrsg.) (2001): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen

Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, Opladen

Milbrath, Lester W. / Goel, M. L. (1977): Political Participation, 2. Aufl., Chicago

Neller, Katja (2000): DDR-Nostalgie? Analysen zur Identifikation der Ostdeutschen mit ihrer politischen Vergangenheit, zur ostdeutschen Identität und zur Ost-West-Stereotypisierung, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 571-607

Niedermayer, Oskar (2001): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, Wiesbaden

Niedermayer, Oskar / Brähler, Elmar (2002): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Berlin / Leipzig, unveröffentlichtes Manuskript

Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (Hrsg.) (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, Bd. 11, München

Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit, Opladen

Pollack, Detlef (2002): Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland: Fakten und Umfrageergebnisse, in: Denzer, Horst (Hrsg.): Glanz der Infrastruktur – Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland, München, S. 15-34

Rattinger, Hans (1993): Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11, S. 24-35

Rohrschneider, Robert (1999): Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany, Oxford

Veen, Hans-Joachim (1997): Innere Einheit, wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41, S. 19-28

Winkler, Jürgen R. (2003): Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa. Befunde einer international vergleichenden Studie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26, S. 33-38

# Anhang

## Tabellarische Übersichten


| | | |
|---|---|---|
| A 1 | Agenda 2010 | 88 |
| A 2 | Reform der Rentenversicherung | 89 |
| A 3 | Reform der Krankenversicherung | 90 |
| A 4 | Reform der Arbeitslosenversicherung | 91 |
| A 5 | Private Altersvorsorge | 92 |
| A 6 | Wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern? | 93 |
| A 7 | Studiengebühren | 94 |
| A 8 | Stolz auf das, was in Thüringen seit 1990 erreicht wurde | 95 |
| A 9 | Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen | 96 |
| A 10 | Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder | 97 |
| A 11 | Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern | 98 |
| A 12 | Identifikation | 99 |
| A 13 | Abwanderungspläne | 100 |
| A 14 | Wirtschaftliche Lage in Thüringen | 101 |
| A 15 | Eigene wirtschaftliche Lage | 102 |
| A 16 | Vor- oder Nachteile der Einheit | 103 |
| A 17 | Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche | 104 |
| A 18 | DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten | 105 |
| A 19 | Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren | 106 |
| A 20 | Gerechte Gesellschaft | 107 |
| A 21 | Gerechter Anteil | 108 |
| A 22 | Politisches Interesse | 109 |
| A 23 | Landespolitisches Wissen | 110 |
| A 24 | Politische Eigenkompetenz | 111 |
| A 25 | Informationsquelle: Mediennutzung | 112 |
| A 26 | In der Politik geht es nur um Macht | 113 |
| A 27 | In der Politik wird zuviel geredet | 114 |

| | | |
|---|---|---|
| A 28 | Fehlender Einfluss auf Regierung | 115 |
| A 29 | Politiker verdienen mehr Respekt | 116 |
| A 30 | Parteien wollen nur Stimmen der Wähler | 117 |
| A 31 | Vertrauen zur Bundesregierung | 118 |
| A 32 | Vertrauen zum Bundestag | 119 |
| A 33 | Vertrauen zur Landesregierung | 120 |
| A 34 | Vertrauen zum Landtag | 121 |
| A 35 | Vertrauen zu Parteien | 122 |
| A 36 | Vertrauen zu den Gerichten | 123 |
| A 37 | Vertrauen zur Polizei | 124 |
| A 38 | Vertrauen zur Bundeswehr | 125 |
| A 39 | Vertrauen zu öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern | 126 |
| A 40 | Vertrauen zu privaten Fernsehsendern | 127 |
| A 41 | Vertrauen zu Behörden in Thüringen | 128 |
| A 42 | Vertrauen zu Schulen in Thüringen | 129 |
| A 43 | Zufriedenheit mit der Demokratie | 130 |
| A 44 | Demokratie besser als andere Staatsideen | 131 |
| A 45 | Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen schaden Allgemeinwohl | 132 |
| A 46 | Demokratie und Mehrheitsentscheidung | 133 |
| A 47 | Demokratie und politische Beteiligung | 134 |
| A 48 | Aufgabe der politischen Opposition | 135 |
| A 49 | Demokratie und soziale Ungleichheit | 136 |
| A 50 | Rechtsstaatlichkeit | 137 |
| A 51 | Mehrheit ausreichend über politische Fragen informiert | 138 |
| A 52 | Volksentscheid bei wichtigen Fragen | 139 |
| A 53 | Mich an einen Politiker wenden | 140 |
| A 54 | In einer politischen Partei mitarbeiten | 141 |
| A 55 | In einer Bürgerinitiative mitarbeiten | 142 |
| A 56 | An einer genehmigten Demonstration teilnehmen | 143 |
| A 57 | An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen | 144 |
| A 58 | Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen | 145 |

| | | |
|---|---|---|
| A 59 | Gehorsam und Disziplin wichtig | 146 |
| A 60 | Wir brauchen eine starke Hand | 147 |
| A 61 | Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen | 148 |
| A 62 | Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet | 149 |
| A 63 | Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen | 150 |
| A 64 | Diktatur die bessere Staatsform | 151 |
| A 65 | Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen | 152 |
| A 66 | Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten | 153 |
| A 67 | Es gibt wertvolles und unwertes Leben | 154 |
| A 68 | Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten | 155 |
| A 69 | Die Juden passen nicht zu uns | 156 |
| A 70 | Der Stärkere soll sich durchsetzen | 157 |

**Tabelle A1**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Agenda 2010: Richtige Richtung | Falsche Richtung | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 42 | 53 | 5 |
| **Geschlecht** | | | | |
| Männer | 481 | 47 | 51 | 3 |
| Frauen | 519 | 38 | 55 | 6 |
| **Alter** | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 59 | 38 | 3 |
| 25-34 Jahre | 121 | 49 | 50 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 47 | 50 | 4 |
| 45-59 Jahre | 240 | 27 | 70 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 43 | 49 | 8 |
| **Schulabschluss** | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 33 | 60 | 7 |
| 10. Klasse | 439 | 39 | 57 | 4 |
| Abitur | 111 | 51 | 47 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 52 | 45 | 3 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 48 | 50 | 3 |
| in Ausbildung | 32 | 55 | 45 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 11 | 85 | 4 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 44 | 49 | 8 |
| **Berufsgruppe** | | | | |
| Arbeiter | 173 | 36 | 61 | 3 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 50 | 47 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 52 | 45 | 2 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 67 | 33 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | |
| keine/andere | 637 | 42 | 55 | 3 |
| evangelisch | 270 | 44 | 48 | 7 |
| katholisch | 92 | 37 | 57 | 7 |

*Im Rahmen der Agenda 2010 ist vorgesehen, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld zu verkürzen, um den Anreiz zur Annahme eines Jobs zu erhöhen. Geht dieses Vorhaben Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?*

**Tabelle A2**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Reform der Rentenversicherung: Beiträge erhöhen | Leistungen senken | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 32 | 44 | 24 |
| **Geschlecht** | | | | |
| Männer | 481 | 27 | 48 | 25 |
| Frauen | 519 | 37 | 40 | 24 |
| **Alter** | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 34 | 54 | 13 |
| 25-34 Jahre | 121 | 26 | 54 | 20 |
| 35-44 Jahre | 220 | 25 | 49 | 26 |
| 45-59 Jahre | 240 | 35 | 38 | 27 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 38 | 36 | 26 |
| **Schulabschluss** | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 31 | 41 | 28 |
| 10. Klasse | 439 | 31 | 42 | 26 |
| Abitur | 111 | 33 | 53 | 14 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 35 | 44 | 21 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 29 | 48 | 23 |
| in Ausbildung | 32 | 29 | 65 | 7 |
| arbeitslos | 116 | 33 | 37 | 30 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 37 | 38 | 26 |
| **Berufsgruppe** | | | | |
| Arbeiter | 173 | 25 | 49 | 26 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 32 | 51 | 17 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 33 | 43 | 24 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 26 | 44 | 30 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | |
| keine/andere | 637 | 33 | 44 | 23 |
| evangelisch | 270 | 30 | 42 | 29 |
| katholisch | 92 | 37 | 44 | 20 |

*Zurzeit wird viel darüber gesprochen, dass die Sozialversicherung unbezahlbar wird. Um dies zu verhindern, meinen Sie, dass die Beiträge zur Rentenversicherung erhöht werden sollten, oder sollten die Leistungen der Rentenversicherung eingeschränkt werden?*

**Tabelle A3**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Reform der Krankenversicherung: Beiträge erhöhen | Leistungen senken | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 44 | 32 | 25 |
| **Geschlecht** | | | | |
| Männer | 481 | 39 | 34 | 27 |
| Frauen | 519 | 49 | 29 | 22 |
| **Alter** | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 58 | 27 | 15 |
| 25-34 Jahre | 121 | 43 | 39 | 18 |
| 35-44 Jahre | 220 | 33 | 37 | 30 |
| 45-59 Jahre | 240 | 43 | 31 | 25 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 47 | 28 | 26 |
| **Schulabschluss** | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 39 | 32 | 29 |
| 10. Klasse | 439 | 45 | 30 | 25 |
| Abitur | 111 | 55 | 30 | 15 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 41 | 36 | 24 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 40 | 35 | 25 |
| in Ausbildung | 32 | 72 | 13 | 16 |
| arbeitslos | 116 | 39 | 30 | 31 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 48 | 29 | 23 |
| **Berufsgruppe** | | | | |
| Arbeiter | 173 | 42 | 31 | 28 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 42 | 38 | 20 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 38 | 33 | 29 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 32 | 46 | 23 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | |
| keine/andere | 637 | 45 | 32 | 23 |
| evangelisch | 270 | 40 | 30 | 30 |
| katholisch | 92 | 46 | 32 | 23 |

*Zurzeit wird viel darüber gesprochen, dass die Sozialversicherung unbezahlbar wird. Um dies zu verhindern, meinen Sie, dass die Beiträge zur Krankenversicherung erhöht werden sollten, oder sollten die Leistungen der Krankenversicherung eingeschränkt werden?*

**Tabelle A4**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Reform der Arbeitslosenversicherung: Beiträge erhöhen | Leistungen senken | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 31 | 41 | 28 |
| **Geschlecht** | | | | |
| Männer | 481 | 26 | 46 | 28 |
| Frauen | 519 | 36 | 36 | 27 |
| **Alter** | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 31 | 53 | 17 |
| 25-34 Jahre | 121 | 25 | 53 | 22 |
| 35-44 Jahre | 220 | 27 | 49 | 24 |
| 45-59 Jahre | 240 | 36 | 35 | 29 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 34 | 32 | 34 |
| **Schulabschluss** | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 32 | 29 | 39 |
| 10. Klasse | 439 | 34 | 39 | 27 |
| Abitur | 111 | 24 | 65 | 11 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 28 | 47 | 25 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 26 | 50 | 24 |
| in Ausbildung | 32 | 31 | 44 | 25 |
| arbeitslos | 116 | 45 | 24 | 31 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 34 | 34 | 32 |
| **Berufsgruppe** | | | | |
| Arbeiter | 173 | 24 | 49 | 27 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 29 | 50 | 21 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 23 | 55 | 22 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 25 | 50 | 25 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | |
| keine/andere | 637 | 33 | 41 | 26 |
| evangelisch | 270 | 27 | 41 | 32 |
| katholisch | 92 | 35 | 41 | 24 |

*Zurzeit wird viel darüber gesprochen, dass die Sozialversicherung unbezahlbar wird. Um dies zu verhindern, meinen Sie, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollten, oder sollten die Leistungen der Arbeitslosenversicherung eingeschränkt werden?*

**Tabelle A5**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Private Altersvorsorge: vollkommen staatlich | je zur Hälfte | vollkommen privat | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 30 | 59 | 9 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 29 | 58 | 13 | 1 |
| Frauen | 519 | 31 | 60 | 6 | 4 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 26 | 67 | 7 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 13 | 61 | 23 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 22 | 65 | 12 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 32 | 58 | 10 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 42 | 52 | 1 | 5 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 42 | 48 | 4 | 7 |
| 10. Klasse | 439 | 29 | 58 | 11 | 2 |
| Abitur | 111 | 25 | 61 | 14 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 22 | 69 | 9 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 23 | 63 | 14 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 38 | 63 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 33 | 55 | 10 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 38 | 54 | 3 | 5 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 30 | 53 | 15 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 23 | 69 | 8 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 13 | 65 | 21 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 12 | 70 | 18 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 28 | 58 | 11 | 3 |
| evangelisch | 270 | 31 | 62 | 5 | 2 |
| katholisch | 92 | 38 | 53 | 7 | 3 |

*Die Meinungen, ob die Altersvorsorge in Zukunft überwiegend staatlich oder überwiegend privat erfolgen sollte, gehen auseinander. Wenn Sie sich entscheiden müssten, welche der folgenden Aussagen würden Sie eher befürworten: Die Altersvorsorge sollte vollkommen staatlich erfolgen, die Altersvorsorge sollte je zur Hälfte staatlich und privat erfolgen, die Altersvorsorge sollte vollkommen privat erfolgen?*

**Tabelle A6**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern? stärkere Entlastung | mehr Geld | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 63 | 33 | 4 |
| **Geschlecht** | | | | |
| Männer | 481 | 61 | 34 | 5 |
| Frauen | 519 | 65 | 32 | 3 |
| **Alter** | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 56 | 43 | 1 |
| 25-34 Jahre | 121 | 48 | 48 | 5 |
| 35-44 Jahre | 220 | 61 | 37 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 69 | 28 | 4 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 69 | 25 | 6 |
| **Schulabschluss** | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 57 | 37 | 6 |
| 10. Klasse | 439 | 61 | 36 | 4 |
| Abitur | 111 | 69 | 30 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 70 | 27 | 4 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 63 | 35 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 68 | 32 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 49 | 41 | 10 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 67 | 28 | 5 |
| **Berufsgruppe** | | | | |
| Arbeiter | 173 | 61 | 37 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 64 | 35 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 70 | 26 | 4 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 58 | 40 | 2 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | |
| keine/andere | 637 | 64 | 32 | 4 |
| evangelisch | 270 | 61 | 35 | 4 |
| katholisch | 92 | 59 | 36 | 5 |

*Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, kann die Politik ja unterschiedlich vorgehen. Was glauben Sie ist besser geeignet: Wenn man die Familien stärker bei der Kinderbetreuung entlastet oder wenn man ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt?*

**Tabelle A7**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Studiengebühren: keine | nur für Langzeit-studenten | generell | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 16 | 63 | 17 | 4 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 15 | 63 | 19 | 4 |
| Frauen | 519 | 17 | 63 | 16 | 4 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 16 | 69 | 14 | 1 |
| 25-34 Jahre | 121 | 19 | 62 | 13 | 6 |
| 35-44 Jahre | 220 | 16 | 65 | 18 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 13 | 67 | 16 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 17 | 57 | 20 | 7 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 19 | 50 | 20 | 10 |
| 10. Klasse | 439 | 16 | 63 | 18 | 3 |
| Abitur | 111 | 11 | 71 | 17 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 15 | 73 | 11 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 13 | 67 | 18 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 19 | 72 | 9 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 23 | 56 | 12 | 9 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 17 | 59 | 18 | 5 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 15 | 60 | 23 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 12 | 71 | 17 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 11 | 73 | 14 | 3 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 16 | 70 | 12 | 2 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 17 | 62 | 16 | 4 |
| evangelisch | 270 | 13 | 65 | 19 | 3 |
| katholisch | 92 | 17 | 65 | 15 | 3 |

*Zurzeit wird ja viel über Studiengebühren diskutiert. Was meinen Sie, sollten Studiengebühren für alle Studenten eingeführt werden, sollten nur Langzeitstudenten Studiengebühren bezahlen, oder sollte es gar keine Studiengebühren geben?*

**Tabelle A8**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Stolz auf das, was in Thüringen seit 1990 erreicht wurde: stimme völlig zu | stimme weit-gehend zu | stimme teilweise zu | lehne weit-gehend ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 13 | 27 | 54 | 4 | 2 | 0 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 14 | 25 | 54 | 5 | 3 | 0 |
| Frauen | 519 | 13 | 29 | 53 | 3 | 1 | 0 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 4 | 30 | 59 | 6 | 1 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 11 | 26 | 55 | 5 | 3 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 9 | 31 | 53 | 4 | 2 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 11 | 26 | 55 | 5 | 3 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 23 | 24 | 50 | 2 | 1 | 0 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 23 | 17 | 57 | 1 | 2 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 12 | 27 | 56 | 4 | 2 | 0 |
| Abitur | 111 | 7 | 38 | 50 | 3 | 2 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 11 | 32 | 48 | 8 | 1 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 12 | 29 | 54 | 4 | 1 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 36 | 55 | 10 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 7 | 23 | 57 | 6 | 7 | 0 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 19 | 25 | 52 | 3 | 1 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 12 | 23 | 60 | 4 | 2 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 12 | 32 | 53 | 2 | 1 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 9 | 42 | 45 | 5 | 0 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 16 | 19 | 53 | 11 | 2 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 12 | 22 | 59 | 4 | 3 | 0 |
| evangelisch | 270 | 17 | 32 | 47 | 4 | 0 | 0 |
| katholisch | 92 | 15 | 46 | 35 | 1 | 2 | 0 |

*Auf das, was hier in Thüringen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein.*

**Tabelle A9**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen: stimme völlig zu | stimme weit-gehend zu | stimme teilweise zu | lehne weit-gehend ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 24 | 8 | 17 | 12 | 34 | 6 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 26 | 8 | 18 | 12 | 31 | 6 |
| Frauen | 519 | 23 | 8 | 15 | 12 | 36 | 6 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 56 | 6 | 15 | 10 | 13 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 17 | 8 | 25 | 16 | 31 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 22 | 9 | 22 | 14 | 33 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 20 | 9 | 13 | 15 | 42 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 21 | 7 | 13 | 7 | 36 | 16 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 19 | 6 | 20 | 6 | 38 | 11 |
| 10. Klasse | 439 | 23 | 7 | 16 | 13 | 37 | 3 |
| Abitur | 111 | 41 | 11 | 14 | 13 | 19 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 22 | 10 | 14 | 17 | 31 | 6 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 21 | 8 | 18 | 14 | 37 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 74 | 7 | 3 | 10 | 7 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 23 | 5 | 24 | 14 | 34 | 0 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 24 | 8 | 13 | 9 | 32 | 13 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 22 | 8 | 17 | 8 | 46 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 19 | 7 | 20 | 20 | 32 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 23 | 12 | 19 | 16 | 29 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 26 | 5 | 12 | 10 | 40 | 7 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 28 | 7 | 18 | 12 | 32 | 3 |
| evangelisch | 270 | 17 | 10 | 13 | 14 | 35 | 11 |
| katholisch | 92 | 25 | 7 | 14 | 5 | 42 | 8 |

*Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen.*

**Tabelle A10**

## Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | stimme völlig zu | stimme weit-gehend zu | stimme teilweise zu | lehne weit-gehend ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 33 | 24 | 32 | 6 | 3 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 30 | 25 | 32 | 9 | 4 | 2 |
| Frauen | 519 | 35 | 24 | 33 | 4 | 2 | 2 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 26 | 30 | 37 | 6 | 1 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 31 | 30 | 27 | 8 | 3 | 2 |
| 35-44 Jahre | 220 | 27 | 30 | 36 | 4 | 3 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 29 | 22 | 34 | 9 | 2 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 42 | 19 | 28 | 6 | 5 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 48 | 16 | 27 | 3 | 4 | 3 |
| 10. Klasse | 439 | 33 | 25 | 32 | 6 | 3 | 2 |
| Abitur | 111 | 25 | 23 | 41 | 8 | 2 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 20 | 33 | 33 | 10 | 3 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 28 | 26 | 35 | 7 | 2 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 26 | 29 | 42 | 3 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 28 | 27 | 31 | 7 | 3 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 41 | 21 | 28 | 6 | 4 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 33 | 20 | 36 | 9 | 1 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 28 | 28 | 37 | 3 | 4 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 13 | 37 | 34 | 12 | 2 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 33 | 22 | 33 | 7 | 0 | 5 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 32 | 23 | 32 | 8 | 4 | 1 |
| evangelisch | 270 | 33 | 25 | 36 | 3 | 1 | 2 |
| katholisch | 92 | 34 | 34 | 25 | 4 | 1 | 2 |

*Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.*

**Tabelle A11**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern: stimme völlig zu | stimme weit-gehend zu | stimme teilweise zu | lehne weit-gehend ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 8 | 20 | 46 | 13 | 6 | 7 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 10 | 22 | 45 | 10 | 6 | 7 |
| Frauen | 519 | 6 | 18 | 48 | 15 | 6 | 7 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 4 | 28 | 41 | 19 | 5 | 4 |
| 25-34 Jahre | 121 | 9 | 22 | 48 | 10 | 10 | 2 |
| 35-44 Jahre | 220 | 6 | 17 | 51 | 12 | 6 | 7 |
| 45-59 Jahre | 240 | 7 | 21 | 45 | 13 | 7 | 8 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 11 | 18 | 45 | 13 | 4 | 11 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 16 | 12 | 48 | 9 | 4 | 12 |
| 10. Klasse | 439 | 7 | 17 | 50 | 14 | 7 | 6 |
| Abitur | 111 | 6 | 31 | 36 | 18 | 3 | 6 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 3 | 28 | 43 | 13 | 6 | 7 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 7 | 19 | 50 | 12 | 6 | 6 |
| in Ausbildung | 32 | 10 | 26 | 39 | 19 | 7 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 4 | 21 | 40 | 12 | 11 | 11 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 10 | 20 | 44 | 14 | 4 | 9 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 9 | 13 | 56 | 11 | 6 | 5 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 6 | 22 | 47 | 13 | 6 | 6 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 3 | 26 | 52 | 7 | 9 | 4 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 12 | 12 | 40 | 23 | 2 | 11 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 8 | 17 | 47 | 14 | 7 | 6 |
| evangelisch | 270 | 7 | 27 | 43 | 9 | 4 | 10 |
| katholisch | 92 | 10 | 15 | 52 | 13 | 2 | 8 |

*Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.*

**Tabelle A12**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Identifikation: Thüringer | Ost-deutscher | Deutscher | Europäer | nichts davon / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 46 | 15 | 30 | 9 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 41 | 11 | 35 | 11 | 2 |
| Frauen | 519 | 52 | 17 | 25 | 6 | 0 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 40 | 13 | 33 | 14 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 46 | 15 | 22 | 16 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 47 | 16 | 32 | 4 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 41 | 18 | 28 | 11 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 52 | 11 | 31 | 6 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 53 | 10 | 33 | 4 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 51 | 15 | 28 | 7 | 0 |
| Abitur | 111 | 36 | 13 | 31 | 19 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 36 | 18 | 30 | 12 | 4 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 43 | 16 | 31 | 10 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 47 | 6 | 25 | 22 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 44 | 18 | 28 | 7 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 51 | 13 | 30 | 6 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 45 | 13 | 34 | 9 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 43 | 19 | 28 | 9 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 35 | 19 | 32 | 14 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 49 | 7 | 28 | 12 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 48 | 16 | 28 | 8 | 1 |
| evangelisch | 270 | 42 | 14 | 32 | 10 | 1 |
| katholisch | 92 | 48 | 8 | 37 | 8 | 0 |

*Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?*

**Tabelle A13**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Abwanderungspläne: werde sicher bleiben | werde wahrscheinlich bleiben | werde wahrscheinlich fortziehen | werde sicher fortziehen | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 68 | 22 | 6 | 3 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 62 | 28 | 6 | 3 | 1 |
| Frauen | 519 | 74 | 18 | 6 | 2 | 0 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 20 | 32 | 36 | 11 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 43 | 46 | 7 | 5 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 60 | 35 | 4 | 1 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 75 | 19 | 2 | 2 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 95 | 5 | 0 | 1 | 0 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 89 | 8 | 1 | 1 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 67 | 25 | 5 | 3 | 1 |
| Abitur | 111 | 39 | 29 | 22 | 9 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 66 | 28 | 5 | 1 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 63 | 30 | 5 | 1 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 29 | 42 | 13 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 55 | 33 | 4 | 8 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 85 | 8 | 5 | 2 | 0 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 72 | 19 | 5 | 2 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 58 | 35 | 5 | 1 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 56 | 37 | 5 | 1 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 60 | 35 | 5 | 0 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 65 | 25 | 6 | 3 | 1 |
| evangelisch | 270 | 72 | 19 | 6 | 2 | 1 |
| katholisch | 92 | 80 | 13 | 4 | 2 | 0 |

*Einige Leute überlegen sich, ob sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen?*

**Tabelle A14**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Wirtschaftliche Lage in Thüringen: sehr gut | gut | weniger gut | schlecht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 0 | 22 | 57 | 20 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 0 | 24 | 56 | 20 | 1 |
| Frauen | 519 | 0 | 20 | 58 | 20 | 2 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 0 | 28 | 58 | 14 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 0 | 29 | 46 | 25 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 0 | 15 | 64 | 20 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 0 | 17 | 55 | 26 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 0 | 26 | 57 | 16 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 0 | 31 | 48 | 17 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 0 | 17 | 61 | 21 | 1 |
| Abitur | 111 | 0 | 27 | 58 | 15 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 0 | 18 | 58 | 23 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 0 | 20 | 59 | 20 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 28 | 66 | 6 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 0 | 10 | 54 | 35 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 0 | 27 | 54 | 16 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 0 | 17 | 63 | 17 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 0 | 19 | 60 | 20 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 0 | 30 | 51 | 20 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 0 | 16 | 57 | 28 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 0 | 20 | 56 | 24 | 1 |
| evangelisch | 270 | 0 | 27 | 59 | 13 | 1 |
| katholisch | 92 | 0 | 21 | 61 | 13 | 5 |

*Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?*

**Tabelle A15**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Eigene wirtschaftliche Lage: sehr gut | gut | weniger gut | schlecht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 3 | 50 | 35 | 11 | 0 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 3 | 52 | 36 | 9 | 0 |
| Frauen | 519 | 4 | 48 | 35 | 14 | 0 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 7 | 52 | 34 | 7 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 3 | 59 | 23 | 15 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 1 | 45 | 41 | 13 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 4 | 40 | 40 | 16 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 3 | 57 | 32 | 7 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 1 | 49 | 35 | 15 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 2 | 44 | 40 | 14 | 0 |
| Abitur | 111 | 4 | 60 | 32 | 4 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 8 | 57 | 28 | 7 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 4 | 53 | 36 | 7 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 3 | 55 | 26 | 16 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 0 | 19 | 41 | 39 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 3 | 56 | 33 | 8 | 0 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 1 | 39 | 46 | 13 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 3 | 60 | 33 | 5 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 11 | 70 | 17 | 2 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 7 | 49 | 42 | 2 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 3 | 47 | 38 | 12 | 0 |
| evangelisch | 270 | 5 | 57 | 28 | 9 | 0 |
| katholisch | 92 | 1 | 50 | 34 | 15 | 0 |

*Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?*

**Tabelle A16**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vor- oder Nachteile der Einheit: Vorteile überwiegen | weder-noch | Nachteile überwiegen | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 64 | 15 | 19 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 72 | 12 | 15 | 1 |
| Frauen | 519 | 57 | 19 | 23 | 2 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 70 | 12 | 13 | 5 |
| 25-34 Jahre | 121 | 69 | 12 | 17 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 64 | 13 | 24 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 57 | 20 | 22 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 67 | 16 | 17 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 57 | 17 | 24 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 58 | 16 | 25 | 1 |
| Abitur | 111 | 79 | 11 | 6 | 4 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 75 | 13 | 10 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 69 | 15 | 15 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 81 | 6 | 9 | 3 |
| arbeitslos | 116 | 37 | 13 | 47 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 65 | 18 | 17 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 55 | 21 | 23 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 72 | 13 | 14 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 82 | 9 | 7 | 2 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 83 | 12 | 5 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 59 | 17 | 23 | 1 |
| evangelisch | 270 | 73 | 13 | 14 | 0 |
| katholisch | 92 | 75 | 15 | 7 | 3 |

*Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?*

**Tabelle A17**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 23 | 35 | 31 | 11 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 17 | 35 | 36 | 11 | 1 |
| Frauen | 519 | 29 | 34 | 25 | 10 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 17 | 33 | 41 | 9 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 19 | 31 | 37 | 12 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 17 | 34 | 39 | 10 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 18 | 39 | 29 | 12 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 33 | 34 | 21 | 11 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 43 | 33 | 13 | 9 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 22 | 40 | 27 | 11 | 1 |
| Abitur | 111 | 9 | 30 | 50 | 12 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 11 | 30 | 46 | 12 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 14 | 38 | 37 | 11 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 28 | 38 | 19 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 33 | 35 | 21 | 9 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 32 | 31 | 25 | 11 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 22 | 46 | 24 | 8 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 16 | 32 | 42 | 11 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 1 | 42 | 44 | 13 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 5 | 29 | 48 | 14 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 25 | 34 | 31 | 9 | 1 |
| evangelisch | 270 | 20 | 35 | 31 | 13 | 1 |
| katholisch | 92 | 14 | 39 | 27 | 16 | 3 |

*Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.*

**Tabelle A18**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 13 | 44 | 30 | 11 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 12 | 38 | 35 | 14 | 2 |
| Frauen | 519 | 15 | 50 | 25 | 9 | 2 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 7 | 41 | 38 | 15 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 11 | 41 | 28 | 18 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 13 | 42 | 33 | 11 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 14 | 48 | 27 | 10 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 16 | 45 | 29 | 9 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 21 | 44 | 24 | 9 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 15 | 48 | 26 | 10 | 1 |
| Abitur | 111 | 4 | 37 | 46 | 12 | 3 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 6 | 41 | 35 | 15 | 3 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 10 | 41 | 33 | 14 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 50 | 41 | 9 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 22 | 55 | 18 | 3 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 16 | 44 | 29 | 10 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 16 | 46 | 25 | 12 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 7 | 45 | 38 | 8 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 9 | 31 | 31 | 26 | 5 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 5 | 28 | 46 | 21 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 16 | 48 | 26 | 9 | 2 |
| evangelisch | 270 | 9 | 39 | 36 | 14 | 2 |
| katholisch | 92 | 10 | 29 | 40 | 17 | 3 |

*Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.*

**Tabelle A19**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 7 | 16 | 31 | 44 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 6 | 13 | 30 | 50 | 2 |
| Frauen | 519 | 9 | 19 | 32 | 38 | 2 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 4 | 21 | 41 | 35 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 8 | 12 | 37 | 40 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 5 | 15 | 27 | 51 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 7 | 15 | 28 | 48 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 10 | 18 | 29 | 41 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 16 | 23 | 25 | 33 | 3 |
| 10. Klasse | 439 | 6 | 17 | 31 | 44 | 1 |
| Abitur | 111 | 1 | 10 | 46 | 39 | 4 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 5 | 10 | 29 | 55 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 4 | 14 | 30 | 50 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 7 | 3 | 65 | 26 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 19 | 18 | 25 | 34 | 4 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 9 | 19 | 31 | 40 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 6 | 25 | 27 | 41 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 2 | 11 | 35 | 50 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 5 | 7 | 21 | 64 | 4 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 4 | 35 | 60 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 8 | 17 | 31 | 42 | 2 |
| evangelisch | 270 | 7 | 16 | 31 | 45 | 2 |
| katholisch | 92 | 4 | 11 | 34 | 49 | 2 |

*Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.*

**Tabelle A20**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Gerechte Gesellschaft: geht eher gerecht zu | teils teils | geht eher ungerecht zu | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 17 | 6 | 75 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 22 | 6 | 71 | 1 |
| Frauen | 519 | 13 | 5 | 80 | 2 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 30 | 3 | 67 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 22 | 10 | 65 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 16 | 5 | 78 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 16 | 6 | 76 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 13 | 6 | 79 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 12 | 6 | 80 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 13 | 7 | 79 | 1 |
| Abitur | 111 | 23 | 4 | 74 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 28 | 5 | 65 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 19 | 6 | 74 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 23 | 0 | 77 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 11 | 4 | 85 | 0 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 17 | 7 | 74 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 15 | 7 | 78 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 16 | 6 | 77 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 26 | 9 | 61 | 5 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 30 | 2 | 68 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 16 | 6 | 78 | 1 |
| evangelisch | 270 | 20 | 7 | 71 | 2 |
| katholisch | 92 | 17 | 7 | 75 | 1 |

*Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu, oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?*

**Tabelle A21**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Gerechter Anteil: sehr viel weniger | etwas weniger | gerechten Anteil | mehr als gerechten Anteil | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 15 | 44 | 36 | 2 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 12 | 48 | 36 | 2 | 3 |
| Frauen | 519 | 18 | 41 | 36 | 2 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 16 | 32 | 50 | 2 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 16 | 43 | 33 | 2 | 7 |
| 35-44 Jahre | 220 | 14 | 53 | 29 | 2 | 3 |
| 45-59 Jahre | 240 | 18 | 48 | 32 | 1 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 13 | 40 | 41 | 3 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 16 | 44 | 34 | 2 | 3 |
| 10. Klasse | 439 | 18 | 48 | 29 | 1 | 3 |
| Abitur | 111 | 5 | 46 | 44 | 4 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 11 | 38 | 47 | 2 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 12 | 50 | 35 | 2 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 19 | 28 | 47 | 6 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 29 | 45 | 19 | 0 | 7 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 14 | 39 | 42 | 2 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 16 | 65 | 17 | 1 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 12 | 41 | 42 | 3 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 10 | 41 | 48 | 1 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 7 | 43 | 45 | 2 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 17 | 47 | 32 | 2 | 3 |
| evangelisch | 270 | 12 | 39 | 44 | 3 | 3 |
| katholisch | 92 | 9 | 46 | 42 | 0 | 3 |

*Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?*

**Tabelle A22**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Politisches Interesse: sehr stark | stark | mittel | wenig | überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 13 | 20 | 46 | 17 | 5 | 0 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 18 | 25 | 40 | 13 | 4 | 0 |
| Frauen | 519 | 7 | 16 | 51 | 20 | 6 | 0 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 9 | 11 | 42 | 35 | 3 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 7 | 17 | 54 | 18 | 4 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 8 | 19 | 51 | 15 | 7 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 18 | 25 | 38 | 15 | 4 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 15 | 21 | 47 | 13 | 5 | 0 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 8 | 14 | 52 | 20 | 7 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 9 | 19 | 48 | 19 | 6 | 0 |
| Abitur | 111 | 18 | 27 | 35 | 20 | 0 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 21 | 27 | 40 | 8 | 4 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 11 | 23 | 46 | 16 | 4 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 9 | 13 | 59 | 13 | 6 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 18 | 15 | 40 | 21 | 7 | 0 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 13 | 19 | 46 | 17 | 6 | 0 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 4 | 19 | 49 | 23 | 5 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 11 | 27 | 46 | 14 | 2 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 18 | 27 | 39 | 9 | 7 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 25 | 16 | 51 | 5 | 4 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 12 | 20 | 45 | 17 | 5 | 0 |
| evangelisch | 270 | 13 | 19 | 46 | 16 | 5 | 0 |
| katholisch | 92 | 11 | 23 | 48 | 15 | 3 | 0 |

*Wie stark interessieren Sie sich für Politik?*

**Tabelle A23**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Landespolitisches Wissen: Antwort richtig | Antwort falsch | keine Antwort |
|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 41 | 42 | 17 |
| **Geschlecht** | | | | |
| Männer | 481 | 51 | 40 | 10 |
| Frauen | 519 | 32 | 45 | 23 |
| **Alter** | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 31 | 42 | 27 |
| 25-34 Jahre | 121 | 46 | 38 | 17 |
| 35-44 Jahre | 220 | 40 | 41 | 19 |
| 45-59 Jahre | 240 | 43 | 47 | 10 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 42 | 41 | 17 |
| **Schulabschluss** | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 27 | 45 | 28 |
| 10. Klasse | 439 | 35 | 49 | 16 |
| Abitur | 111 | 44 | 45 | 11 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 64 | 27 | 9 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 43 | 43 | 13 |
| in Ausbildung | 32 | 32 | 52 | 16 |
| arbeitslos | 116 | 35 | 43 | 23 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 40 | 40 | 19 |
| **Berufsgruppe** | | | | |
| Arbeiter | 173 | 33 | 47 | 20 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 45 | 44 | 11 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 63 | 24 | 12 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 37 | 58 | 5 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | |
| keine/andere | 637 | 42 | 40 | 19 |
| evangelisch | 270 | 39 | 47 | 14 |
| katholisch | 92 | 39 | 48 | 13 |

*Wissen Sie zufällig, welche Parteien im Moment im Thüringer Landtag vertreten sind?*

**Tabelle A24**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Politische Eigenkompetenz: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 23 | 56 | 17 | 3 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 32 | 54 | 10 | 3 | 1 |
| Frauen | 519 | 14 | 58 | 23 | 3 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 11 | 62 | 25 | 2 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 17 | 60 | 18 | 4 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 13 | 65 | 20 | 2 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 30 | 53 | 12 | 3 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 30 | 50 | 15 | 4 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 21 | 49 | 20 | 8 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 17 | 59 | 20 | 2 | 2 |
| Abitur | 111 | 25 | 59 | 13 | 2 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 36 | 56 | 8 | 0 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 23 | 59 | 16 | 1 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 13 | 55 | 26 | 7 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 23 | 52 | 17 | 4 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 24 | 53 | 16 | 5 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 18 | 58 | 20 | 3 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 23 | 58 | 19 | 1 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 26 | 63 | 10 | 0 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 33 | 58 | 7 | 2 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 23 | 59 | 15 | 3 | 1 |
| evangelisch | 270 | 26 | 48 | 19 | 5 | 2 |
| katholisch | 92 | 17 | 60 | 20 | 1 | 2 |

*Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.*

**Tabelle A25**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Informationsquelle: Mediennutzung (Mehrfachnennungen) TV | Radio | regionale Tages-zeitung | überregi-onale Ta-geszeitung | Internet |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 49 | 40 | 55 | 9 | 8 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 55 | 41 | 54 | 13 | 12 |
| Frauen | 519 | 44 | 40 | 56 | 6 | 4 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 34 | 30 | 36 | 12 | 15 |
| 25-34 Jahre | 121 | 32 | 45 | 43 | 16 | 11 |
| 35-44 Jahre | 220 | 41 | 46 | 47 | 4 | 10 |
| 45-59 Jahre | 240 | 55 | 42 | 60 | 7 | 10 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 62 | 37 | 67 | 12 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 48 | 30 | 53 | 6 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 43 | 41 | 53 | 7 | 6 |
| Abitur | 111 | 48 | 45 | 57 | 16 | 18 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 64 | 47 | 60 | 14 | 13 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 46 | 44 | 50 | 8 | 11 |
| in Ausbildung | 32 | 29 | 45 | 55 | 13 | 19 |
| arbeitslos | 116 | 48 | 38 | 50 | 3 | 9 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 56 | 36 | 60 | 13 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 39 | 35 | 44 | 8 | 9 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 43 | 46 | 56 | 6 | 9 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 53 | 51 | 49 | 13 | 18 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 63 | 51 | 53 | 5 | 12 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 49 | 41 | 53 | 9 | 8 |
| evangelisch | 270 | 48 | 39 | 59 | 12 | 7 |
| katholisch | 92 | 52 | 40 | 58 | 5 | 5 |

*Informationen über Politik kann man ja aus verschiedenen Quellen beziehen. Haben Sie sich gestern im Fernsehen über Politik informiert? Wenn ja, welchen Sender haben Sie gesehen? Und wie ist das mit Radio, Tageszeitung, Internet?*

**Tabelle A26**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | In der Politik geht es nur um Macht: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 45 | 36 | 13 | 6 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 44 | 37 | 12 | 6 | 1 |
| Frauen | 519 | 45 | 35 | 14 | 6 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 13 | 47 | 28 | 12 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 36 | 41 | 16 | 6 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 42 | 39 | 11 | 6 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 52 | 31 | 10 | 6 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 53 | 32 | 10 | 5 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 53 | 29 | 10 | 6 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 47 | 34 | 11 | 8 | 1 |
| Abitur | 111 | 29 | 50 | 19 | 3 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 40 | 39 | 17 | 5 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 42 | 38 | 14 | 6 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 26 | 55 | 19 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 50 | 33 | 7 | 9 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 48 | 32 | 13 | 6 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 45 | 34 | 13 | 7 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 40 | 39 | 12 | 6 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 33 | 41 | 24 | 3 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 45 | 45 | 5 | 5 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 49 | 33 | 10 | 7 | 1 |
| evangelisch | 270 | 37 | 40 | 17 | 5 | 2 |
| katholisch | 92 | 36 | 39 | 20 | 4 | 1 |

*In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.*

**Tabelle A27**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | In der Politik wird zuviel geredet: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 58 | 32 | 8 | 2 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 57 | 33 | 9 | 1 | 0 |
| Frauen | 519 | 59 | 32 | 7 | 2 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 42 | 51 | 8 | 0 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 58 | 36 | 5 | 2 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 60 | 30 | 8 | 1 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 60 | 30 | 8 | 2 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 61 | 29 | 9 | 2 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 65 | 25 | 6 | 3 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 61 | 32 | 5 | 1 | 1 |
| Abitur | 111 | 46 | 40 | 13 | 0 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 51 | 35 | 13 | 2 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 56 | 36 | 7 | 1 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 50 | 44 | 6 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 66 | 24 | 7 | 2 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 59 | 29 | 9 | 2 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 60 | 34 | 5 | 1 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 55 | 37 | 7 | 1 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 46 | 40 | 11 | 2 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 63 | 30 | 7 | 0 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 62 | 30 | 7 | 1 | 1 |
| evangelisch | 270 | 52 | 38 | 8 | 2 | 0 |
| katholisch | 92 | 53 | 30 | 13 | 3 | 0 |

*In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.*

**Tabelle A28**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Fehlender Einfluss auf Regierung: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 46 | 27 | 21 | 6 | 0 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 42 | 27 | 24 | 7 | 0 |
| Frauen | 519 | 49 | 27 | 18 | 6 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 18 | 33 | 38 | 12 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 39 | 30 | 25 | 7 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 41 | 27 | 26 | 6 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 48 | 27 | 19 | 6 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 59 | 24 | 12 | 5 | 0 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 60 | 23 | 12 | 5 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 52 | 26 | 18 | 4 | 0 |
| Abitur | 111 | 29 | 23 | 36 | 13 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 27 | 35 | 29 | 9 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 40 | 29 | 24 | 7 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 23 | 45 | 16 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 53 | 29 | 15 | 2 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 55 | 24 | 16 | 6 | 0 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 52 | 29 | 14 | 6 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 39 | 28 | 24 | 9 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 22 | 35 | 36 | 7 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 30 | 23 | 42 | 5 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 47 | 26 | 21 | 6 | 1 |
| evangelisch | 270 | 45 | 26 | 22 | 7 | 0 |
| katholisch | 92 | 40 | 33 | 19 | 9 | 0 |

*Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.*

**Tabelle A29**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Politiker verdienen mehr Respekt: lehne völlig ab | lehne eher ab | stimme über-wiegend zu | stimme voll und ganz zu | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 21 | 38 | 30 | 8 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 23 | 38 | 29 | 9 | 2 |
| Frauen | 519 | 20 | 37 | 32 | 8 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 17 | 43 | 35 | 5 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 28 | 49 | 20 | 3 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 23 | 41 | 28 | 5 | 3 |
| 45-59 Jahre | 240 | 25 | 36 | 27 | 10 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 17 | 29 | 38 | 13 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 18 | 30 | 36 | 12 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 29 | 34 | 26 | 8 | 3 |
| Abitur | 111 | 11 | 46 | 39 | 3 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 15 | 48 | 29 | 8 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 24 | 39 | 29 | 6 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 22 | 59 | 19 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 28 | 40 | 20 | 10 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 16 | 32 | 37 | 12 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 30 | 38 | 25 | 5 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 20 | 41 | 28 | 7 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 17 | 40 | 40 | 2 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 28 | 39 | 26 | 7 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 24 | 40 | 27 | 8 | 2 |
| evangelisch | 270 | 18 | 32 | 39 | 9 | 3 |
| katholisch | 92 | 15 | 41 | 30 | 10 | 4 |

*Die Politiker verdienen mehr Respekt.*

**Tabelle A30**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Parteien wollen nur Stimmen der Wähler: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 39 | 38 | 18 | 5 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 39 | 38 | 18 | 5 | 1 |
| Frauen | 519 | 38 | 37 | 18 | 5 | 2 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 25 | 37 | 31 | 7 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 30 | 50 | 17 | 3 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 35 | 40 | 21 | 3 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 43 | 35 | 16 | 5 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 45 | 34 | 12 | 7 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 47 | 32 | 10 | 8 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 42 | 39 | 13 | 4 | 2 |
| Abitur | 111 | 28 | 34 | 32 | 6 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 30 | 41 | 25 | 3 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 35 | 41 | 20 | 4 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 31 | 31 | 34 | 3 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 44 | 38 | 9 | 8 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 42 | 34 | 16 | 6 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 40 | 43 | 13 | 4 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 33 | 38 | 24 | 4 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 29 | 39 | 24 | 6 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 35 | 44 | 21 | 0 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 42 | 37 | 15 | 5 | 1 |
| evangelisch | 270 | 30 | 41 | 22 | 6 | 2 |
| katholisch | 92 | 41 | 33 | 22 | 2 | 2 |

*Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.*

**Tabelle A31**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zur Bundesregierung: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 1 | 15 | 48 | 19 | 16 | 0 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 1 | 16 | 46 | 19 | 18 | 0 |
| Frauen | 519 | 2 | 15 | 50 | 19 | 14 | 1 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 0 | 18 | 63 | 12 | 8 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 0 | 8 | 46 | 25 | 24 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 1 | 15 | 45 | 24 | 16 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 1 | 10 | 46 | 21 | 22 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 3 | 22 | 48 | 14 | 12 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 4 | 15 | 51 | 10 | 20 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 1 | 13 | 44 | 23 | 18 | 1 |
| Abitur | 111 | 0 | 17 | 60 | 17 | 6 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 1 | 19 | 47 | 20 | 13 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 0 | 14 | 47 | 22 | 17 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 19 | 63 | 13 | 6 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 1 | 12 | 38 | 25 | 23 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 3 | 19 | 52 | 13 | 13 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 0 | 12 | 48 | 17 | 22 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 1 | 16 | 44 | 25 | 14 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 0 | 17 | 52 | 24 | 6 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 0 | 7 | 42 | 21 | 30 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 1 | 14 | 47 | 19 | 17 | 1 |
| evangelisch | 270 | 1 | 22 | 47 | 17 | 13 | 0 |
| katholisch | 92 | 2 | 8 | 55 | 20 | 15 | 0 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit der Bundesregierung?*

**Tabelle A32**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zum Bundestag: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 3 | 18 | 48 | 19 | 11 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 2 | 18 | 47 | 19 | 14 | 1 |
| Frauen | 519 | 3 | 17 | 50 | 19 | 9 | 2 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 1 | 28 | 54 | 11 | 6 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 1 | 18 | 46 | 24 | 12 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 1 | 17 | 45 | 25 | 12 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 2 | 16 | 43 | 22 | 17 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 5 | 16 | 54 | 14 | 8 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 5 | 17 | 51 | 10 | 14 | 3 |
| 10. Klasse | 439 | 2 | 16 | 48 | 21 | 13 | 1 |
| Abitur | 111 | 1 | 23 | 47 | 21 | 7 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 3 | 18 | 48 | 24 | 7 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 1 | 18 | 46 | 23 | 12 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 19 | 71 | 3 | 7 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 3 | 18 | 39 | 23 | 16 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 4 | 16 | 53 | 14 | 10 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 0 | 18 | 43 | 20 | 19 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 2 | 19 | 46 | 27 | 6 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 2 | 20 | 44 | 24 | 9 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 0 | 14 | 55 | 17 | 14 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 2 | 14 | 48 | 21 | 14 | 1 |
| evangelisch | 270 | 3 | 26 | 46 | 16 | 8 | 2 |
| katholisch | 92 | 4 | 16 | 55 | 18 | 5 | 1 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit dem Bundestag?*

**Tabelle A33**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zur Landesregierung: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 5 | 25 | 52 | 10 | 7 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 5 | 22 | 50 | 13 | 10 | 0 |
| Frauen | 519 | 5 | 28 | 54 | 7 | 4 | 1 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 2 | 29 | 55 | 7 | 7 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 1 | 23 | 54 | 15 | 7 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 1 | 27 | 56 | 9 | 6 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 4 | 22 | 49 | 17 | 8 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 11 | 26 | 50 | 5 | 7 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 14 | 28 | 47 | 4 | 6 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 3 | 25 | 56 | 9 | 7 | 1 |
| Abitur | 111 | 2 | 22 | 58 | 10 | 9 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 3 | 24 | 49 | 18 | 6 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 3 | 24 | 54 | 12 | 7 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 10 | 77 | 7 | 7 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 2 | 30 | 47 | 12 | 8 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 9 | 27 | 49 | 6 | 7 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 2 | 21 | 57 | 11 | 10 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 3 | 26 | 54 | 12 | 4 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 2 | 28 | 49 | 15 | 6 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 7 | 18 | 54 | 16 | 5 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 4 | 23 | 53 | 11 | 9 | 1 |
| evangelisch | 270 | 5 | 28 | 56 | 7 | 4 | 0 |
| katholisch | 92 | 15 | 31 | 39 | 12 | 3 | 0 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit der Landesregierung?*

**Tabelle A34**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zum Landtag: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 3 | 24 | 51 | 13 | 6 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 2 | 25 | 45 | 17 | 8 | 2 |
| Frauen | 519 | 3 | 24 | 56 | 10 | 4 | 4 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 1 | 42 | 45 | 9 | 3 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 1 | 18 | 57 | 18 | 5 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 1 | 27 | 54 | 11 | 6 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 2 | 18 | 50 | 18 | 9 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 6 | 24 | 50 | 10 | 5 | 6 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 7 | 25 | 50 | 4 | 7 | 7 |
| 10. Klasse | 439 | 2 | 22 | 51 | 15 | 8 | 3 |
| Abitur | 111 | 0 | 32 | 54 | 9 | 4 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 1 | 23 | 50 | 21 | 4 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 1 | 24 | 53 | 15 | 6 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 31 | 50 | 13 | 6 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 2 | 21 | 48 | 17 | 8 | 4 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 5 | 26 | 50 | 9 | 6 | 5 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 0 | 26 | 48 | 16 | 8 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 2 | 20 | 59 | 15 | 3 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 0 | 27 | 51 | 15 | 4 | 4 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 4 | 23 | 50 | 11 | 13 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 2 | 21 | 52 | 15 | 7 | 3 |
| evangelisch | 270 | 2 | 28 | 55 | 8 | 4 | 3 |
| katholisch | 92 | 4 | 36 | 37 | 16 | 4 | 3 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit dem Landtag?*

**Tabelle A35**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zu Parteien: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 1 | 8 | 46 | 25 | 19 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 0 | 8 | 43 | 27 | 21 | 0 |
| Frauen | 519 | 1 | 9 | 49 | 23 | 18 | 1 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 2 | 11 | 49 | 29 | 10 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 0 | 3 | 44 | 31 | 22 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 0 | 4 | 47 | 30 | 19 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 0 | 6 | 44 | 26 | 23 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 1 | 13 | 47 | 18 | 19 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 2 | 16 | 49 | 11 | 20 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 0 | 6 | 43 | 29 | 21 | 1 |
| Abitur | 111 | 0 | 6 | 47 | 32 | 16 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 0 | 5 | 48 | 30 | 17 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 1 | 7 | 47 | 27 | 19 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 3 | 52 | 36 | 10 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 0 | 4 | 39 | 30 | 26 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 1 | 11 | 47 | 20 | 19 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 1 | 9 | 43 | 27 | 20 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 1 | 5 | 53 | 26 | 15 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 0 | 7 | 44 | 33 | 15 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 0 | 5 | 42 | 19 | 33 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 1 | 5 | 41 | 28 | 24 | 1 |
| evangelisch | 270 | 0 | 11 | 57 | 20 | 12 | 1 |
| katholisch | 92 | 0 | 21 | 49 | 19 | 12 | 0 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit den Parteien?*

**Tabelle A36**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zu den Gerichten: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 11 | 37 | 31 | 9 | 7 | 5 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 11 | 41 | 28 | 9 | 9 | 3 |
| Frauen | 519 | 10 | 34 | 34 | 9 | 5 | 8 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 21 | 52 | 14 | 6 | 5 | 3 |
| 25-34 Jahre | 121 | 7 | 51 | 32 | 5 | 3 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 8 | 45 | 31 | 7 | 7 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 10 | 34 | 35 | 10 | 4 | 5 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 11 | 24 | 33 | 12 | 9 | 11 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 12 | 28 | 33 | 6 | 8 | 12 |
| 10. Klasse | 439 | 11 | 37 | 32 | 8 | 8 | 4 |
| Abitur | 111 | 11 | 47 | 31 | 5 | 3 | 4 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 10 | 42 | 27 | 14 | 5 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 10 | 42 | 32 | 8 | 6 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 18 | 49 | 18 | 3 | 12 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 9 | 40 | 24 | 13 | 9 | 6 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 11 | 29 | 33 | 9 | 7 | 10 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 9 | 38 | 31 | 9 | 9 | 4 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 11 | 41 | 38 | 8 | 2 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 15 | 51 | 27 | 4 | 4 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 5 | 40 | 29 | 12 | 12 | 2 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 11 | 36 | 32 | 10 | 7 | 5 |
| evangelisch | 270 | 10 | 40 | 32 | 5 | 6 | 7 |
| katholisch | 92 | 14 | 37 | 23 | 10 | 10 | 7 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit den Gerichten?*

**Tabelle A37**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zur Polizei: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 16 | 47 | 30 | 3 | 3 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 14 | 47 | 29 | 4 | 5 | 1 |
| Frauen | 519 | 19 | 46 | 30 | 3 | 1 | 1 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 7 | 64 | 23 | 3 | 3 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 13 | 39 | 35 | 3 | 9 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 13 | 53 | 26 | 6 | 1 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 13 | 50 | 28 | 4 | 4 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 24 | 36 | 34 | 1 | 2 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 25 | 36 | 33 | 2 | 1 | 3 |
| 10. Klasse | 439 | 14 | 46 | 31 | 4 | 5 | 1 |
| Abitur | 111 | 16 | 65 | 14 | 4 | 1 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 12 | 49 | 32 | 4 | 3 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 11 | 49 | 31 | 4 | 4 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 3 | 81 | 16 | 0 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 15 | 40 | 31 | 5 | 7 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 25 | 42 | 28 | 2 | 1 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 9 | 47 | 34 | 6 | 5 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 11 | 53 | 31 | 4 | 2 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 16 | 54 | 20 | 4 | 7 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 14 | 37 | 44 | 0 | 5 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 15 | 47 | 30 | 4 | 3 | 1 |
| evangelisch | 270 | 20 | 43 | 31 | 3 | 3 | 0 |
| katholisch | 92 | 18 | 53 | 22 | 1 | 2 | 4 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit der Polizei?*

**Tabelle A38**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zur Bundeswehr: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 18 | 31 | 32 | 7 | 5 | 7 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 18 | 32 | 31 | 9 | 7 | 3 |
| Frauen | 519 | 18 | 30 | 34 | 6 | 3 | 10 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 25 | 21 | 44 | 7 | 3 | 1 |
| 25-34 Jahre | 121 | 8 | 34 | 37 | 7 | 10 | 5 |
| 35-44 Jahre | 220 | 13 | 46 | 31 | 4 | 2 | 5 |
| 45-59 Jahre | 240 | 14 | 29 | 30 | 10 | 8 | 8 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 26 | 24 | 30 | 8 | 2 | 10 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 30 | 20 | 32 | 6 | 1 | 10 |
| 10. Klasse | 439 | 17 | 35 | 31 | 6 | 5 | 8 |
| Abitur | 111 | 12 | 31 | 40 | 11 | 5 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 10 | 34 | 32 | 11 | 9 | 5 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 14 | 36 | 33 | 8 | 5 | 5 |
| in Ausbildung | 32 | 19 | 23 | 48 | 7 | 3 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 10 | 33 | 31 | 5 | 9 | 11 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 25 | 24 | 31 | 8 | 3 | 9 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 13 | 38 | 36 | 6 | 2 | 5 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 17 | 34 | 31 | 9 | 4 | 4 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 5 | 40 | 40 | 6 | 7 | 3 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 21 | 36 | 20 | 9 | 9 | 5 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 17 | 30 | 34 | 8 | 5 | 7 |
| evangelisch | 270 | 19 | 34 | 31 | 7 | 4 | 6 |
| katholisch | 92 | 23 | 33 | 28 | 3 | 7 | 7 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit der Bundeswehr?*

**Tabelle A39**

**Vertrauen zu öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 16 | 50 | 30 | 2 | 2 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 14 | 55 | 25 | 2 | 3 | 1 |
| Frauen | 519 | 18 | 44 | 34 | 2 | 0 | 2 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 18 | 51 | 28 | 2 | 1 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 13 | 50 | 30 | 3 | 5 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 8 | 57 | 30 | 2 | 2 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 18 | 51 | 27 | 2 | 1 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 21 | 43 | 32 | 2 | 1 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 24 | 35 | 36 | 0 | 3 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 14 | 51 | 30 | 2 | 2 | 1 |
| Abitur | 111 | 13 | 60 | 25 | 2 | 0 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 12 | 58 | 25 | 4 | 1 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 11 | 55 | 29 | 2 | 2 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 19 | 52 | 26 | 3 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 20 | 40 | 32 | 3 | 3 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 20 | 45 | 31 | 1 | 1 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 11 | 55 | 27 | 2 | 3 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 13 | 51 | 31 | 3 | 2 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 7 | 65 | 27 | 0 | 0 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 11 | 54 | 30 | 4 | 2 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 14 | 50 | 31 | 2 | 2 | 1 |
| evangelisch | 270 | 18 | 50 | 27 | 2 | 1 | 1 |
| katholisch | 92 | 18 | 45 | 29 | 4 | 2 | 1 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern (ARD, ZDF, MDR)?*

**Tabelle A40**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zu privaten Fernsehsendern: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 4 | 18 | 44 | 20 | 8 | 6 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 4 | 15 | 48 | 21 | 9 | 4 |
| Frauen | 519 | 5 | 20 | 41 | 20 | 7 | 7 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 7 | 22 | 49 | 14 | 9 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 1 | 18 | 45 | 23 | 10 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 4 | 25 | 44 | 19 | 7 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 5 | 14 | 43 | 24 | 9 | 6 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 4 | 15 | 44 | 20 | 7 | 11 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 8 | 20 | 48 | 13 | 3 | 8 |
| 10. Klasse | 439 | 4 | 20 | 45 | 21 | 8 | 3 |
| Abitur | 111 | 3 | 15 | 40 | 21 | 14 | 7 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 1 | 13 | 43 | 27 | 9 | 7 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 2 | 17 | 47 | 24 | 8 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 25 | 41 | 25 | 9 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 10 | 24 | 40 | 10 | 10 | 6 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 4 | 16 | 43 | 19 | 8 | 10 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 4 | 24 | 48 | 20 | 4 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 2 | 16 | 48 | 23 | 8 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 3 | 7 | 43 | 33 | 10 | 4 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 3 | 16 | 43 | 21 | 16 | 2 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 4 | 19 | 44 | 20 | 8 | 4 |
| evangelisch | 270 | 4 | 15 | 48 | 16 | 9 | 9 |
| katholisch | 92 | 4 | 14 | 37 | 31 | 4 | 10 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit privaten Fernsehsendern (RTL, SAT1 usw.)?*

**Tabelle A41**

## Vertrauen zu Behörden in Thüringen

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 4 | 27 | 51 | 13 | 5 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 3 | 27 | 49 | 14 | 7 | 0 |
| Frauen | 519 | 4 | 27 | 52 | 12 | 4 | 1 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 2 | 33 | 56 | 7 | 2 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 3 | 18 | 40 | 28 | 12 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 2 | 31 | 49 | 13 | 6 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 3 | 25 | 54 | 10 | 8 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 7 | 27 | 51 | 10 | 2 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 7 | 27 | 52 | 8 | 4 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 2 | 27 | 49 | 14 | 8 | 0 |
| Abitur | 111 | 7 | 24 | 45 | 17 | 5 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 4 | 28 | 55 | 11 | 2 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 2 | 24 | 54 | 13 | 7 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 3 | 28 | 56 | 6 | 6 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 3 | 26 | 49 | 19 | 4 | 0 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 7 | 31 | 47 | 11 | 4 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 2 | 19 | 58 | 13 | 8 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 4 | 24 | 55 | 11 | 5 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 1 | 41 | 39 | 13 | 6 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 16 | 57 | 16 | 9 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 3 | 25 | 51 | 13 | 7 | 1 |
| evangelisch | 270 | 5 | 29 | 52 | 12 | 3 | 1 |
| katholisch | 92 | 5 | 34 | 43 | 11 | 5 | 1 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit den Behörden in Thüringen?*

**Tabelle A42**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Vertrauen zu Schulen in Thüringen: vertraue voll und ganz | vertraue weit-gehend | vertraue teilweise | vertraue eher nicht | vertraue überhaupt nicht | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 10 | 36 | 33 | 9 | 3 | 8 |
| **Geschlecht** | | | | | | | |
| Männer | 481 | 8 | 39 | 31 | 11 | 3 | 8 |
| Frauen | 519 | 13 | 33 | 35 | 7 | 3 | 9 |
| **Alter** | | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 13 | 61 | 17 | 5 | 4 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 7 | 42 | 38 | 4 | 6 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 6 | 42 | 35 | 11 | 1 | 5 |
| 45-59 Jahre | 240 | 12 | 32 | 31 | 11 | 3 | 12 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 12 | 24 | 37 | 10 | 3 | 14 |
| **Schulabschluss** | | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 18 | 23 | 38 | 5 | 2 | 15 |
| 10. Klasse | 439 | 10 | 37 | 33 | 9 | 4 | 7 |
| Abitur | 111 | 8 | 55 | 23 | 10 | 1 | 4 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 5 | 39 | 32 | 13 | 4 | 8 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 9 | 40 | 33 | 10 | 3 | 5 |
| in Ausbildung | 32 | 3 | 78 | 13 | 3 | 3 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 13 | 30 | 38 | 3 | 5 | 11 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 11 | 29 | 34 | 10 | 3 | 13 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 12 | 35 | 32 | 9 | 4 | 9 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 9 | 39 | 36 | 10 | 2 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 7 | 48 | 23 | 13 | 5 | 4 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 5 | 43 | 39 | 11 | 0 | 2 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 9 | 35 | 35 | 9 | 4 | 8 |
| evangelisch | 270 | 13 | 38 | 29 | 10 | 2 | 9 |
| katholisch | 92 | 9 | 36 | 35 | 9 | 0 | 11 |

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?*
*Wie ist das mit den Schulen in Thüringen?*

**Tabelle A43**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Zufriedenheit mit der Demokratie: sehr zufrieden | ziemlich zufrieden | ziemlich unzufrieden | sehr unzufrieden | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 2 | 36 | 47 | 16 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 1 | 38 | 45 | 15 | 0 |
| Frauen | 519 | 2 | 33 | 48 | 16 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 0 | 44 | 47 | 9 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 1 | 33 | 41 | 25 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 1 | 29 | 51 | 19 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 1 | 30 | 53 | 16 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 3 | 43 | 41 | 13 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 3 | 36 | 46 | 15 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 1 | 30 | 51 | 17 | 1 |
| Abitur | 111 | 0 | 43 | 44 | 13 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 3 | 41 | 41 | 15 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 1 | 33 | 51 | 15 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 45 | 42 | 13 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 0 | 27 | 46 | 25 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 3 | 41 | 41 | 14 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 1 | 31 | 55 | 14 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 1 | 31 | 54 | 14 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 2 | 43 | 39 | 16 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 0 | 30 | 50 | 20 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 1 | 32 | 50 | 17 | 1 |
| evangelisch | 270 | 3 | 44 | 41 | 12 | 0 |
| katholisch | 92 | 3 | 36 | 44 | 15 | 2 |

*Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?*

**Tabelle A44**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Demokratie besser als andere Staatsideen: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne über-wiegend ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 19 | 58 | 16 | 5 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 26 | 57 | 12 | 5 | 1 |
| Frauen | 519 | 14 | 59 | 19 | 4 | 4 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 32 | 57 | 10 | 1 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 11 | 67 | 12 | 9 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 16 | 64 | 15 | 5 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 23 | 54 | 17 | 4 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 19 | 54 | 18 | 5 | 4 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 14 | 49 | 21 | 9 | 7 |
| 10. Klasse | 439 | 16 | 59 | 19 | 4 | 2 |
| Abitur | 111 | 25 | 67 | 8 | 0 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 28 | 62 | 8 | 3 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 20 | 60 | 15 | 4 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 38 | 56 | 6 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 18 | 48 | 23 | 9 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 18 | 58 | 15 | 5 | 4 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 18 | 54 | 19 | 9 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 18 | 65 | 14 | 2 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 26 | 64 | 7 | 0 | 3 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 23 | 61 | 16 | 0 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 19 | 57 | 17 | 5 | 2 |
| evangelisch | 270 | 20 | 58 | 15 | 4 | 3 |
| katholisch | 92 | 20 | 63 | 10 | 4 | 3 |

*Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen Sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?*

**Tabelle A45**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen schaden Allgemeinwohl: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 31 | 32 | 25 | 10 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 33 | 27 | 28 | 10 | 2 |
| Frauen | 519 | 29 | 37 | 23 | 9 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 21 | 34 | 39 | 5 | 1 |
| 25-34 Jahre | 121 | 31 | 31 | 25 | 12 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 26 | 35 | 30 | 9 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 30 | 30 | 27 | 11 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 39 | 32 | 16 | 9 | 4 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 39 | 27 | 20 | 11 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 34 | 36 | 20 | 8 | 2 |
| Abitur | 111 | 14 | 32 | 39 | 12 | 3 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 24 | 30 | 33 | 12 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 28 | 32 | 30 | 10 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 52 | 32 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 24 | 33 | 26 | 13 | 4 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 38 | 31 | 19 | 9 | 4 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 31 | 34 | 27 | 7 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 26 | 31 | 32 | 11 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 26 | 22 | 34 | 17 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 28 | 40 | 23 | 9 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 31 | 32 | 24 | 11 | 2 |
| evangelisch | 270 | 30 | 32 | 27 | 7 | 4 |
| katholisch | 92 | 30 | 36 | 25 | 7 | 2 |

*Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.*

**Tabelle A46**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Demokratie und Mehrheitsentscheidung: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 44 | 40 | 9 | 4 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 49 | 42 | 5 | 3 | 1 |
| Frauen | 519 | 40 | 39 | 13 | 5 | 4 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 40 | 42 | 13 | 4 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 32 | 57 | 9 | 2 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 42 | 41 | 11 | 4 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 47 | 35 | 10 | 6 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 50 | 36 | 7 | 4 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 43 | 34 | 12 | 7 | 5 |
| 10. Klasse | 439 | 39 | 44 | 11 | 4 | 2 |
| Abitur | 111 | 41 | 50 | 8 | 1 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 58 | 33 | 6 | 3 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 44 | 42 | 9 | 3 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 53 | 34 | 9 | 3 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 39 | 41 | 11 | 7 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 45 | 38 | 10 | 5 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 35 | 47 | 10 | 5 | 3 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 44 | 41 | 11 | 3 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 56 | 37 | 5 | 1 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 58 | 39 | 4 | 0 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 46 | 38 | 9 | 5 | 2 |
| evangelisch | 270 | 41 | 44 | 11 | 3 | 2 |
| katholisch | 92 | 42 | 44 | 8 | 4 | 2 |

*In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind.*

**Tabelle A47**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Demokratie und politische Beteiligung: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 28 | 36 | 24 | 9 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 26 | 34 | 26 | 11 | 2 |
| Frauen | 519 | 30 | 37 | 21 | 8 | 4 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 12 | 36 | 39 | 14 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 23 | 33 | 31 | 11 | 2 |
| 35-44 Jahre | 220 | 22 | 37 | 29 | 11 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 32 | 39 | 17 | 8 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 38 | 33 | 18 | 7 | 5 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 38 | 35 | 14 | 8 | 5 |
| 10. Klasse | 439 | 28 | 37 | 23 | 9 | 2 |
| Abitur | 111 | 17 | 27 | 47 | 7 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 24 | 40 | 22 | 11 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 24 | 37 | 27 | 9 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 28 | 44 | 13 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 30 | 39 | 17 | 10 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 34 | 34 | 19 | 9 | 4 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 28 | 38 | 21 | 12 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 22 | 41 | 27 | 8 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 25 | 31 | 37 | 5 | 3 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 22 | 35 | 33 | 10 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 28 | 37 | 24 | 9 | 2 |
| evangelisch | 270 | 26 | 36 | 25 | 9 | 3 |
| katholisch | 92 | 36 | 27 | 21 | 11 | 5 |

*In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder politisch beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt.*

**Tabelle A48**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Aufgabe der politischen Opposition: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 37 | 40 | 16 | 6 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 35 | 36 | 21 | 6 | 1 |
| Frauen | 519 | 38 | 43 | 11 | 5 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 28 | 47 | 20 | 4 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 29 | 48 | 16 | 7 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 34 | 39 | 19 | 6 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 37 | 36 | 16 | 7 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 44 | 37 | 12 | 5 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 38 | 42 | 10 | 6 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 36 | 42 | 14 | 5 | 3 |
| Abitur | 111 | 34 | 36 | 26 | 4 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 37 | 34 | 20 | 9 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 32 | 42 | 19 | 6 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 29 | 42 | 19 | 3 | 7 |
| arbeitslos | 116 | 35 | 39 | 15 | 8 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 44 | 37 | 12 | 5 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 30 | 47 | 15 | 6 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 37 | 37 | 20 | 7 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 28 | 36 | 30 | 5 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 30 | 46 | 11 | 9 | 5 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 39 | 37 | 15 | 7 | 2 |
| evangelisch | 270 | 33 | 43 | 19 | 4 | 1 |
| katholisch | 92 | 27 | 48 | 12 | 7 | 7 |

*Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.*

**Tabelle A49**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Demokratie und soziale Ungleichheit: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 55 | 30 | 11 | 3 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 55 | 29 | 12 | 2 | 1 |
| Frauen | 519 | 56 | 30 | 9 | 3 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 44 | 41 | 14 | 1 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 43 | 39 | 14 | 3 | 2 |
| 35-44 Jahre | 220 | 55 | 30 | 12 | 3 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 62 | 24 | 9 | 3 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 59 | 27 | 8 | 3 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 53 | 31 | 8 | 4 | 5 |
| 10. Klasse | 439 | 58 | 29 | 9 | 3 | 2 |
| Abitur | 111 | 46 | 33 | 19 | 2 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 58 | 28 | 12 | 1 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 55 | 30 | 12 | 2 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 55 | 29 | 16 | 0 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 56 | 26 | 10 | 3 | 4 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 57 | 30 | 8 | 3 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 60 | 31 | 5 | 3 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 58 | 26 | 13 | 3 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 42 | 42 | 17 | 0 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 47 | 26 | 23 | 4 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 58 | 29 | 9 | 3 | 2 |
| evangelisch | 270 | 52 | 31 | 13 | 2 | 2 |
| katholisch | 92 | 50 | 30 | 13 | 2 | 4 |

*Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.*

**Tabelle A50**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Rechtsstaatlichkeit: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 44 | 17 | 18 | 19 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 41 | 17 | 18 | 23 | 1 |
| Frauen | 519 | 46 | 17 | 18 | 16 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 17 | 24 | 35 | 25 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 31 | 19 | 23 | 23 | 4 |
| 35-44 Jahre | 220 | 46 | 19 | 19 | 16 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 43 | 16 | 16 | 23 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 58 | 12 | 12 | 16 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 57 | 12 | 8 | 20 | 3 |
| 10. Klasse | 439 | 48 | 19 | 16 | 15 | 2 |
| Abitur | 111 | 23 | 16 | 37 | 21 | 3 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 34 | 18 | 22 | 26 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 40 | 20 | 20 | 19 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 13 | 16 | 42 | 29 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 43 | 18 | 13 | 24 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 53 | 13 | 15 | 17 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 45 | 22 | 16 | 15 | 3 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 37 | 22 | 23 | 16 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 27 | 14 | 27 | 30 | 3 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 51 | 12 | 14 | 23 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 44 | 18 | 16 | 19 | 2 |
| evangelisch | 270 | 41 | 17 | 22 | 17 | 3 |
| katholisch | 92 | 50 | 9 | 19 | 22 | 1 |

*Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.*

**Tabelle A51**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Mehrheit ausreichend über politische Fragen informiert: trifft voll und ganz zu | trifft eher zu | trifft eher nicht zu | trifft gar nicht zu | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 6 | 23 | 59 | 12 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 5 | 20 | 64 | 11 | 0 |
| Frauen | 519 | 6 | 25 | 54 | 14 | 2 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 4 | 23 | 67 | 6 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 6 | 17 | 63 | 12 | 2 |
| 35-44 Jahre | 220 | 4 | 17 | 68 | 12 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 5 | 21 | 60 | 13 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 8 | 31 | 46 | 13 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 10 | 35 | 40 | 13 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 4 | 24 | 61 | 10 | 1 |
| Abitur | 111 | 3 | 16 | 69 | 12 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 5 | 11 | 67 | 17 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 4 | 20 | 66 | 10 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 7 | 13 | 71 | 10 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 6 | 18 | 62 | 12 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 8 | 29 | 47 | 15 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 5 | 25 | 64 | 6 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 4 | 16 | 70 | 10 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 3 | 16 | 62 | 20 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 21 | 63 | 11 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 5 | 23 | 58 | 13 | 1 |
| evangelisch | 270 | 9 | 18 | 61 | 10 | 2 |
| katholisch | 92 | 0 | 32 | 54 | 13 | 1 |

*Was halten Sie von der Auffassung, dass die meisten Leute in Deutschland hinreichend informiert sind, um über komplizierte politische Fragen zu entscheiden?*

**Tabelle A52**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Volksentscheid bei wichtigen Fragen: stimme völlig zu | stimme eher zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 47 | 39 | 11 | 2 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 47 | 36 | 16 | 2 | 0 |
| Frauen | 519 | 47 | 42 | 7 | 3 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 32 | 47 | 21 | 1 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 38 | 48 | 14 | 1 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 47 | 41 | 9 | 3 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 45 | 43 | 11 | 2 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 57 | 29 | 8 | 4 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 55 | 36 | 4 | 3 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 54 | 38 | 6 | 2 | 0 |
| Abitur | 111 | 23 | 47 | 28 | 3 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 37 | 40 | 20 | 3 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 44 | 42 | 12 | 2 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 41 | 41 | 16 | 3 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 46 | 48 | 3 | 3 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 53 | 31 | 12 | 3 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 56 | 38 | 5 | 2 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 38 | 48 | 12 | 1 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 26 | 45 | 26 | 4 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 51 | 35 | 12 | 2 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 49 | 39 | 9 | 2 | 1 |
| evangelisch | 270 | 42 | 40 | 14 | 3 | 0 |
| katholisch | 92 | 48 | 38 | 13 | 1 | 0 |

*Was halten Sie von der Auffassung, dass wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten?*

**Tabelle A53**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Mich an einen Politiker wenden: habe ich schon getan | würde ich tun | würde ich nicht tun | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 14 | 42 | 42 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 19 | 42 | 38 | 1 |
| Frauen | 519 | 9 | 43 | 45 | 3 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 9 | 56 | 33 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 16 | 47 | 37 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 15 | 48 | 36 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 15 | 41 | 41 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 14 | 33 | 51 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 7 | 35 | 56 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 14 | 41 | 44 | 1 |
| Abitur | 111 | 10 | 53 | 32 | 5 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 24 | 48 | 28 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 15 | 45 | 39 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 53 | 22 | 9 |
| arbeitslos | 116 | 12 | 44 | 42 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 13 | 38 | 47 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 8 | 42 | 48 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 13 | 46 | 40 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 28 | 50 | 22 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 26 | 40 | 33 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 13 | 44 | 41 | 2 |
| evangelisch | 270 | 18 | 40 | 40 | 2 |
| katholisch | 92 | 12 | 39 | 48 | 1 |

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?*
*Mich an einen Politiker wenden.*

**Tabelle A54**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | In einer politischen Partei mitarbeiten: habe ich schon getan | würde ich tun | würde ich nicht tun | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 10 | 14 | 75 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 13 | 16 | 69 | 2 |
| Frauen | 519 | 8 | 11 | 80 | 1 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 1 | 21 | 76 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 5 | 28 | 67 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 10 | 18 | 70 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 14 | 12 | 74 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 13 | 4 | 81 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 8 | 10 | 81 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 10 | 14 | 74 | 1 |
| Abitur | 111 | 4 | 17 | 78 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 16 | 14 | 68 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 11 | 16 | 72 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 3 | 13 | 78 | 6 |
| arbeitslos | 116 | 8 | 21 | 72 | 0 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 11 | 8 | 79 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 8 | 13 | 79 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 8 | 16 | 74 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 18 | 18 | 62 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 18 | 19 | 63 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 9 | 13 | 77 | 1 |
| evangelisch | 270 | 14 | 14 | 69 | 2 |
| katholisch | 92 | 11 | 12 | 74 | 4 |

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?*
*In einer politischen Partei mitarbeiten.*

**Tabelle A55**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | In einer Bürgerinitiative mitarbeiten: habe ich schon getan | würde ich tun | würde ich nicht tun | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 12 | 58 | 28 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 14 | 57 | 27 | 3 |
| Frauen | 519 | 10 | 58 | 30 | 3 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 4 | 79 | 14 | 3 |
| 25-34 Jahre | 121 | 7 | 69 | 23 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 11 | 65 | 21 | 3 |
| 45-59 Jahre | 240 | 11 | 61 | 25 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 17 | 38 | 43 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 7 | 43 | 48 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 10 | 62 | 25 | 3 |
| Abitur | 111 | 8 | 72 | 16 | 4 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 23 | 55 | 21 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 12 | 62 | 23 | 3 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 81 | 16 | 3 |
| arbeitslos | 116 | 10 | 68 | 22 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 13 | 46 | 39 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 5 | 65 | 25 | 6 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 12 | 64 | 21 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 18 | 60 | 21 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 25 | 51 | 25 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 10 | 60 | 28 | 2 |
| evangelisch | 270 | 17 | 51 | 29 | 2 |
| katholisch | 92 | 7 | 60 | 27 | 7 |

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?*
*In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.*

**Tabelle A56**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | An einer genehmigten Demonstration teilnehmen: habe ich schon getan | würde ich tun | würde ich nicht tun | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 23 | 45 | 30 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 28 | 43 | 27 | 3 |
| Frauen | 519 | 18 | 47 | 33 | 2 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 20 | 61 | 18 | 1 |
| 25-34 Jahre | 121 | 31 | 48 | 18 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 26 | 53 | 19 | 3 |
| 45-59 Jahre | 240 | 25 | 45 | 27 | 3 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 17 | 33 | 48 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 14 | 33 | 51 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 21 | 52 | 24 | 3 |
| Abitur | 111 | 32 | 41 | 26 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 30 | 46 | 22 | 3 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 25 | 50 | 22 | 3 |
| in Ausbildung | 32 | 29 | 55 | 13 | 3 |
| arbeitslos | 116 | 25 | 52 | 22 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 19 | 35 | 45 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 19 | 55 | 20 | 5 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 27 | 53 | 19 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 29 | 42 | 27 | 2 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 32 | 37 | 25 | 7 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 24 | 46 | 27 | 2 |
| evangelisch | 270 | 22 | 41 | 35 | 3 |
| katholisch | 92 | 19 | 47 | 32 | 1 |

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?*
*An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.*

**Tabelle A57**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen: habe ich schon getan | würde ich tun | würde ich nicht tun | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 4 | 16 | 77 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 5 | 20 | 72 | 3 |
| Frauen | 519 | 3 | 12 | 82 | 3 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 0 | 27 | 71 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 9 | 26 | 62 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 9 | 20 | 69 | 3 |
| 45-59 Jahre | 240 | 3 | 18 | 74 | 5 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 2 | 4 | 93 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 1 | 7 | 90 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 5 | 17 | 76 | 3 |
| Abitur | 111 | 5 | 23 | 70 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 5 | 21 | 70 | 4 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 6 | 20 | 71 | 3 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 31 | 63 | 6 |
| arbeitslos | 116 | 4 | 23 | 67 | 5 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 3 | 7 | 89 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 5 | 20 | 73 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 6 | 20 | 70 | 4 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 4 | 26 | 68 | 2 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 11 | 12 | 74 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 3 | 20 | 74 | 3 |
| evangelisch | 270 | 8 | 10 | 81 | 2 |
| katholisch | 92 | 1 | 11 | 88 | 0 |

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?*
*An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.*

**Tabelle A58**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen: habe ich schon getan | würde ich tun | würde ich nicht tun | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 1 | 8 | 90 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | |
| Männer | 481 | 0 | 11 | 87 | 2 |
| Frauen | 519 | 1 | 5 | 93 | 1 |
| **Alter** | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 1 | 10 | 88 | 1 |
| 25-34 Jahre | 121 | 0 | 10 | 88 | 2 |
| 35-44 Jahre | 220 | 0 | 9 | 89 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 0 | 8 | 90 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 2 | 6 | 92 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 1 | 10 | 87 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 1 | 10 | 88 | 1 |
| Abitur | 111 | 0 | 3 | 96 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 1 | 4 | 93 | 3 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 0 | 9 | 89 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 13 | 84 | 3 |
| arbeitslos | 116 | 0 | 9 | 89 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 1 | 6 | 92 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 0 | 12 | 87 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 0 | 7 | 92 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 1 | 7 | 89 | 2 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 7 | 88 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | |
| keine/andere | 637 | 1 | 8 | 89 | 2 |
| evangelisch | 270 | 0 | 9 | 90 | 1 |
| katholisch | 92 | 0 | 3 | 97 | 0 |

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?*
*Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.*

**Tabelle A59**

| Zeilenprozente % | Zahl der Befragten (abs.) | Gehorsam und Disziplin wichtig: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 35 | 34 | 21 | 9 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 36 | 33 | 21 | 9 | 1 |
| Frauen | 519 | 33 | 36 | 22 | 9 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 7 | 28 | 49 | 17 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 16 | 33 | 43 | 8 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 29 | 37 | 21 | 11 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 28 | 41 | 18 | 12 | 0 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 59 | 30 | 7 | 3 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 60 | 32 | 5 | 3 | 0 |
| 10. Klasse | 439 | 32 | 36 | 21 | 11 | 1 |
| Abitur | 111 | 13 | 33 | 43 | 11 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 27 | 34 | 27 | 11 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 24 | 39 | 25 | 11 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 10 | 23 | 55 | 13 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 37 | 30 | 21 | 12 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 51 | 31 | 13 | 5 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 33 | 41 | 18 | 8 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 19 | 39 | 29 | 11 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 21 | 39 | 29 | 11 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 19 | 29 | 31 | 21 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 33 | 34 | 22 | 11 | 1 |
| evangelisch | 270 | 37 | 32 | 23 | 6 | 1 |
| katholisch | 92 | 36 | 41 | 15 | 7 | 1 |

*Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.*

**Tabelle A60**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Wir brauchen eine starke Hand: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 39 | 33 | 17 | 10 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 36 | 30 | 19 | 14 | 1 |
| Frauen | 519 | 43 | 37 | 14 | 6 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 33 | 45 | 18 | 5 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 32 | 39 | 21 | 8 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 36 | 39 | 17 | 8 | 0 |
| 45-59 Jahre | 240 | 38 | 30 | 19 | 12 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 50 | 26 | 13 | 11 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 61 | 26 | 7 | 4 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 41 | 35 | 16 | 7 | 1 |
| Abitur | 111 | 24 | 39 | 22 | 15 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 23 | 34 | 26 | 18 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 34 | 37 | 19 | 11 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 39 | 29 | 23 | 10 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 45 | 32 | 16 | 7 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 46 | 30 | 14 | 9 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 43 | 38 | 13 | 6 | 0 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 28 | 38 | 23 | 12 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 26 | 37 | 24 | 14 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 34 | 30 | 14 | 18 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 40 | 32 | 18 | 10 | 1 |
| evangelisch | 270 | 39 | 37 | 13 | 10 | 0 |
| katholisch | 92 | 40 | 31 | 19 | 5 | 4 |

*In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.*

**Tabelle A61**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 19 | 34 | 32 | 12 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 20 | 35 | 29 | 14 | 3 |
| Frauen | 519 | 19 | 33 | 35 | 11 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 14 | 33 | 40 | 13 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 19 | 34 | 32 | 15 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 21 | 37 | 31 | 11 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 21 | 30 | 32 | 13 | 4 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 19 | 35 | 31 | 11 | 5 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 27 | 34 | 26 | 9 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 25 | 34 | 28 | 10 | 3 |
| Abitur | 111 | 3 | 39 | 40 | 19 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 9 | 29 | 42 | 17 | 3 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 21 | 34 | 31 | 12 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 16 | 13 | 58 | 13 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 23 | 36 | 26 | 13 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 16 | 34 | 33 | 12 | 4 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 36 | 36 | 16 | 10 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 15 | 34 | 43 | 7 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 9 | 31 | 35 | 23 | 2 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 13 | 36 | 32 | 16 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 19 | 35 | 31 | 13 | 2 |
| evangelisch | 270 | 24 | 31 | 29 | 12 | 3 |
| katholisch | 92 | 10 | 33 | 46 | 7 | 5 |

*Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.*

**Tabelle A62**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 25 | 30 | 25 | 18 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 21 | 30 | 27 | 21 | 0 |
| Frauen | 519 | 28 | 30 | 24 | 16 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 19 | 25 | 32 | 24 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 16 | 26 | 33 | 25 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 21 | 34 | 28 | 16 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 25 | 30 | 25 | 19 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 32 | 32 | 19 | 14 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 40 | 31 | 14 | 12 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 28 | 37 | 21 | 13 | 1 |
| Abitur | 111 | 4 | 18 | 45 | 33 | 1 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 14 | 23 | 36 | 27 | 0 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 21 | 30 | 28 | 20 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 23 | 16 | 29 | 32 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 27 | 30 | 24 | 18 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 29 | 32 | 22 | 15 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 34 | 35 | 16 | 15 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 13 | 34 | 33 | 19 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 12 | 16 | 42 | 29 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 19 | 26 | 30 | 25 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 24 | 31 | 26 | 19 | 1 |
| evangelisch | 270 | 29 | 29 | 23 | 16 | 3 |
| katholisch | 92 | 17 | 33 | 29 | 19 | 2 |

*Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.*

**Tabelle A63**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 31 | 34 | 24 | 10 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 31 | 32 | 23 | 13 | 1 |
| Frauen | 519 | 31 | 36 | 24 | 8 | 2 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 19 | 41 | 36 | 5 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 19 | 36 | 31 | 14 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 27 | 36 | 24 | 11 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 32 | 30 | 23 | 13 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 42 | 33 | 17 | 7 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 53 | 31 | 11 | 3 | 1 |
| 10. Klasse | 439 | 32 | 38 | 21 | 8 | 2 |
| Abitur | 111 | 13 | 31 | 38 | 17 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 17 | 30 | 34 | 18 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 27 | 34 | 26 | 13 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 13 | 31 | 44 | 13 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 33 | 35 | 20 | 11 | 1 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 38 | 34 | 19 | 6 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 35 | 38 | 17 | 8 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 26 | 27 | 34 | 12 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 14 | 33 | 35 | 19 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 24 | 41 | 16 | 19 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 31 | 35 | 22 | 11 | 2 |
| evangelisch | 270 | 31 | 32 | 29 | 8 | 0 |
| katholisch | 92 | 33 | 34 | 20 | 11 | 1 |

*Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.*

**Tabelle A64**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Diktatur die bessere Staatsform: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 4 | 16 | 24 | 55 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 5 | 15 | 21 | 59 | 1 |
| Frauen | 519 | 3 | 17 | 27 | 51 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 0 | 8 | 23 | 67 | 2 |
| 25-34 Jahre | 121 | 3 | 12 | 26 | 59 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 4 | 16 | 22 | 55 | 3 |
| 45-59 Jahre | 240 | 4 | 15 | 22 | 58 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 6 | 20 | 26 | 47 | 2 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 7 | 26 | 26 | 38 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 4 | 15 | 24 | 56 | 2 |
| Abitur | 111 | 0 | 11 | 23 | 67 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 3 | 10 | 25 | 62 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 4 | 13 | 24 | 58 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 10 | 19 | 71 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 3 | 23 | 20 | 50 | 5 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 4 | 18 | 27 | 49 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 8 | 14 | 24 | 53 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 2 | 12 | 23 | 61 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 1 | 13 | 24 | 60 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 0 | 14 | 23 | 63 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 4 | 18 | 25 | 51 | 2 |
| evangelisch | 270 | 3 | 11 | 25 | 58 | 3 |
| katholisch | 92 | 1 | 13 | 17 | 67 | 1 |

*Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.*

**Tabelle A65**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 7 | 30 | 32 | 29 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 7 | 30 | 32 | 31 | 1 |
| Frauen | 519 | 7 | 29 | 32 | 27 | 4 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 6 | 20 | 43 | 31 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 3 | 25 | 35 | 37 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 6 | 30 | 30 | 32 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 6 | 30 | 28 | 35 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 11 | 35 | 30 | 19 | 6 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 13 | 40 | 25 | 15 | 7 |
| 10. Klasse | 439 | 8 | 36 | 31 | 24 | 2 |
| Abitur | 111 | 5 | 15 | 34 | 46 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 2 | 12 | 39 | 45 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 6 | 28 | 29 | 35 | 1 |
| in Ausbildung | 32 | 6 | 16 | 50 | 25 | 3 |
| arbeitslos | 116 | 8 | 34 | 34 | 23 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 9 | 31 | 33 | 22 | 5 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 10 | 45 | 19 | 23 | 4 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 4 | 25 | 29 | 42 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 0 | 9 | 43 | 48 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 9 | 14 | 40 | 37 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 8 | 27 | 32 | 31 | 2 |
| evangelisch | 270 | 7 | 37 | 28 | 23 | 4 |
| katholisch | 92 | 4 | 25 | 39 | 27 | 4 |

*Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.*

**Tabelle A66**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 11 | 14 | 26 | 48 | 2 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 9 | 12 | 25 | 54 | 1 |
| Frauen | 519 | 14 | 15 | 26 | 43 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 1 | 11 | 29 | 59 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 7 | 7 | 26 | 58 | 1 |
| 35-44 Jahre | 220 | 8 | 9 | 26 | 56 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 7 | 15 | 23 | 53 | 2 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 22 | 19 | 26 | 31 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 24 | 23 | 24 | 26 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 9 | 14 | 28 | 46 | 3 |
| Abitur | 111 | 4 | 5 | 15 | 77 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 5 | 7 | 27 | 59 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 6 | 9 | 26 | 57 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 16 | 19 | 66 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 14 | 17 | 23 | 44 | 3 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 18 | 18 | 26 | 36 | 2 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 9 | 14 | 23 | 52 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 5 | 8 | 34 | 53 | 1 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 6 | 2 | 22 | 70 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 5 | 22 | 67 | 3 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 12 | 12 | 25 | 50 | 1 |
| evangelisch | 270 | 10 | 18 | 24 | 45 | 4 |
| katholisch | 92 | 8 | 11 | 34 | 45 | 3 |

*Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.*

**Tabelle A67**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Es gibt wertvolles und unwertes Leben: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 19 | 14 | 13 | 50 | 4 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 20 | 11 | 15 | 51 | 3 |
| Frauen | 519 | 18 | 16 | 12 | 49 | 5 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 8 | 15 | 18 | 59 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 15 | 11 | 22 | 53 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 18 | 10 | 13 | 58 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 17 | 14 | 11 | 54 | 4 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 26 | 17 | 10 | 38 | 10 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 35 | 21 | 10 | 25 | 8 |
| 10. Klasse | 439 | 19 | 16 | 11 | 49 | 4 |
| Abitur | 111 | 6 | 3 | 19 | 70 | 2 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 7 | 5 | 18 | 69 | 2 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 17 | 12 | 14 | 55 | 2 |
| in Ausbildung | 32 | 3 | 0 | 13 | 84 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 19 | 18 | 14 | 44 | 5 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 22 | 16 | 12 | 43 | 8 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 24 | 19 | 14 | 41 | 2 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 14 | 9 | 13 | 61 | 2 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 12 | 7 | 17 | 62 | 1 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 9 | 7 | 14 | 67 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 19 | 14 | 13 | 50 | 4 |
| evangelisch | 270 | 18 | 12 | 15 | 50 | 5 |
| katholisch | 92 | 16 | 16 | 10 | 52 | 5 |

*Es gibt wertvolles und unwertes Leben.*

**Tabelle A68**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 6 | 14 | 22 | 55 | 3 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 4 | 13 | 27 | 53 | 4 |
| Frauen | 519 | 8 | 15 | 18 | 57 | 3 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 4 | 17 | 30 | 50 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 3 | 17 | 23 | 54 | 4 |
| 35-44 Jahre | 220 | 6 | 15 | 25 | 52 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 4 | 11 | 16 | 65 | 5 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 10 | 13 | 21 | 54 | 3 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 15 | 18 | 23 | 40 | 4 |
| 10. Klasse | 439 | 4 | 16 | 23 | 53 | 4 |
| Abitur | 111 | 3 | 11 | 24 | 60 | 3 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 2 | 8 | 17 | 73 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 3 | 13 | 23 | 58 | 4 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 19 | 34 | 44 | 3 |
| arbeitslos | 116 | 10 | 17 | 22 | 46 | 4 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 9 | 13 | 20 | 56 | 3 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 5 | 17 | 24 | 49 | 4 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 2 | 14 | 22 | 59 | 3 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 1 | 4 | 17 | 73 | 5 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 11 | 25 | 60 | 4 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 6 | 14 | 22 | 54 | 3 |
| evangelisch | 270 | 4 | 14 | 20 | 59 | 3 |
| katholisch | 92 | 7 | 11 | 27 | 53 | 2 |

*Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.*

**Tabelle A69**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Die Juden passen nicht zu uns: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 4 | 9 | 21 | 62 | 4 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 5 | 6 | 23 | 62 | 3 |
| Frauen | 519 | 4 | 11 | 19 | 61 | 5 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 2 | 6 | 18 | 74 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 2 | 1 | 31 | 64 | 3 |
| 35-44 Jahre | 220 | 6 | 7 | 25 | 61 | 2 |
| 45-59 Jahre | 240 | 4 | 6 | 18 | 66 | 6 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 6 | 16 | 18 | 54 | 6 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 8 | 17 | 21 | 44 | 9 |
| 10. Klasse | 439 | 5 | 8 | 24 | 58 | 5 |
| Abitur | 111 | 0 | 2 | 16 | 82 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 2 | 4 | 17 | 77 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 3 | 5 | 24 | 64 | 3 |
| in Ausbildung | 32 | 7 | 0 | 7 | 87 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 5 | 9 | 26 | 52 | 9 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 6 | 14 | 16 | 53 | 5 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 7 | 10 | 20 | 58 | 4 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 0 | 3 | 31 | 62 | 4 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 4 | 4 | 15 | 78 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 2 | 0 | 26 | 70 | 2 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 4 | 8 | 22 | 61 | 5 |
| evangelisch | 270 | 4 | 10 | 18 | 65 | 3 |
| katholisch | 92 | 4 | 10 | 23 | 59 | 4 |

*Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.*

**Tabelle A70**

| Zeilenprozente | Zahl der Befragten (abs.) | Der Stärkere soll sich durchsetzen: stimme voll und ganz zu | stimme über-wiegend zu | lehne eher ab | lehne völlig ab | weiß nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Insgesamt | **1000** | 9 | 14 | 35 | 42 | 1 |
| **Geschlecht** | | | | | | |
| Männer | 481 | 5 | 13 | 36 | 46 | 0 |
| Frauen | 519 | 12 | 15 | 33 | 39 | 1 |
| **Alter** | | | | | | |
| 18-24 Jahre | 101 | 3 | 8 | 31 | 58 | 0 |
| 25-34 Jahre | 121 | 5 | 7 | 51 | 37 | 0 |
| 35-44 Jahre | 220 | 4 | 14 | 39 | 43 | 1 |
| 45-59 Jahre | 240 | 6 | 13 | 36 | 45 | 1 |
| 60 Jahre und älter | 310 | 18 | 19 | 25 | 37 | 1 |
| **Schulabschluss** | | | | | | |
| unter 10. Klasse | 225 | 22 | 20 | 24 | 32 | 2 |
| 10. Klasse | 439 | 6 | 13 | 36 | 44 | 1 |
| Abitur | 111 | 4 | 10 | 43 | 44 | 0 |
| (Fach-) Hochschulabschluss | 222 | 4 | 10 | 37 | 48 | 1 |
| **Erwerbstätigkeit** | | | | | | |
| erwerbstätig | 492 | 4 | 11 | 41 | 43 | 0 |
| in Ausbildung | 32 | 0 | 16 | 42 | 42 | 0 |
| arbeitslos | 116 | 12 | 12 | 32 | 42 | 2 |
| übrige Nicht-Erwerbstätige | 360 | 15 | 17 | 26 | 41 | 1 |
| **Berufsgruppe** | | | | | | |
| Arbeiter | 173 | 2 | 16 | 33 | 49 | 1 |
| einf.-mittl. Ang./Beamte | 181 | 5 | 9 | 46 | 40 | 0 |
| höh.-leit. Ang./Beamte | 82 | 6 | 6 | 52 | 35 | 0 |
| Landw./Selbst./Freiber. | 57 | 5 | 12 | 35 | 48 | 0 |
| **Religionsgemeinschaft** | | | | | | |
| keine/andere | 637 | 8 | 12 | 33 | 47 | 1 |
| evangelisch | 270 | 12 | 16 | 36 | 35 | 1 |
| katholisch | 92 | 3 | 18 | 41 | 37 | 1 |

*Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.*